BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 2 **Köln, 20. Februar 1958** **Preis DM 1.-**

Dritter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Walter Hagemann
Johannes Hessen – Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein – Rudolf Pikola
Franz Rauhut – Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder – Renate Riemeck
Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann – Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen – Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Achim von Borries, „Wetterkarte der Gipfelkonferenz“* S. 77
- *Aloys Schwarze, MdL, „Raketenbasen im Paderborner Land?“* S. 85
- *Reichsminister a. D. Dr. Schlange-Schöningen, „Alternative zur Politik der Stärke“* S. 88
- *Prof. Dr. Bernard Lavergne, Paris, „Deutsche Wiedervereinigung und allgemeine Abrüstung“* S. 92
- *Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB, „Das amerikanische und russische Interesse an der Wiedervereinigung“* S. 95
- *Dr. Helmut Dörr, „Eine lehrreiche Gegenüberstellung“* S. 99
- *Dr. Hermann Rauschning, „Beginnende Ernüchterung in den USA“* S. 100
- *Hans Lipinsky-Gottersdorf, „Das betäubte Gewissen“* S. 106
- *Prof. Dr. Albert J. Rasker, Leiden, „Die Ost-West-Frage in ökumenischer Sicht“* S. 108
- *Rudolf Pikola, „Gefahr vom Katheder“* S. 115
- *Alexander Karew, „Baptisten in der Sowjetunion“* S. 117
- *Dr. Fritz Katz, „Ärzteschaft und Atomgefahr“* S. 120
- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Von der Feigheit des Rüstens und dem Mut zur Entspannung“* S. 128
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Falsche und wahre Sicherheit“* S. 140

Dr. Achim von Borries

Wetterkarte der Gipfelkonferenz

Die Bundesregierung hat die in der außenpolitischen Debatte vom 23./24. Januar gegen sie erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe nicht zu entkräften vermocht. Ihre nachträgliche Antwort war sachlich substanzlos, sowohl hinsichtlich ihrer bisherigen wie hinsichtlich ihrer künftigen Politik. Die Ausflüchte und Deklamationen, in denen sie ihre Rettung suchte, verfälschten die Fragestellung, indem sie der Opposition Vorwürfe unterstellte, die diese niemals erhoben hat — während sie die Antwort auf die gestellten Fragen, die politischen Schicksalsfragen, schuldig bleibt. Mit einem bis dahin ungewohnten, sachlichen Freimut haben die beiden ehemaligen Bundesminister Dr. Dehler und Dr. Heinemann als Sprecher ihrer Oppositionsparteien die Glaubwürdigkeit der Wiedervereinigungspolitik in Frage gestellt. Wenn heute versucht wird, die Erörterung der politischen Konzep-

tion der Bundesregierung in den letzten Jahren, die durch die Reden der beiden Minister hart pointiert worden ist, abzuschwächen durch die Feststellung, es handele sich hier doch „nur um längst nicht mehr aktuelle historische Fragen", über die zu streiten müßig sei, so muß dieses Ausweichen vor der Auseinandersetzung über die Politik der Bundesregierung seit 1950 aus doppeltem Grunde entschieden zurückgewiesen werden. Erstens handelt es sich keineswegs um heute belanglose historische Fragen, sondern um dieselbe Politik, die von der Bundesregierung heute fortgesetzt wird: die Politik der einseitig-militärisch-politischen West-Integration und der absoluten diplomatischen Intransigenz gegenüber der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Nachbarstaaten. Die Bundesrepublik steht heute vor der Bilanz von acht Jahren Politik der Stärke. Und sie steht im Augenblick der Erörterung des Rapacki-Planes und der Nato-Raketen-Aufrüstung neuerdings an einem Kreuzweg, nämlich vor der Frage, welches politische Konzept in diesem Augenblick die Erreichung ihrer politischen Ziele verheißt. Die Versäumnisse von 1952, auf die Dehler und Heinemann hingewiesen haben, sind nicht historisch — denn sie sind auch die drohenden Versäumnisse von 1958. Und zwar in dem Sinn, daß von jener Intransigenz der Bundesrepublik gegenüber den politischen Vorschlägen der Sowjetunion seit 1952 zu der heutigen Intransigenz der Sowjetunion gegenüber den politischen Forderungen der Bundesrepublik ein gerader Weg geführt hat. Die Bundesregierung hat in diesem Augenblick nur ein Interesse — das vollständige Fiasko ihrer politischen Grundkonzeption zu vertuschen. Eine Änderung ihrer Politik würde nichts anderes als ein Eingeständnis ihres Irrweges bedeuten. So muß sie, um das Gesicht nicht zu verlieren, noch immer beharren auf dem alten Kurs, den die politische Entwicklung längst ad absurdum geführt und der sich zumal in jüngster Zeit als geradezu lebensgefährlich erwiesen hat. Die Bundesregierung trägt die volle Verantwortung für diese politische Konzeption und ihr absolutes und fast unaufhebbares Fiasko. Ihre politische Leistung ist nicht an ihren Deklamationen und Beteuerungen zu messen, sondern an ihrer Zielsetzung, ihrem Erfolg oder Mißerfolg. Dieser ist entscheidend genug für das Schicksal Deutschlands und Europas, so daß die Opposition geradezu verantwortlich ist für eine sachlich strenge Prüfung der Ziele, Methoden, Ergebnisse und künftigen Aussichten dieser Politik Dr. Adenauers.

Die Fehlspekulation

In Zweifel gezogen worden ist der gute Wille des Bundeskanzlers, die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands zu erreichen. Dieser überaus schwerwiegende Zweifel geht zurück auf die Politik Dr. Adenauers selbst und ihre seit langem erkennbare Logik. Es steht damit die Vertrauenswürdigkeit des Kanzlers auf dem Spiel. Der entscheidende Anklagepunkt der beiden Oppositionssprecher war das anhaltende Versäumnis der Bundesregierung in der Frage der Politik gegenüber der vierten Besatzungsmacht. Die Teilung Deutschlands ist das Ergebnis des zweiten Weltkrieges und geht damit zu Lasten des deutschen Volkes selbst. Es war von Anfang an zu übersehen, daß ihre Aufhebung einzig durch eine Übereinkunft aller vier Besatzungsmächte möglich sein würde. Jede westdeutsche Politik, der es um dieses nationalpolitische Ziel ging, mußte darum folgerichtig auf ein solches Übereinkommen, das den Interessen aller Beteiligten Rechnung trug und darum ihrer aller Zustimmung finden konnte, hinarbeiten. Die Bundesregierung aber hat seit 1950 immer wieder alle sowjetrussischen Vorschläge in der deutschen Frage von vornherein abgelehnt. Nicht das ist ihr vorzuwerfen, daß sie diese Vorschläge nicht akzeptiert hat, sondern daß sie es stets unterlassen hat, diese Vorschläge zum Anlaß sorgfältiger politischer Sondierungen zu machen. Vor allem gilt dies hinsichtlich der beiden sowjetischen Noten vom März und April 1952, die den Westmächten einen Friedensvertrag mit Deutschland unter Bedingungen vorschlugen, die zu-

mindest als Diskussionsbasis hätten ernst genommen werden müssen. Bonn hat aber nicht nur von vornherein auch diese Vorschläge zurückgewiesen, es hat darüber hinaus nahezu alles getan, um das politische Klima zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion psychologisch zu belasten. Alle diese im Bundestag erörterten Verhältnisse haben sich überaus schwerwiegend ausgewirkt. Niemals ist von der Opposition behauptet worden, die sowjetischen Noten vom Frühjahr 1952 hätten mit Sicherheit zu einem befriedigenden Übereinkommen geführt. Die Bundesregierung verfälscht die Erörterung, wenn sie sich gegen einen solchen erfundenen Vorwurf wehrt. Vielmehr ist ihr vorzuwerfen, daß sie gar nicht nachgeprüft hat, ob im Anschluß an diese Noten ein solches Übereinkommen möglich gewesen wäre. Alle diese Versäumnisse gehen auf die eine außenpolitische Grundkonzeption des Bundeskanzlers zurück, zu der dieser sich seit dem Sommer 1950 immer wieder bekannt und zu deren folgenschwerer Verwirklichung Dr. Adenauer alles getan hat: Die Politik der Stärke. Und zwar — um ihn hier beim eigenen Wort zu nehmen — in der Erwartung, es werde diese Politik zu den beiden nationalpolitischen Zielen führen, die der Kanzler wenigstens öffentlich immer wieder als die seiner Regierung beschworen hat: Sicherheit des westdeutschen Teilstaates und Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands in Frieden und Freiheit. Wenn die Wiedervereinigung das entscheidende nationalpolitische Fernziel jeder deutschen Regierung sein mußte, so war doch seit 1945 zu erkennen, daß es galt, dieses Ziel im Rahmen einer übernationalen politischen Konzeption anzustreben und zu erreichen, nicht mehr auf der Basis des alten ausschließlich nationalstaatlichen Denkens. Die Bundesregierung glaubte dieser Aufgabe gerecht werden zu können, indem sie Westdeutschland entschlossen zuerst der EVG und dann dem Block der Natomächte politisch und militärisch integrierte, den Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten aktiv förderte und die Bundesrepublik zu einem Vorposten des Westens im kalten Krieg machte. Westdeutschland gliederte sich in die Front ein, in der Hoffnung, durch diese Rolle nur gewinnen zu können. Es wurde ein sehr aktives, zumal ideologisch aggressives Mitglied des antisowjetischen Bündnisses. Diese Politik der Aufrüstung im Rahmen des Westblocks war auch mit der Erwartung verbunden, die vierte Siegermacht werde eines Tages hinter dem von den drei anderen und der Bundesrepublik ihr nun konsequent aufgezwungenen Rüstungswettlauf wirtschaftlich und politisch so weit zurückbleiben, daß sie zu Verhandlungen über die Deutschland-Frage bereit sei, und zwar zu Verhandlungen im Sinne des Westens. Die Politik der Stärke war eine ausgesprochen spekulative Politik, sie beruhte auf der Annahme künftiger sowjetischer Schwäche, die es erlauben werde, das politische Ziel der verbündeten Nato-Mächte ohne Krieg zu erreichen: die Zurückdrängung der Sowjetunion aus Mittel- und Osteuropa und die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands im Sinne der Erwartungen der Bundesrepublik. Mit dieser Gesamtkonzeption der Westmächte erklärte die Regierung Adenauer sich solidarisch. Sie bestärkte darüber hinaus die entscheidende Macht des Westens, die USA, in der Tendenz, dieses Ziel auf dem Wege des militärischen Druckes zu erreichen. Die Bundesregierung glaubte, durch ihre eigene bedingungslose Nato-Treue die ehemaligen westlichen Siegermächte verbindlich auf ihr proklamiertes Wiedervereinigungsziel verpflichten zu können. Und sie vertraute immer wieder, zumindest offiziell, den diesbezüglichen platonischen Erklärungen ihrer Bündnispartner, deren politischer Realwert von Anfang an nur gering eingeschätzt werden konnte. Der Politik des Stark-und-immer-Stärker-Werdens lag die Hoffnung auf eruptive Desintegrationsprozesse innerhalb des Ostblocks zugrunde. Bonn glaubte, die Zeit werde für den Westen arbeiten. Es war und ist das alte deutsche Vertrauen auf die „stärkeren Bataillone", diesmal als Mittel der

Politik, nicht allein der deutschen, sondern der vereinigten westlichen Bataillone, die alle der deutschen Wiedervereinigung dienen sollten.

Der kalte Krieg galt dieser Spekulation als Weg zu einem kalten Sieg über die Sowjetunion und deren Zurückdrängung auf ihre Grenzen von 1941. Diese politische Konzeption der Bundesregierung, der sie seit 1950 alle innenpolitischen Gesichtspunkte untergeordnet und für die sie alle nur denkbaren politisch-psychologischen Hypotheken in Kauf genommen hat, ist von der Entwicklung als eine einzige Fehlspekulation ad absurdum geführt worden. Dies Ergebnis war aber seit langem abzusehen. Und es kann heute der Bundesregierung das sehr bittere Urteil nicht mehr erspart werden, daß sie entweder nicht wollens oder aber nicht fähig gewesen ist, dieses Fiasko ihrer politischen Gesamtkonzeption rechtzeitig zu verhindern. Die deutsche Wiedervereinigung liegt heute ferner denn je. Die Sicherheit des westdeutschen Teilstaates gerät um so mehr in Gefahr, je weiter dieser Teilstaat als vorgeschobener Stützpunkt der Nato-Raketen-Armee ausgebaut wird. Die Sowjetunion aber, ohne deren Zustimmung die Wiedervereinigung nicht möglich ist, hat keinerlei Schwäche erkennen lassen, die zu der Hoffnung berechtigte, auf dem eingeschlagenen Wege werde sich das vorgebliche Ziel überhaupt erreichen lassen. Die Politik der Stärke war eine Politik sehr unzulänglicher Mittel. Sie beruhte nicht zuletzt auf einer ideologisch bedingten Fehleinschätzung der potentiellen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Macht der Sowjetunion.

Die von der Bundesregierung forciert vorangetriebene und mit jenem Fernziel Wiedervereinigung gerechtfertigte Politik der West-Integration hat zu einer Kette von Reaktionen auf der östlichen Seite geführt, für die die Regierung Adenauer mitverantwortlich ist. Und diese Reaktionen haben in der Zwischenzeit die Lösung der deutschen und europäischen Probleme überaus kompliziert, indem sie ganz neue und erschwerende Voraussetzungen geschaffen haben. Im Jahre 1952 war in der Note der Sowjetregierung an die Westmächte von den beiden deutschen Teilstaaten noch nicht die Rede. Heute erklärt Moskau nachdrücklich Verhandlungen zwischen diesen beiden Teilstaaten für die entscheidende Voraussetzung der Wiedervereinigung. Die Teilung Deutschlands ist in diesen letzten Jahren in dem Maße institutionalisiert worden, als zuerst Westdeutschland, dann Ostdeutschland mit ihrem eigenen Potential einbezogen wurden in den Antagonismus der beiden Machtblöcke, die sich nunmehr auf deutschem Boden in deutscher Gestalt feindselig gegenüberstehen. Die Politik des mittelbaren militärischen, auf politische Erfolge abzielenden westlichen Druckes hat dazu geführt, daß für die Sowjetunion Ostdeutschland und überhaupt die Nachbarländer Rußlands von weit größerer strategischer Bedeutung geworden sind als bis dahin. Heute erscheint ein bedingter — militärischer — Rückzug der Sowjetunion aus diesem strategischen Vorfeld Rußlands überhaupt nur noch denkbar unter der Voraussetzung überzeugender westlicher Garantien, die eine Ausklammerung dieser Gebiete aus der Militärblockpolitik sichern. Die Spaltung Deutschlands und Europas, die von der Bundesregierung immer wieder wortreich beklagt wird, ist gerade durch die von ihr mit soviel Nachdruck betriebene Politik verhärtet worden. Das heißt, die Bundesregierung hat dank ihrer einseitigen Westpolitik nicht nur ihr Ziel nicht erreichen können, sie hat auch noch Reaktionen heraufbeschworen, die es immer schwerer erreichbar machen. Weil die Bundesregierung noch heute nur in den Kategorien des kalten Krieges denkt und jeden konkreten Schritt zu einer weltpolitischen Entspannung verhindert, kann der Zweifel am ehrlichen Wiedervereinigungs- und Friedenswillen dieser Regierung nicht mehr verschwiegen werden. Er gründet sich nicht allein auf allgemeine Vermutungen, sondern leider auf die Logik der Bonner Politik selbst.

Die Situation

Der kalte Krieg hat im Ost-West-Rahmen zum Gleichgewicht des Schreckens ge-

führt. Die Sowjetunion hat gerade in jüngster Zeit unmißverständlich ihre militärische Stärke und ihre rüstungs-technische Leistungsfähigkeit demonstriert. Nur Wunschträume können dieses Faktum verharmlosen. Politisch aber hat sich die Haltung Moskaus immer mehr verhärtet. Ein Vergleich der sowjetischen Noten von 1952 und 1955 mit den heutigen Äußerungen Moskaus zeigt, daß die westliche, zumal westdeutsche Intransigenz auf der Basis der Bajonette die Bedingungen der Sowjetunion nicht verbessert, sondern — im westlichen Sinne — ganz beträchtlich verschlechtert hat. Das hindert indes gerade Bonn nicht, noch immer an der alten Politik — zuerst Aufrüstung, dann „einmal" Verhandlungen — festzuhalten. Die absolut negative und gefährlich unkonstruktive Reaktion auf den Rapacki-Plan demonstriert das aufs neue. Das Verhalten der Bundesregierung in der außenpolitischen Debatte vom Januar dieses Jahres hat gezeigt, daß noch immer die Sprecher des Kabinetts bei einer arroganten Selbstsicherheit stehenbleiben, die mit Politik so wenig zu tun hat wie mit Verantwortung. Insbesondere die Selbstgefälligkeit des Bundesaußenministers wird nur noch durch seine offenbare politische Einfallslosigkeit übertroffen. Die Regierung ist nicht bereit, das Fiasko ihrer Konzeption zuzugeben, und sie ist offenbar nicht willens, irgendwelche neuen Wege zu suchen, die ebenso eine weltpolitische Entspannung wie die deutsche Wiedervereinigung — nämlich im Rahmen jener — fördern könnten. Umso mehr wird es Aufgabe der Opposition bleiben, die Regierung der Unmöglichkeit einer solchen unveränderten Politik zu überführen und ihre Vertrauens- und Glaubwürdigkeit zu bestreiten, so lange sie an diesem Kurs festhält. Bonn hat es versäumt, dem deutschen Volke Rechenschaft zu geben über den bitteren Ernst der politischen und strategischen Lage der Bundesrepublik, und es führt statt dessen Westdeutschland in neue unabsehbare Risiken. Die Politik der Maximal-Forderungen gegenüber der Sowjetunion, wie sie in allen Verlautbarungen der Bundesregierung zum Ausdruck kommt, geht zurück auf jenen selbstgefälligen, von ideologischen Wunschträumen genährten Illusionismus, dessen einzige „politische" Weisheit seit Jahr und Tag jene ganz unzulängliche, chimärische „Stärke" gewesen ist, die die effektive Stärke der Sowjetunion potenziert hat. Wenn der Bundeskanzler heute „empört" auf die sowjetische Unnachgiebigkeit in der deutschen Frage hinweist, so enthebt ihn das nicht der entscheidenden Mitverantwortung gerade an dieser sowjetischen Haltung. Und geradezu grotesk wirkt es, wenn die Bundesregierung heute die Aufrechterhaltung ihres alten Kurses mit jener Verhärtung der sowjetischen Position rechtfertigt, zu der gerade die Politik der Stärke geführt hat, und die jede weitere westliche Politik der Stärke (d. h. der Hoffnung auf ein politisch auswertbares Rüstungsübergewicht) nur bestätigen wird. Noch immer ist die Bundesregierung die Antwort darauf schuldig geblieben, wie sie selbst jemals die Sowjetunion ernstlich veranlassen will, von den heutigen, wiederholt veröffentlichten Bedingungen abzugehen zugunsten solcher, die den Vorstellungen der Bundesregierung näherkommen. Bonn weiß hier keinen Weg. Denn Deklamationen, Empörung und westliche Versprechungen platonischer Art ersetzen nicht eine klare, sachlich schlüssige politische Konzeption.

Die verstärkte Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der Nato wird zu einer weiteren Stärkung der strategischen und militärischen Position des ostdeutschen Teilstaates im Rahmen des Warschauer Paktes führen. Darüber hinaus hat eine solche Fortsetzung der Aufrüstungspolitik eine weitere Erhöhung der Spannung in Europa, eine weitere Verlängerung des ergebnislosen kalten Krieges zur Folge. Die Sowjetunion wird nicht müßig sein und Druck mit Gegendruck beantworten. Und sie wird vollends alle jene unverhohlenen westdeutschen Absichten unbedingt zurückweisen, ein wiedervereinigtes Deutschland politisch oder militärisch dem Westblock zu integrieren, dessen antisowjetische Tendenz offenbar ist.

Die Bundesregierung fördert noch immer die Vorstellung, es werde sich die deutsche Wiedervereinigung g e g e n die Sowjetunion realisieren lassen. Sie lehnt auch heute noch alle sowjetischen Vorschläge ab, ohne sie zu diskutieren — und weiß doch nicht den mindesten Weg, Moskau zu einer Modifizierung dieser Vorschläge zu zwingen. Denn Beteuerungen und Deklamationen sagen hier nichts, und wenn erst jüngst ein Vertreter der Regierungspartei mit Emphase erklärte, seine Fraktion sei nach wie vor fest der Überzeugung, nur der Weg über die Nato-Integration der Bundesrepublik führe zur Wiedervereinigung — so ist das kein sachliches Argument, sondern nur ein Zeugnis politischer Verblendung. Oder ist es Heuchelei? Die Politik Adenauers entbehrt heute jeder sachlichen Schlüssigkeit. Man tut ihr zuviel Ehre an, wenn man sie noch eine Konzeption nennt, auch wenn ihre Anhänger dergleichen noch glauben. Sie ist nur mehr das Konzept der Konzeptlosen, die eifervoll bestrebt sind, der Verantwortung für das Fiasko ihrer Politik auszuweichen oder es überhaupt zu verschleiern.

D e r P r e i s

Die politische Diskussion in der Bundesrepublik hat erst seit der Januarnacht die dem Ernst der Lage einzig angemessene Schärfe und Freimütigkeit. Aber sie bleibt immer noch in illusionistischen Vorstellungen auf beiden Seiten befangen, solange nicht endlich das Problem des Preises zur öffentlichen Erörterung gestellt wird — des Preises nämlich, den Westdeutschland wird bezahlen müssen, wenn es überhaupt jemals die Wiedervereinigung Deutschlands erreichen will. Die Bundesregierung hat bisher stets der deutschen Öffentlichkeit, die weithin im Banne der Politik der Stärke stand, suggeriert, ein solcher Preis lasse sich vermeiden, ja es werde die Sowjetunion ihrerseits wesentliche Konzessionen machen müssen. Wir haben oben schon betont, daß die Teilung Deutschlands das Ergebnis der Politik Hitlers ist. Wir stehen nicht an, hier zu erklären, daß die Institutionalisierung dieser Teilung seit 1949/50 in entscheidender Weise mitbestimmt worden ist von der Politik Dr. Adenauers. Dieser hat den Preis, dem er glaubte entgehen zu können, nur hochgetrieben, indem er indirekt die Position der Sowjetunion gestärkt hat. Solange Bonn auf seiner moralisch bemäntelten demonstrativen Intransigenz gegenüber dem Sicherheits-Interesse der Sowjetunion beharrt und den sowjetischen Verhandlungsvorschlägen seine eigenen unsinnigen Maximal-Forderungen entgegenstellt, muß sein Wiedervereinigungswille weiter in Zweifel gezogen werden. Für die deutsche Öffentlichkeit ergibt sich daraus um so mehr die Pflicht, im deutschen und im europäischen Interesse die Diskussion dieser entscheidenden Fragen freimütig und ohne Rücksicht auf Wunschträume und Tabus forzusetzen. Ein Minimum an Offenheit und Realismus ist nicht nur lebenswichtig, sondern auch schon Sache der nationalpolitischen Selbstachtung. Das entscheidende Problem aller künftigen ehrlichen deutschen Politik ist das der Methode, des Weges, der Prozedur, ohne die das Wiedervereinigungs-Ziel nicht zu erreichen sein wird. Das heißt heute, daß Verhandlungen über das Wiedervereinigungsproblem erst dann aussichtsreich sind, wenn die Weltmächte beiderseits zu einer weltpolitischen Entspannung bereit sind. Wenn die Bundesregierung heute einer Gipfelkoferenz und dem atomwaffenfreien Raum überhaupt nur zustimmen will, sofern dabei auch die deutsche Frage erörter wird, so bedeutet das faktisch eine Ablehnung von Verhandlungen überhaupt. Dasselbe gilt hinsichtlich der Klärung des militärischen und politischen Status eines künftigen Gesamtdeutschlands als eine der Voraussetzungen für eine sowjetische Bereitschaft, überhaupt die Wiedervereinigung zu diskutieren. Stattdessen hat Bonn alles getan, der Sowjetunion zu versichern, daß ein künftiges nichtkommunistisches Deutschland eo ipso ein antisowjetisches sein werde. Torheit ist hier Methode. Kein westdeutscher oder Nato-Druck wird die Sowjetunion zwingen können, die DDR preiszugeben, deren militärisch-strategischer Wert gerade

durch solchen Druck nur steigt. Die Sowjetunion weiß, daß freie Wahlen zu einem nichtkommunistischen Gesamtdeutschland führen werden. Sie hat niemals — wie es der Bundeskanzler ihr jüngst wieder unterstellte — die Ausdehnung des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR auf ein solches Gesamtdeutschland zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Und es erscheint bei unvoreingenommener Betrachtung nicht einmal ausgeschlossen, daß der Sowjetunion auf die Dauer ein nichtkommunistisches Deutschland weit lieber ist als Nachbar, denn ein kommunistisches, in dem der Kommunismus nur dank ihrer Bajonette regiert. Aber ein solches nichtkommunistisches Deutschland wird nur dann annehmbar und interessant für sie sein, wenn sie von vornherein sicher ist, daß es keiner antisowjetischen westlichen Allianz sich angliedern wird. Heute liegt dies in weiter Ferne, und Moskau verweist an die Regierung der DDR. Moral und ideologische Selbstgerechtigkeit werden nichts daran ändern, daß die Bundesrepublik ständig mit dieser politischen Haltung Moskaus, die eine Realität ist, und mit der dadurch gestützten Realität der DDR konfrontiert ist. Dem Westen wird eine Anerkennung des Status quo, der politischen und militärischen Realität, als Ausgangspunkt von Gesprächen nicht erspart bleiben, wenn er überhaupt ehrlich zu Verhandlungen bereit ist. Es ist unrealistisch, zu verlangen, daß die Nachkriegsentwicklung und die de-facto-Existenz der DDR vor Beginn von Verhandlungen im Sinne des Westens retuschiert werden sollen. Weder die Westmächte noch die Regierung in Bonn können solche Veränderungen der politischen Landkarte als Vorausbedingungen fordern, wenn es ihnen mit der Wiedervereinigung wirklich ernst ist. Bonn hat auch keinerlei Macht, die sowjetische conditio sine qua non für Verhandlungen über die deutsche Frage, das Gespräch mit Pankow, aufzuheben. Der künftige politische und militärische Status Gesamtdeutschlands muß als eines der Schlüsselprobleme der Wiedervereinigung ernsthaft und verbindlich erörtert werden. Nur eine demonstrative deutsche Bereitschaft, die Teilnahme an einem Militärbündnis für oder gegen eine der vier Siegermächte zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen und die Bereitschaft, alle zu schließenden Abkommen nach Maßgabe allseitiger berechtigter Sicherheits- und Entspannungsinteressen — nicht zuletzt unserer eigenen — durch garantierte Abkommen und echte Kontrollen zu verankern, kann die politisch-psychologischen Voraussetzungen für fruchtbare Gespräche schaffen. Die Bundesregierung ist ihren westlichen Partnern seit Jahr und Tag ein allzu bequemer Verbündeter gewesen, der es konsequent versäumt hat, im Westen selbst um Verständnis für dieses vitale deutsche Problem zu werben. Befangen in der Illusion gemeinsamer Stärke, hat die Bundesregierung niemals die Westmächte mit den deutschen Wiedervereinigungsinteressen und Problemen konfrontiert, sondern sich selbst und ihre Verbündeten mit der Illusion genährt, wenn überhaupt, so werde es eine Wiedervereinigung unter einseitig westlichen, dazu primär militärischen Vorzeichen sein. Die Folge ist das heutige Mißtrauen weiter westlicher Kreise gegenüber jeder verantwortungsbewußt-realistischen deutschen Konzeption, die am politisch-militärischen Wert der Nato auch nur den geringsten Zweifel äußert und notwendige Abänderungswünsche anmeldet, um einer weiträumigen und langfristigen Entspannungspolitik willen. Die Bereitschaft zur künftigen militärischen Verdünnung in Europa und zur Neutralität Gesamtdeutschlands kann ebenso entspannend wirken, wie die Fortsetzung und atomare Steigerung der westdeutschen Aufrüstung heute den kalten Krieg und seine Illusionen verlängert.

Indes gibt es längst auch im Westen einflußreiche und an Boden ständig gewinnende Kreise, die dem Gedanken einer solchen militärischen Neutralisierung Deutschlands als Folge wie als Faktor der weltpolitischen Entspannung nahetreten. Die Bundesregierung aber, die selbst keinerlei Wege weiß, die den komplexen Problemen der deutschen Politik gerecht werden, wird nicht müde, im In- und Ausland

die friedensbereiten und realistischen Kräfte der deutschen Öffentlichkeit als „Neutralisten" zu diffamieren. Sie beklagt sich über das Desinteresse der Sowjetunion, in West-Ost-Verhandlungen die deutsche Frage zu diskutieren. Diese Interessenlosigkeit geht jedoch darauf zurück, daß Bonn seit Jahr und Tag den Russen Bedingungen auferlegen will, gegen deren Annahme das ganz elementare Sicherheitsinteresse des Ostens sprechen mußte. Anstatt immer wieder dieses faktische Desinteresse Moskaus anzuprangern in leeren Moralismen, hätte die Bundesregierung die Pflicht, erst einmal wieder politisch-psychologische Voraussetzungen für ein sowjetisches Interesse zu schaffen und dann vorsichtig die Möglichkeiten zu sondieren, mit den vier Siegermächten zu einem befriedigenden Übereinkommen zu gelangen. Nichts dergleichen ist geschehen. Und es muß nochmals betont werden: Das Grundproblem der Wiedervereinigungsfrage ist die deutsche Bereitschaft, ein nichtkommunistisches Gesamtdeutschland nicht einem antisowjetischen Paktsystem zu integrieren. Erst auf der Basis dieser ehrlichen Bereitschaft werden politische Gespräche mit der Sowjetunion wieder möglich sein. Ohne den Willen zu einer Politik der Entspannung gegenüber der Sowjetunion ist die Wiedervereinigung niemals zu erreichen. Eine solche Politik bedeutet nicht eine Ost-Schwenkung im Sinne einer antiwestlichen Politik. Sie kann nur erfolgversprechend sein, wenn sie mit einer vertrauensvollen Politik auch gegenüber den Westmächten verbunden ist, in deren Reihen der Wert der Nato heute schon umstritten ist. Die Frage der Sicherheit eines künftigen Gesamtdeutschlands wird nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Sicherheitsübereinkunft der Großmächte eine Antwort finden. Alles andere als die Einsicht in diese sachliche Logik ist Schönfärberei, Selbstbetrug und lebensgefährlicher Illusionismus — nicht aber Politik. Die ideologisch überbelastete und jeden konstruktiven Konzepts, das den Gegebenheiten der deutschen Lage wirklich Rechnung trägt, ermangelnde, aggressiv antisowjetische deutsche Außenpolitik im Rahmen der Nato muß ein Fiasko sein und ist selbstmörderisch. Das Konzept der Stärke hat zum Gleichgewicht des Schreckens geführt. Die Sicherheit und die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands sind ferner gerückt, als sie es 1950 waren.

Das Grundproblem der heutigen Weltpolitik ist die Frage, ob Mittel und Wege zur Sicherung des Friedens gefunden werden, oder ob sich die internationale Lage weiter verschärfen und die Gefahr eines neuen verheerenden Krieges für die Menschheit heraufbeschworen wird. Es ist Sache der westdeutschen Politik, im Prozeß der Entspannung aktiv mitzuwirken, ohne Uebereilung, aber mit Konsequenz und mit unzweideutiger Bereitschaft, das deutsche national-politische Ziel zu erreichen im Rahmen der weltweiten Ost-West-Verhandlungen unter Bedingungen, die für alle Siegermächte akzeptabel sind.

Ein künftiges Gesamtdeutschland darf nicht zum Anlaß neuen Mißtrauens in Ost und West werden. Es kann aber überhaupt nur erreicht werden, wenn vorher dieses potentielle Mißtrauen, das historisch leider nur allzu begründet ist, durch eine kluge, maßvolle und vertrauenswürdige deutsche Politik auf ein Minimum reduziert wird. Die Bereitschaft zu friedlicher und freundschaftlicher Gesinnung allen Völkern Europas gegenüber ist die einzige Basis einer westdeutschen Politik, die es mit der Wiedervereinigung ernst meint und fähig ist, die Realität zu erkennen.

Es liegt in der Hand aller beteiligten Staaten und damit auch in unserer, ob das politische Barometer der sich abzeichnenden Gipfelkonferenzen ein Sturmtief mit allen seinen Konsequenzen oder ein freundlicheres und zukunftweisendes Klima anzeigen wird.

Aloys Schwarze, MdL

Raketenbasen im Paderborner Land?

„Plant die Bundesregierung die Einrichtung von Abschußrampen im Teutoburger Wald?" Diese bedeutungsvolle Frage hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar, Bielefeld, dem Bundesverteidigungsministerium zur Beantwortung in der Fragestunde Mitte Februar vorgelegt. Zur gleichen Zeit wird man im Paderborner Kreistag hart um eine Protest-Resolution an Herrn Strauß ringen, die ebenfalls von sozialdemokratischer Seite gegen die Anlage eben derselben Raketen-Abschußbasen auf dem Truppenübungsplatz Sennelager zwischen Paderborn und Bielefeld eingebracht wurde.

Obwohl die Fragestunde im Bonner Bundeshaus und die Sitzung des Paderborner Kreistags just erst anstehen, wenn diese Zeilen gedruckt werden, kann das Ergebnis für beide Fälle fast traumsicher vorausgesagt werden. Von der obersten Regierungsbank wird es heißen: „Jawohl, Raketen-Basen sind in Erwägung gezogen, aber nur für die Luftabwehr. Wann mit dem Bau der an sich harmlosen Anlagen begonnen wird — falls ihre Notwendigkeit gutachtlich überhaupt gegeben ist — darüber kann noch nichts gesagt werden." Und die bundesrepublikanische absolute CDU-Mehrheit wird sich damit selbstsicher zufrieden geben. Der Paderborner Kreistag hat es unter gleichem politischen Kräfteverhältnis noch einfacher: hier kann sich die absolute christ-demokratische Fraktion der ländlichen Kommunal-Strategen mit Glaubenseifer auf ihren obersten politischen Strategen, den Herrn Bundeskanzler, verlassen; es handele sich doch nur um weiterentwickelte Artillerie zur Verteidigung der Heimat.

Liegt das Problem der Raketen-Basen tatsächlich so einfach, daß man sich hier wie dort und anderswo mit einer leichten Handbewegung darüber hinwegsetzen darf? „Oben" — weil es nun einmal in die atlantische Konzeption passen soll, von der die bestimmende Mehrheit glaubt, ihre Auffassung (im Kalten wie im — Gott möge es verhüten — Heißen Krieg) sei der strategischen Weisheit letzter Schluß. „Unten" — weil es ja so leicht ist, sich auf die da „Oben" zu verlassen, die ja eigens dafür gewählt wurden.

Raketen-Basen sollen gebaut werden. „Auch in Nordrhein-Westfalen", erklärte Ende Januar der Befehlshaber für den Wehrkreis III, Generalmajor Schimpf. „Nike-Raketen als reine Flugabwehrwaffen, ohne Atomsprengkopf. Sie sollen mit Überschallgeschwindigkeit angreifende Flugzeuge rechtzeitig bekämpfen." Das war die erste offizielle Mitteilung über die neuen Bonner Planungen im Raum zwischen Rhein und Weser. Wenig später schlug eine andere Meldung Alarm, daß nämlich nach Mitteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums schon in Kürze, wahrscheinlich schon im Juni, die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik die „Redstone"-Rakete zur Verfügung haben, jenes ballistische Geschoß, das eine Reichweite erzielt, um damit ausnahmslos jeden Punkt Europas in seinen Wirkungskreis zu ziehen, wenn die Abschußposition entsprechend vorgeschoben liegt. Beide, die „Nike" wie die „Redstone", können mit Atomsprengköpfen versehen werden.

Noch Ende vorigen Jahres, also kurz vor diesen offiziellen Raketen-Eingeständnissen, hatte Bundespressechef von Eckardt selbstsicher erklärt, die Stationierung von Raketen auf deutschem Boden sei „nicht akut". Trotz dieser klaffenden amtlichen Lücke in wichtigen Verlautbarungen berühren sich in diesem entscheidenden Punkt der Wiederbewaffnung Westdeutschlands militärische und politische Strategie so eindeutig, daß es für jedermann von der harmlosen Luftabwehrbasis zur echten Atomraketen-Rampe nur ein naheliegender Gedankensprung ist. Und

so lautet auch schon die neueste Version des Bundesverteidigungsministeriums: 4 Raketentypen für Westdeutschland, taktische Raketen bis zu 150 km Reichweite, Kurzstreckenraketen bis 1000 km, Mittelstreckenraketen bis 4000 km und Langstreckenraketen bis 8000 km, wobei noch nicht entschieden sei, über welche Raketentypen das Heer und über welche die Luftwaffe verfügen soll.

Ein Blick auf die Karte stellt sofort die Bedeutung der weiträumigen Heidelandschaft zu Füßen des Teutoburger Waldes heraus. Nicht umsonst heißt es in der alliierten Geschichtsschreibung, daß in diesem Raum in der letzten Phase des zweiten Weltkrieges die größte Vernichtungsschlacht geschlagen wurde. Hier drängte nämlich die alliierte Zange, von Osnabrück und Kassel einschwenkend, die sich stauenden und in Auflösung begriffenen deutschen Einheiten zusammen. Die Landser gingen damals ohne nennenswerten Widerstand in die Gefangenschaft. Paderborn, strategischer Ausgangspunkt für das Sennelager, wurde zu 87 % zerstört, bevor die Amerikaner einrückten. Die Masse von Soldaten und Material auf beiden Seiten indes bestimmte die Größenordnung dieser „Schlacht" aus der geschichtlicher Sicht von jenseits des Atlantik.

Mit der Teilung Deutschlands und der westöstlichen Rüstungszuspitzung ist der strategische Wert der Senne weiter gestiegen. Sie liegt genau zwischen dem größten westeuropäischen Industriepotential des Ruhrgebietes und der schmerzhaften Zonengrenze, an der die sowjetrussische Machtposition am weitesten gegen die Nato vorgeschoben ist. Zur vorbereiteten Stationierung von Raketenbasen in der Senne ließ also das Bundesverteidigungsministerium verlauten, daß dabei in Verhandlungen mit der Landesregierung in Düsseldorf „vor allem die Möglichkeiten der Luftabwehr für das Ruhrgebiet erörtert würden". Legt man das Schwergewicht dieser Mitteilung auf die beiden Wörter „vor allem", dann ergibt sich eindeutig, daß auch an andere Möglichkeiten gedacht ist. Und da drängt sich zunächst doch nur diese auf: Hier ist die beste Gelegenheit zur Stationierung auch von Mittel- und Langstreckenraketen.

Die amerikanischen Fachleute haben jüngst selbst zugegeben, daß die brauchbare US-Fernrakete noch nicht soweit entwickelt ist wie die verwendungsfähige russische Fernrakete. Der amerikanisch bestimmten Nato kommt es also darauf an, für die nächsten Jahre ihre Raketenbasen soweit gen Osten vorzuschieben, daß ihre einsatzbereiten Mittelstreckenraketen bis in das russische Rüstungszentrum zwischen Moskau und Tschita reichen. Solche Raketen aber würden mit Sicherheit Atomraketen sein. Ja — „man muß sogar befürchten, daß in der Bundesrepublik weit gefährlichere nukleare Waffen stationiert werden", äußerte kürzlich der bekannte Kernphysiker Prof. W a l c h e r, Mitunterzeichner des Göttinger Manifestes.

Die Nato-Planungen, für die lediglich noch die Bonner Zustimmung benötigt wird, sehen auch Basen im östlichen Sauerland vor. Man kann die vorderste Raketeneinsatzlinie geradezu konstruieren, wenn man von geplanter Basis zu Basis die Verbindungslinie zieht. Sie wird noch bestärkt durch die Anlage von Düsenflugplätzen, die auf den Meßtischblättern der Nato-Stabsoffiziere bereits verzeichnet stehen, u. a. für den Luftraum Paderborn bei Steinhausen im Kreis Büren, für den Luftraum Bielefeld in Gütersloh. Hinter dieser doppelten Front soll vom Münsterland zum westlichen Sauerland eine zweite Raketenabwehrbasis erstehen.

Die Pariser Nato-Konferenz im Dezember v. J. gab das eigentliche Startzeichen für eine Entwicklung, die sich jetzt mehr und mehr deutlich abzeichnet. Norwegen und Dänemark erteilten sofort eine glatte Absage, in ihren Ländern Raketenabschußbasen zu errichten. Soll dieser Ausfall von Westdeutschland aufgefangen werden? Aber auch hierzulande wächst die Erkenntnis beim Mann auf der Straße, daß solch gefährliche Entwicklung nicht zum besten auslaufen kann. Die Proteste gegen Bonns Raketenbasen-Pläne werden sich in dem Maße vervielfachen, wie die

Nachrichten darüber präziser werden. Der hessischen Regierung und dem Deutschen Städtetag werden gewiß weitere Länder und viele Gemeinden folgen, die zumeist fernab von militärisch-strategischen Überlegungen mit rustikalem Fingerspitzengefühl spüren, in welchen Teufelskreis sie einbezogen werden. Denn Raketenbasen werden im Ernstfall die ersten und wichtigsten Ziele feindlicher Gegenschläge sein, etwa russischer Raketen, gleichfalls mit atomarer Sprengwut bestückt.

„Hier gilt es den Anfängen zu wehren; denn wenn heute in der Senne angeblich nur Abschußrampen für Nike-Raketen erstehen, werden morgen mit militärischer Sicherheit die alles vernichtenden Mittel- und Langstreckenraketen folgen", heißt es z. B. in der dem Paderborner Kreistag vorgelegten Entschließung gegen Bonn. Gleichzeitig wird darin an die großen Menschenopfer und furchtbaren Zerstörungen während der letzten Kriegstage 1945 im Paderborner Land erinnert und abschließend festgestellt: „Wir werden uns gegen jede Maßnahme wehren, die geeignet ist, unserer Heimat zum sicheren Schaden zu gereichen."

Den militärisch-strategischen Plänen laufen angesichts des wachsenden Widerstandes auf der unteren Ebene der Rathäuser und Landtage die politisch-strategischen Überlegungen voran. Hier wird natürlich der Weg des geringsten Widerstandes gewählt. In Nordrhein-Westfalen ist zum Beispiel vorerst nur Sennelager als Raketenbasis namentlich genannt. Nun, dieser Truppenübungsplatz hat eigentlich noch keinen festen Besitzer. Hier sind die Deutschen wie die Engländer wie die Kanadier gleichwohl zu Hause. Es handelt sich also um ein gängiges Nato-Gelände, auf dem man ja viel leichter, gegen weit weniger öffentlichen Widerstand stationieren kann als anderswo.

Zunächst wurde eine Ausweitung des Platzes in Szene gesetzt. Es sollen rund 800 Personen, darunter 72 Landwirte, ausgesiedelt werden, um das Heidegelände „zum größten Granatwerfer-Übungsschießplatz der Bundesrepublik" herzurichten. Granatwerfer? Die betroffenen Gemeinden im Paderborner und Lipper Land protestierten energisch. Bad Lippspringe, etwa 1000 m Luftlinie von der nächstgelegenen neugeplanten Batteriestellung entfernt, schrieb empört an Herrn Strauß: „Granatwerfer und Raketen werden das Ende unseres Heilbades bedeuten. Asthma- und Allergie-Kranke können nur in völliger Ruhe gesunden." Ministerpräsident Steinhoff erklärte sofort: „Wir lassen keinen Sennebewohner über die Klinge springen." Das amtliche Bonn beruhigte prompt, als in der ersten Fragestunde des eben gewählten Bundestages Staatssekretär Dr. Rust zur Senne-Erweiterung Stellung nehmen mußte: man werde miteinander über die beste Lösung reden, es solle keinem Unrecht geschehen, keinem ein Nachteil erstehen.

Bonn glaubt, daß nicht nur die Zeit Wunden heilt, sondern hofft auch auf die Einsichtigkeit in diesem Gebiet, das bei der letzten Wahl den prozentual höchsten Stimmenanteil im ganzen Lande für den Rüstungskanzler Dr. Adenauer aufbrachte. Als jedoch die Paderborner Kreisverwaltung zu Weihnachten den protestierenden Sennebewohnern einen beruhigenden Festtagsgruß durch die Zeitungen übermittelte, daß nämlich „noch gar nichts entschieden sei", mußten Landrat und Oberkreisdirektor in letzter Minute einen vielsagenden Rückzieher machen. Sie hatten zunächst die Bundestags- und Landtagsabgeordneten aller Parteien gebeten, den Aufruf mit zu unterzeichnen. Vierundzwanzig Stunden später hieß es dann, die CDU-Abgeordneten würden zwar den Text billigen, sie hätten indes Bedenken, unter die Presseerklärung auch ihren Namen zu setzen. Dieses politisch-strategische Rückzugsgefecht erscheint nur aus der Bonner Perspektive erklärlich.

So steht die CDU angesichts der bevorstehenden Landtagswahl Anfang Juli in Nordrhein-Westfalen nicht nur in der dem Teutoburger Wald vorgelagerten Ebene der Senne in einer Zwickmühle, aus der man am besten hinauszukommen glaubt,

wenn alle Pläne um die Stationierung von Raketenbasen erst nach der Wahl reifen. Bonns Verständnis für diese Lage ist um so erklärlicher, je größer auch im Ministerium des Dr. Strauß die Hoffnung auf ein neues CDU-Kabinett in Düsseldorf keimt. Denn die jetzige Landesregierung unter dem SPD-Ministerpräsidenten Steinhoff hat bislang nichts aus eigener Kraft getan, was den Aufrüstungsplänen Bonns förderlich gewesen wäre.

Vom höchsten Gipfel des Teutoburger Waldes schaut Hermann der Cherusker hinab auf die Weite des Truppenübungsplatzes Sennelager. Bei klarem Wetter reicht die Sicht bis zu den Ausläufern des Sauerlandes und des Münsterlandes. Auf seinem 10 m langen, himmelragenden Schwert steht: „Deutschlands Einigkeit meine Stärke, meine Stärke Deutschlands Macht." Wenn bald zu Füßen des germanischen Helden Raketenbasen wachsen, würde in der Tat bittere Wahrheit: daß nämlich durch eine verhängnisvolle Politik der Stärke in einer zweigeteilten Welt die Einheit unseres Vaterlandes auf lange Sicht verspielt ist.

Reichsminister a. D. Dr. Schlange-Schöningen

Alternative zur Politik der Stärke

Nachstehend bringen wir einen auf unsere Bitte hin verfaßten Beitrag des Reichsministers a. D. und ersten Botschafters der Bundesrepublik in London, Dr. Schlange-Schöningen. Der Verfasser nimmt darin klärend und abwägend Stellung zu entscheidenden Fragen, die den Deutschen Bundestag in seiner außenpolitischen Debatte vom 23. Januar 1958 bewegt haben. Er kommt damit in dankenswerter Weise unserer Absicht entgegen, ein Diskussionsforum zu sein, auf dem jeder Verfasser eines namentlich gezeichneten Artikels ausschließlich für sich selbst steht. Der Beitrag wurde der Tageszeitung „Die Welt" zur Verfügung gestellt. (Die Red.)

Die außenpolitische Debatte im Bundestag hat nicht nur in Deutschland, sondern zumindest in der westlichen Welt einen niederschmetternden Eindruck hinterlassen. Es waren zwar keine Überraschungen zu erwarten. Die Fronten lagen im wesentlichen fest, trotzdem hoffte man, daß die die Weltöffentlichkeit so stark erregenden Vorträge des Amerikaners Kennan — inzwischen bezeichnenderweise von Freunden und Gegnern gegen die Absicht Kennans zum Rang von Vorschlägen erhoben — und der Plan des polnischen Außenministers Rapacki einige wünschenswerte Bewegung endlich auch in die deutsche Außenpolitik bringen würden. Das war leider nicht der Fall. Im Gegenteil: nur die tiefe Kluft ist uns und dem Ausland, dem westlichen nicht nur, sondern auch mit Vergnügen den Russen, noch tiefer zum Bewußtsein gebracht worden. Schauen wir nach der so dringend notwendigen Überbrückung dieser Kluft aus, so verdienen die neuesten außenpolitischen Gedanken des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier ernste Beachtung und Prüfung.

Was soll nun eigentlich werden? Niemand kann von uns verlangen, zehn, zwanzig oder dreißig Jahre zu warten, bis die Russen geneigt sein könnten, mit uns über die Wiedervereinigung zu verhandeln. Zu spät! wird es dann wieder einmal von der deutschen Außenpolitik heißen. Sind wir denn wirklich zu nichts anderem fähig, als „Njet" zu sagen? Warum ergreifen wir denn nicht jede gebotene Möglich-

keit, wie sie uns in den verschiedensten Plänen auch vom Ausland nahegelegt wurden, um einen allerersten Anfang zu machen, aus dieser unfruchtbaren Erstarrung herauszukommen.

Durch ihre bisherigen Methoden hat die deutsche Außenpolitik keinen einzigen echten Fortschritt zur Wiedervereinigung erzielt. Leider hat Kennan darin nur allzu recht: wir dürfen nun einmal nicht die Russen ausschließlich mit unseren eigenen Maßstäben messen. Ein enges Verstehen ist mit diesem rassisch und politisch so anders gearteten Volk nicht möglich. Wir aber wollen etwas von den Russen, etwas für unsere Zukunft und unser nationales Wohlergehen ganz Entscheidendes. Also müssen wir unsere gefährlich ungenauen Vorstellungen über das russische Rätsel aufgeben und mit ihnen die Sprache sprechen, die sie verstehen. Es muß ihnen klar gesagt werden, wozu wir unter bestimmten Voraussetzungen bereit sind und wozu wir unter keinen Umständen bereit sind, um dann mit den altbewährten, internationalen Methoden der Diplomatie zumindest einmal an die Vorbereitung von Verhandlungen zu gehen. Auch eine andere inzwischen allgemein akzeptierte Erkenntnis gehört zu den Ergebnissen der Kennanschen Vorträge, daß nämlich Gipfelkonferenzen nur dann einen Sinn haben, wenn ein möglicher Erfolg in mühevoller, geduldiger Vorarbeit durch die diplomatischen Fachleute vorbereitet ist. Nur auf diese Weise kann verhindert werden, daß aus einer gescheiterten Gipfelkonferenz propagandistisches, größeren Schaden anrichtendes Kapital geschlagen wird.

Seit dem Bestehen der Bundesrepublik ist es unseren außenpolitischen Experten nicht gelungen, einen einzigen konstruktiven Plan aufzustellen, der zur Entspannung, zur Abrüstung, zur Wiedervereinigung führen könnte. Zwar fehlt es nicht an ehrlichen Bemühungen einzelner Rufer in der außenpolitischen Wüste dieses Rumpfdeutschlands, zu einer Lösung beizutragen. Wir Deutsche haben aber leider ein besonderes Talent, fasziniert ins Ausland zu starren, in der Hoffnung, daß uns von dort wieder einmal die rettende Hand gereicht wird. Von England kamen aus den verschiedenen Parteilagern Vorschläge von erfahrenen Diplomaten und Außenpolitikern: Eden, Gaitskell, Healey, die sich letzten Endes alle um das gleiche Kernproblem drehten: eine entspannte, militärisch verdünnte Zone in Mitteleuropa zu schaffen, mit dem freiwilligen Verzicht auf bestimmte näher zu definierende Souveränitätsrechte, als sichtbaren Beweis für alle, die auch heute noch von Mißtrauen und verständlichen Ressentiments bei dem Gedanken erfüllt sind, ein wiedervereinigtes Deutschland könne auf diesem Wege seine Wiedergeburt als Großmacht anstreben.

Von unseren östlichen Nachbarn kam ein Plan aus Polen, nach dem Außenminister Rapacki benannt. Dieser Plan sieht eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor, das Verbot der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen, wobei im ersten Stadium die beiderseitige Paktzugehörigkeit der beteiligten Staaten außer Betracht gelassen werden soll, so wie eine Kontrolle dieser atomwaffenfreien Zone durch internationale Truppeneinheiten. Diese Zone soll sich im ersten Stadium auf Polen, die beiden Deutschland und die Tschechoslowakei erstrecken.

Die Bundesrepublik hat als erstes Land den Rapacki-Plan als Verhandlungsbasis kategorisch abgelehnt, während sich in den USA, England und Frankreich, von Skandinavien ganz abgesehen, in den maßgeblichen Regierungskreisen doch eine Reihe von verantwortlichen Stimmen erhoben haben, die zwar kritisch, aber doch mit dem feineren Instinkt erfahrener Diplomaten hierin eine erste international diskutierbare Verhandlungsbasis sehen. Es ist dabei völlig unwichtig, ob der Plan tatsächlich von dem polnischen Außenminister stammt oder nicht, ob er alt oder neu ist. Zwar bietet er nach den bisher vorgeschlagenen Bedingungen für uns keinen sofort greifbaren Ersatz für den Verzicht auf die geplante atomare Bewaffnung. Auch gibt er den Kritikern des Planes eine gewisse Handhabung, die durch

ihn die Beibehaltung des Status quo befürchten und damit keinen Fortschritt zur Wiedervereinigung sehen.

Daß der Rapacki-Plan automatisch die Anerkennung der Sowjetzone zur Folge haben werde, glaube ich nicht. Die Beziehungen zwischen Pankow und Warschau sind außerdem alles andere als gut. Ich bezweifle, daß sich die Herren Grotewohl und Ulbricht sehr freuen werden, sollte der Plan wider ihr Erwarten näher diskutiert werden. Viele von den technischen Einzelheiten bedürfen noch einer eingehenden Untersuchung, wobei die Initiative wahrscheinlich wieder vom Ausland ausgehen wird.

So wie der Plan uns jetzt vorliegt, schließt er zweifellos Gefahren für die westliche Sicherheit nicht aus. Es wäre zu überlegen, ob das Verbot von Atomwaffen lediglich auf die strategischen A-Waffen beschränkt bleiben sollte. Die amerikanischen Truppen könnten dann ebenso wie alle anderen mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet bleiben. Ich bin überzeugt, daß unsere westlichen Verbündeten volles Verständnis dafür haben, daß, solange nicht die letzte Chance geschwunden ist, zu einer Verständigung über unsere Wiedervereinigung zu kommen, wir jedes Risiko vermeiden müssen, eine Verschärfung der Gegensätze und eine Verhärtung des Status quo gerade durch weitere Aufrüstung herbeizuführen. Das aber würde durch die Errichtung von Abschußrampen für strategische Raketen innerhalb Deutschlands der Fall sein. Schließlich spielt es im Zeitalter der Weltraumwaffen keine Rolle mehr, ob die so leicht verwundbaren Abschußbasen einige hundert Kilometer weiter östlich stehen oder nicht, wie General Norstad uns ausdrücklich bescheinigt hat. Er scheint sogar grundsätzlich zu prüfen, ob solche Basen überhaupt auf dem Boden der Bundesrepublik notwendig sind. Außerdem hat der deutsche Verteidigungsminister recht, wenn er sagt, daß man die schwerste Artillerie nicht in den vordersten Schützengraben stellt.

Ich halte es auch für unwahrscheinlich, daß die Amerikaner als Konsequenz einer Vereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa Deutschland oder den Kontinent verlassen würden; denn Nordamerika wird heute gegen russische transkontinentale Raketen in Europa verteidigt.

Über all dies könnten wir und sollten wir verhandeln. Wenn wir von uns aus nichts tun, besteht die Gefahr, daß wir eines Tages gar nicht mehr gefragt werden. Nur eins dürfen wir unter keinen Umständen tun: daß wir ohne den Westen, ohne völlige und gewissenhafte Absprachen mit unseren Alliierten eigene Ziele verfolgen. Das so mühsam seit dem Kriege aufgebaute enge Verhältnis darf niemals erschüttert werden. Aber jenseits der Elbe leben unsere deutschen Brüder, die zu uns und auch zu Mitteleuropa gehören. Und weiter östlich warten unsere Nachbarn darauf, aus der Umklammerung von hüben und drüben und auch aus der Furcht vor uns erlöst zu werden. Selbst wenn diese atomwaffenfreie Zone zunächst nur symbolische Bedeutung haben mag, so darf man die Auswirkung einer sich daraus ergebenden politischen und psychologischen Entspannung nicht unterschätzen.

Wenn es uns nun gelungen sein sollte, Ost und West aus der Umklammerung zu lösen und auseinanderzuschieben, und sich die Beziehungen durch diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Vereinbarungen zu normalisieren beginnen, wäre notwendigerweise der Zeitpunkt gekommen, den nächsten Schritt zu tun und an den stufenweisen Rückzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei zu denken. Die Amerikaner würden gehen, aber nur bis an die westdeutsche Grenze, die Engländer, die Belgier und die Kanadier würden gehen. Und die Russen würden gehen. Sie würden sich zurückziehen aus Mitteldeutschland, aus Ostdeutschland, aus Polen und der Tschechoslowakei, zurück hinter ihre eigenen Landesgrenzen.

Ich halte es nicht für sehr diplomatisch, bei jeder Gelegenheit den Russen vorzuhalten, daß man gar nicht mit ihnen verhandeln könne, da sie doch alle Verträge brächen und daß daher eine Neutralisierung Deutschlands innerhalb einer größeren atomwaffenfreien Zone nicht nur zwecklos, sondern selbstmörderisch wäre. Aber wenn die Russen gegen uns aufrechnen, was wir an schweren Vertragsbrüchen in der allerjüngsten Vergangenheit, und das ist erst anderthalb Jahrzehnte her, vollbracht haben, dann haben wir, weiß Gott, keinen Grund, uns als Pharisäer aufzuspielen. Wir sollten lieber wie Walter Lippman eine realistischere Untersuchung darüber anstellen, was für Verträge die Russen gehalten haben und welche nicht. Hier gilt das gleiche, was Kennan gesagt hat: es muß ganz eindeutig festgelegt werden, bis an welche klaren Grenzen es geht, wo Truppen stehen dürfen und wo keine stehen dürfen. Aber allgemeine Versicherungen und Beteuerungen oder die Errichtung von „demokratischen Regierungen" haben zu nichts geführt. Es wäre gut, wenn unsere diplomatischen Experten diese Erkenntnisse bei allen etwaigen Schritten und besonders bei der Abfassung zukünftiger Verträge mit den Russen berücksichtigen würden. Es erscheint nicht sehr zweckmäßig und fördert auch nicht ein fruchtbares Verhandlungsklima, wenn man schon vorweg den Gedanken und die Behauptung äußert, die Russen kämen ja doch jederzeit, gegen alle Verträge, in geräumte Gebiete zurück, wenn sie es für angezeigt hielten. Unterstellt man, daß sie es darauf anlegen würden, sich selbst international als absolut vertragsunwürdig zu brandmarken?

Bevor an den Rückzug fremder Truppen aus Deutschland gedacht werden kann, muß dieses eine jedenfalls sichergestellt sein: unsere amerikanischen Partner müssen in Europa bleiben. Aus verschiedenen Gründen. Sie müssen bleiben, weil ihre Sicherheit mit der Sicherheit Europas heute untrennbar verbunden ist. Sie müssen bleiben als Garanten des Vertrages, der zu schließen ist, wenn die Nato und der Warschauer Pakt entweder keine oder verwandelte Funktionen zu erfüllen haben. Hier könnte ein neues Kapitel unserer Geschichte beginnen. Nachdem in langwierigen, mühseligen, aber zielbewußten Verhandlungen, die sich vielleicht über Jahre erstrecken werden, das Spannungsfeld im Herzen Europas entzerrt ist und nicht mehr große Gefahren magnetisch auf sich zieht, könnte Deutschland die Rolle zufallen, die ihm durch seine Lage und seine Geschichte zugedacht ist, und die es zum erstenmal, aus einer unglückseligen Vergangenheit ihm neu geboten, nun im positiven Sinne erfüllen könnte: eine Brücke zu bilden zwischen West und Ost, gedeihend auf dem fruchtbaren Boden des Austausches des Geistes, der Kultur und der Wirtschaft. Wir dürfen nicht vergessen, daß mit uns der ganze Kontinent gespalten ist. Die Polen und die Tschechoslowaken gehören genau so zu Europa wie wir. Sie haben ebenso gelitten wie wir, und die suchen die Rückkehr zur eigenen Tradition und zur Kultur des Abendlandes.

Prof. Dr. Bernard Lavergne, Paris

Deutsche Wiedervereinigung und allgemeine Abrüstung

Augenblicklich wird die internationale Politik von zwei Fragen beherrscht, der fortdauernden Teilung Deutschlands und der allgemeinen Abrüstung. Die eine Frage betrifft besonders Deutschland, die andere interessiert alle Länder.

In bezug auf die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten herrscht eine bewußte Heuchelei: alle Regierungen geben vor, die Wiedervereinigung zu wünschen, aber keine Regierung will sie wirklich.

Die Vereinigten Staaten möchten die Wiedervereinigung keinesfalls, denn sie wissen gut, daß bei einer Vereinigung der siebzehn Millionen Deutschen der Ostzone mit den fünfzig Millionen Deutschen der Westzone die Wahlmehrheit den Sozialdemokraten und den Protestanten zukäme. (Die DDR beherbergt vierzehn Millionen Protestanten und nur drei Millionen Katholiken.) So würde die amerikafreundliche Regierung von Bonn durch Wahlen beseitigt. Und ohne Zweifel würde die Regierung eines vereinigten Deutschlands gegenüber Washington nicht den gleichen passiven Gehorsam besitzen wie augenblicklich Westdeutschland, das, wie Frankreich und Italien, de facto ein von Amerika abhängiges Gebiet geworden ist.

Auch England wünscht die Wiedervereinigung kaum, denn das vereinigte Deutschland besäße eine sehr große Wirtschaftskraft und könnte auf dem Weltmarkt den britischen Ausfuhren ein gefährlicher Konkurrent werden. Gleichzeitig würde Deutschland eine große Macht, deren politische Ambitionen ernsthaft in Betracht gezogen werden müßten.

Aus den gleichen Gründen wünscht die französische Regierung ebenso wenig die Vereinigung der beiden Deutschlands. Vor allem jetzt, da Parlament und Regierung Frankreichs unvorsichtigerweise zugestimmt haben, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, würde das vereinigte Deutschland einen unzulässig starken Druck auf Frankreich ausüben können. Schon jetzt ist der Wirtschaftsdruck Westdeutschlands auf uns mehr als beträchtlich. Wie würde es erst sein, wenn die beiden deutschen Staaten zusammen im Gemeinsamen Markt Frankreich gegenüber auftreten würden? Die Gestehungskosten der deutschen Industrie sind häufig 20, 30 oder 40 % niedriger als die französischen Gestehungskosten. Das ist nicht erstaunlich, denn wir entlohnen unsere Arbeiter höher, sie arbeiten weniger Stunden in der Woche, und die steuerlichen Belastungen der französischen Industrie sind beinahe doppelt so hoch wie die der deutschen. Schließlich sind unsere militärischen Anstrengungen, die die Arbeitskraft unserer Bevölkerung um 400 000 Mann verringern, weitaus kostspieliger als die deutschen Militärausgaben. Es ist also für jeden Denkenden klar, daß Frankreich keine fühlbare Senkung der Zollrechte, die jetzt unsere Industrie schützen, erlauben kann. Nun werden ebenso wie die Funktionäre der OEEC die 15 000 Funktionäre des Gemeinsamen Marktes mit dicken Gehältern durch uns versehen. Sie haben nichts zu entscheiden und nichts anderes als Berichte und Papierkram anzufertigen. Die französische Regierung hat also keinen Grund, die Vereinigung der beiden deutschen Gebiete zu wünschen.

Die Regierung in Moskau hat sich mit der Zweiteilung Deutschlands abgefunden. Sie nutzt die westliche Ablehnung, um sozialistische und selbst kommunistische Gedanken in der DDR Fuß fassen zu lassen. Die junge Generation wird dort in diesem Sinne erzogen. Wenn der russische Einfluß in den Ostgebieten auf Grund der Weigerung der Westmächte, in die Wiedervereinigung einzustimmen, nur ein viertel Jahrhundert dauern würde, wäre in diesem Teil eine ganze deutsche Generation im Sinn der sozialistischen Ideen erzogen. Daraus könnten große politische

Schwierigkeiten zwischen der Bevölkerung der beiden Deutschlands entstehen, wenn die Wiedervereinigung endlich stattfinden würde.

Auch die Regierung des Kanzlers Adenauer kann die Wiedervereinigung nicht wirklich wünschen. Das politische Gewicht der Protestanten und der Sozialisten aus dem östlichen Teil Deutschlands würde für den Kanzler das Ende seiner Macht bedeuten. Darum wird der Kanzler — wie fast jeder Politiker — denken, daß wohlgeübte Nächstenliebe bei ihm selbst zu beginnen habe. Häufig von der Wiedervereinigung sprechend, wird er im geheimen den Himmel bitten, daß sie nicht stattfinden möge. So sind sich alle Regierungen Europas und Amerikas aus ganz verschiedenen Gründen einig, daß die Wiedervereinigung nur ein Gespenst ist, das man nach Belieben vor den Volksmassen tanzen lassen kann. „Immer davon sprechen und niemals daran denken", das ist ihre Devise. Weiß man nicht seit der berühmten Fabel von Aesop, daß die Sprache den Menschen, vor allem den Politikern, nicht dazu gegeben wurde, die Wahrheit zu sagen, sondern um sie zu verschleiern?

Jedoch gibt es in der Welt politische Kräfte, die zur Wiedervereinigung streben: Da ist das deutsche Volk selbst, das sich durch diese schwierig zu überbrückende Trennungslinie zerrissen fühlt. Die Grenze wird ein immer größeres Hindernis, das die Vereinigung erschwert. Jedoch ist das deutsche Volk weit davon entfernt, an der Macht zu sein. Es wird durch die Kanzler-Regierung ziemlich autoritär regiert, eine Regierung, die im Laufe der vierjährigen Legislaturperiode kaum abzusetzen ist und die deshalb praktisch tun kann, was sie will.

Auch ein weiteres Volk ist an der Vereinigung der beiden deutschen Gebiete interessiert. Das ist die Bevölkerung Frankreichs, oder, genauer, die republikanischen und demokratischen Kreise unserer Nation. Für jeden der demokratischen Tradition wahrhaft treu gebliebenen Franzosen ist die Zweiteilung Deutschlands eine echte Katastrophe. Deutschland war immer ein stark evangelisches Land. Jetzt aber ist die Bundesrepublik, fast wie Spanien, ein stark klerikaler Staat, gefährlichen Direktiven ausgesetzt, so daß die rückschrittliche Politik des Kanzlers auch sehr schwer auf der französischen Innenpolitik lastet. Alle Projekte Klein-Europas sind ausländischen Ursprungs und durchaus nicht französisch. Es ist klar: wenn es in Deutschland keine katholisch geführte Mehrheit gäbe, dann wäre die Idee Klein-Europas nicht so leicht durchzusetzen gewesen. Aber wenn Deutschland wieder ein Land des religiösen Gleichgewichts würde, könnten alle diese „europäischen" Projekte, die übrigens auf die Dauer undurchführbar sind, gebremst werden. Und Frankreich, das mehr oder weniger ein Opfer solcher Pläne zu werden droht, würde dieser Gefahr entgehen. Deshalb wünschen die demokratischen Parteien unseres Landes von ganzem Herzen die Wiedervereinigung, entgegen den Absichten der französischen Regierung, die hierin eine von uns verabscheute Politik macht.

Wenn das französische Volk auch den deutschen Militarismus verachtet und fürchtet, so hat es nur Sympathie und Bewunderung für alle Anstrengungen, die augenblicklich in Deutschland gemacht werden, um die demokratischen Rechte des Volkes zu wahren. Die achtzehn deutschen Atomwissenschaftler, die erklärten, nicht bei der Herstellung von Atombomben zu helfen, die vielen tausend deutschen Intellektuellen, die sich der Stationierung amerikanischer Raketen in Deutschland widersetzen, sie alle haben das Recht auf Anerkennung der ganzen Welt. Aber unglücklicherweise sind diese Männer nicht an der Macht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die europäische Politik der letzten zehn Jahre, die durch die Vereinigten Staaten beeinflußt ist, nur eine Wiederbelebung der Heiligen Allianz ist, die Europa nach 1815 beherrschte. Diese zu enge Politik hat die revolutionäre Explosion von 1848 heraufbeschworen, die ganz Europa

erschütterte. Je mehr nun die augenblicklichen europäischen Westregierungen ihre nach rückwärts gerichtete Politik verstärken, desto heftiger wird durch eine unausbleibliche Gegenwirkung die Explosion sein, die früher oder später solchen Experimenten ein Ende setzen und die Völker zu größerer Mündigkeit führen müßte.

Das zweite Problem, das die Menschen der ganzen Erde interessiert, ist die allgemeine Abrüstung. Auf Drängen der Moskauer Regierung haben die Westmächte endlich das Prinzip einer Gipfelkonferenz anerkannt, d. h. einer Konferenz zwischen den Regierungschefs. Jetzt, da russische interkontinentale Raketen in der Lage sind, jeden beliebigen Staat Europas oder Nordamerikas zu pulverisieren und es kein wirksames Verteidigungsmittel gegen solche schrecklichen Waffen gibt, ist es nur selbstverständlich, daß der einzige vernünftige Weg darin besteht, ein Übereinkommen zwischen allen großen Nationen über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu treffen. Das Leben der Menschheit hängt davon ab. Papst Pius XII. hat in seiner letzten Weihnachtsbotschaft allen Westmächten klar empfohlen, zu versuchen, zu einer allgemeinen Abrüstung zu gelangen. Jeder Krieg würde heute zum Untergang der ganzen Welt führen. Da ist es völlig unvernünftig geworden, daß unsere Staaten sich weiter durch die teure Herstellung von Waffen ruinieren, deren militärischer Wert gleich Null geworden ist. Die Mehrzahl der heutigen Flugzeuge und sonstigen militärischen Ausrüstungen sind nur noch dazu gut, auf den Schrott geworfen zu werden.

Die Wiedervereinigung Deutschlands würde durch ein allgemeines Abrüstungsabkommen unendlich erleichtert. Wenn ein solches Abkommen geschlossen würde, wäre es für Deutschland nicht erniedrigend, zur militärisch entspannten Zone zu zählen und von allen militärischen Bündnissen neutralisiert, ausgeschlossen zu sein. Nato und Warschauer Pakt könnten allmählich abgebaut werden. Die amerikanischen, französischen und englischen Truppen würden von Westdeutschland zu gleicher Zeit zurückgezogen wie die russischen Truppen Ostdeutschland und Polen verließen. Wie glücklich würden die Völker Europas an dem Tag sein, wo endlich eine friedliche Epoche eingeleitet würde!

Bis dahin würden die Alliierten sich besser mit anderen Dingen befassen, als den Deutschen die Hoffnung vorzuspiegeln, von Moskau die Vereinigung der beiden Deutschlands mittels der Nato-Politik zu erlangen. Es wäre ein Unglück, wenn das deutsche Volk noch die Naivität besäße, solchen alliierten Hoffnungssprüchen zu glauben, da eine solche Politik unfähig ist, dieses große Ziel zu erreichen. Wenn unsere Nachbarn östlich des Rheins in dieser Beziehung auf die Westmächte bauen, so wird die Spaltung Deutschlands gewiß bis zum Ende unserer Zeiten dauern.

Die Wiedervereinigung kann — davon bin ich fest überzeugt — nur das Werk der Deutschen selbst sein, die gemeinsam mit Moskau und Washington verhandeln müssen. Der durch Westdeutschland zu zahlende Preis wird notwendigerweise eine militärisch verdünnte Zone sein, die frei von Raketen und Atomwaffen ist, und die militärische Bündnislosigkeit, die durch die Großmächte garantiert werden müßte. Das echte Interesse des deutschen Volkes kann nur darin bestehen, weder in den Ostblock noch in den Westblock militärisch eingegliedert zu sein, sondern vielmehr eine Brücke zu bilden zwischen den beiden ideologisch so verschiedenen Welten. Das muß man wünschen, denn das würde für den Weltfrieden gleichfalls von großem Vorteil sein.

Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB

Das amerikanische und russische Interesse an der Wiedervereinigung

I

Darüber dürfen wir uns klar sein: Es wird keine deutsche Wiedervereinigung geben, wenn wir Deutsche sie nicht mit ganzem Herzen ersehnen und betreiben. Die letzte große Wiedervereinigungsdebatte im deutschen Bundestag unter der hervorragenden Beteiligung der früheren Bundesminister Thomas Dehler und Gustav Heinemann war unbestritten auch durch das Ausbleiben einer sachlichen Antwort der Regierung und der Regierungsparteien auf die gegen sie erhobenen Anschuldigungen gekennzeichnet. Sie war aber für weites Empfinden nicht minder dadurch gekennzeichnet, daß — wenn schon Aktenmaterial für eine Antwort nicht zur Hand war — eine leidenschaftliche, im Inland und Ausland weithin hörbare Bekundung des Wiedervereinigungswillens auf Seiten der Angegriffenen ausblieb. Von ihnen, und zwar vornehmlich von der prominentesten Persönlichkeit, mußte alsbald ausgesprochen werden, zumal es gar nicht oft genug ausgesprochen werden kann, daß kein anderes Ziel unserer Außenpolitik auch nur im entferntesten die Bedeutung besitzt wie das sittliche Gebot der Wiedervereinigung mit 18 Millionen Landsleuten. In jedem anderen Parlament der Welt wäre bei solcher zwingenden Gelegenheit ein derartiges feierliches Bekenntnis sofort abgelegt worden. Hierfür war die Greifbarkeit von Aufzeichnungen, Akten und sonstigen Unterlagen wahrhaftig nicht nötig.

II

Aber wir dürfen uns auch darüber klar sein: Die deutsche Wiedervereinigung bleibt trotz unseres Willens und Wollens gefährdet, wenn beide, die amerikanische und die russische Außenpolitik, nicht ständig von der Überzeugung beherrscht werden, daß die Wiedervereinigung dem amerikanischen und russischen Interesse vordringlich entspricht, so daß selbst an sich schwerwiegende Hinderungsgründe zurücktreten müssen. Außenpolitik ist hauptsächlich Interessenpolitik. Wären beide, Amerika und Rußland — und natürlich auch andere Weltmächte von hohem Rang — aber namentlich jene Größtmächte, wirklich davon überzeugt, daß die Wiedervereinigung im amerikanischen und russischen Interesse nicht nur erwünscht, sondern unentbehrlich ist, wir wären längst wiedervereinigt. Kein Deutscher wünscht einen neuen Aufstand in der Zone. Aber wenn er, was tagtäglich eine Möglichkeit ist, erfolgen und fremde Mächte alsdann intervenieren sollten, so besteht unleugbar die ernste Gefahr des Ausbruchs eines dritten Weltkriegs. Allein aus solchem Grunde müssen die beiden Großmächte mit der ganzen übrigen Welt an der Beseitigung dieses potentiellen Brandherdes vital interessiert sein.

III

Wenn wir im folgenden zuerst die besonderen amerikanischen Interessen abwägen, so ist von der Tatsache auszugehen, daß die Russen niemals von der Elbe und Werra abziehen werden, wenn dort Nato-Truppen verbleiben. Wer deren Verbleib verlangt, versündigt sich also, auch wenn er es nicht weiß, an der Wiedervereinigung und dient der Fortdauer der Spaltung und ihrer Gefahren. Er nützt andererseits den amerikanischen Interessen nicht einen Deut, sondern er schädigt sie, was, wenn der Blick nicht trügt, vom amerikanischen Volke zunehmend erkannt wird.

Denn in militärischer Hinsicht gilt, daß die wichtigsten russischen Städte und Industriezentren unter amerikanischem Beschuß auch dann liegen würden, wenn

alle Abschußbasen sich außerhalb Deutschlands befänden. Es wird dies in Bälde erst recht gelten, nachdem der erste amerikanische „Explorer" in das Weltall gesandt werden konnte. Die Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland behält immer geringeren militärischen Wert für Amerika. Weit mehr sollte es daher einem wahren amerikanischen Interesse entsprechen, daß der West- und der Ostblock einigermaßen voneinander getrennt werden, anstatt miteinander so unmittelbar verfangen zu sein, daß jeder Zwischenfall den furchtbarsten Kampf auslösen kann.

In moralischer Hinsicht gilt, daß Amerika seiner Würde Schaden zuzufügen droht, wenn es seine eigene Sicherheit auf einer Fortdauer der unglücklichen Spaltung eines anderen Volkes aufbauen wollte.

In politischer Hinsicht gilt, daß die Demokratie, ohne sich selbst zu zerstören, sich nicht dem Satz verschreiben kann, der politische Zweck heilige die militärischen Mittel.

In psychologischer Hinsicht gilt, daß der deutsche Durchschnittsbürger auf die Dauer sich schlechthin nicht wird klarmachen können, weshalb im Atom- und Raketenzeitalter, mithin im Zeitalter der Überwindung eigentlich aller Entfernungen, es ohne die Stationierung von amerikanischen Truppen in Deutschland nicht abgehen sollte, sofern hierdurch die Wiedervereinigung seines Volkes verhindert wird. Es ist zu befürchten, daß sich Millionen in Deutschland bösen Argumenten öffnen, die darauf abzielen, die unentbehrliche amerikanisch-deutsche Freundschaft zu unterwühlen.

Das Interesse an der amerikanischen Europapolitik hat schon dadurch gelitten, daß Zweifel an der unabdingbaren Gültigkeit amerikanischer Garantieversprechen genährt worden sind. Diese Zweifel rühren her von der vermuteten amerikanischen Geneigtheit, „lokale" Konflikte, sagen wir einen Krieg in Mitteleuropa, einen sogenannten „Buschkrieg", sich austoben zu lassen, ohne selbst einzugreifen. Die Zweifel rühren aber vor allem von der Besorgnis her, daß mit der Räumung Deutschlands von amerikanischen Truppen auch das Interesse Amerikas an Deutschland schwinden und amerikanische Garantieversprechen schnell wertlos werden könnten. Selbstverständlich ist die Besorgnis unsinnig, ganz abgesehen davon, daß den amerikanischen Interessen schon heute damit nicht gedient ist, daß eine so ungeheuer fleißige und kluge Bevölkerung, eine wirtschaftlich so hoch entwickelte Industrie wie jene Sachsens, Thüringens und des übrigen Mitteldeutschlands de facto im Bereich des Ostblocks verbleibt. Vollends aber fordert das eigene Interesse Amerikas, daß zumindest die wirtschaftliche Kraft der Bundesrepublik nicht dem Sowjetblock einverleibt wird. Auch bei Räumung Deutschlands durch die amerikanischen Truppen wird also Amerika aus eigenem Interesse immer die einseitige Bindung der Bundesrepublik an den Ostblock verhindern müssen, sofern es nicht infolge halbherziger Politik einen Großteil Europas als Partner so verlieren sollte, wie es einen Großteil Asiens bereits verloren hat. Aber so unsinnig mithin der Gedanke eines amerikanischen Interessenabbaues gegenüber Deutschland ist — auch Unsinn kann in dieser Welt zum gestaltenden, dem amerikanischen Interesse abträglichen Faktor werden.

Vielleicht ist sich Amerika auch nicht genügend bewußt, wie sehr es sein Ansehen gerade in Deutschland schädigen mag, wenn es seine Politik hinsichtlich des Verbleibs von Truppen in Deutschland, hinsichtlich des Aufbaues von Raketenbasen und der Ausrüstung der Truppen mit atomaren Waffen letztlich auf das Urteil von Generälen gründet. Denn es war ja der zu große Einfluß der deutschen Generalität auf die deutsche Politik, die einstens, und mit Recht, in Amerika verurteilt worden ist. Es wird auf die Dauer den Deutschen schlecht beizubringen sein, daß trotz beschönigender Äußerungen die Entscheidung über die Wiederver-

einigung im Kern einem General überantwortet wird, wenn auch einer herausragenden Persönlichkeit wie General Norstad, dem Nato-Oberbefehlshaber.

Deutschland kann ohne die Garantie Amerikas nicht in Freiheit leben. Bei der weitgehenden Identität der beiderseitigen Interessen ist solche Garantie auch keineswegs ein einseitiges amerikanisches Geben, dem auf deutscher Seite nur ein einseitiges Nehmen gegenüberstehen würde. Vielmehr will Deutschland durchaus ein modernes, wenn auch atomwaffenfreies Heer stellen, auch um vielleicht hiermit einen Anfang für andere atomwaffenfreie Räume schaffen zu helfen. Deutschland will sich also auch seinerseits schützen und keineswegs nur eine Hypothek seiner Freunde sein. Deutschland will nicht nach Abzug der amerikanischen Truppen ein Vakuum bilden. Auch hiermit dient es einem wohlverstandenen Interesse Amerikas. Sollten die Russen westwärts vormarschieren wollen ohne den Gebrauch von Atom- und Hydrogen-Waffen, so würden sie dann auf wesentlichen deutschen militärischen Widerstand stoßen. Wenn sie aber Atom- und Hydrogen-Waffen benutzen sollten, so würden sie Deutschland nicht nur zur unbewohnten und unbewohnbaren Wüste machen, sondern einmarschiert sein, ohne irgend eine Frucht zu erhalten.

Deutschland achtet die Vereinigten Staaten. Es weiß sich einig mit seinen proklamierten Friedenszielen. Es ist sich dessen bewußt, was die Vereinigten Staaten gestern und heute der Welt gegeben haben und geben. Deutschland wäre aber ein Verräter an Millionen deutscher Landsleute und an bleibender amerikanisch-deutscher Freundschaft, wenn es einem Freunde nicht auch ein Nein entgegensetzen dürfte, sofern dieser sich irrt.

Ich weiß nicht, ob der deutsche Botschafter in Washington solche oder ähnliche Argumente jemals im amerikanischen Auswärtigen Amt vorgebracht hat. Tatsächlich ist die amerikanische Politik der Fortdauer der Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland heute überfällig und Amerikas ureigenen Interessen abträglich. Die amerikanischen Truppen waren einst eine Hilfe. Ohne den Marshall-Plan und andere Unternehmungen der amerikanischen Politik wäre der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft kaum in so erstaunlicher Kürze erfolgt. Heute aber dient eine deutsche Regierung ihrerseits den Interessen Amerikas, wenn sie darauf drängt, den völlig veränderten Umständen im beginnenden atomaren und planetaren Zeitalter durch amerikanischen Truppenabzug aus Deutschland Rechnung zu tragen.

Die Ministerpräsidenten von Dänemark und Norwegen, dann Gaitskell, Bevan, Kennan, auch der frühere kanadische Außenminister Lester Pearson und zahllose andere Staatsmänner und Politiker sind gewiß keine Utopisten oder Dilettanten, geschweige Verbrecher an der Sache von Frieden und Freiheit, wenn sie sich für den Abzug der Nato-Truppen aus Deutschland und für Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes einsetzen.

IV

Klar darf aber nunmehr auch ausgesprochen werden, daß Deutschland an einem unverbrüchlichen Frieden mit der Sowjetunion gelegen ist. Das zaristische Rußland war es, das durch voreilige Mobilisation zum Ausbruch des ersten Weltkrieges einen entscheidenden Beitrag geliefert hat. Das nationalsozialistische Deutschland war es dann, das den Sowjetstaat im zweiten Weltkrieg verräterisch überfiel. Wir verstehen die Sorge Rußlands vor uns, und Rußland sollte unsere Sorge vor ihm gleichfalls würdigen. Wir vergessen jedoch ebenso wenig ungezählte Jahre der friedlichen Zusammenarbeit mit Rußland, des Austausches auch reichster geistiger Güter.

Deutschland will, wie ich überzeugt bin, keine Armee besitzen, die eine Offensiv-Armee genannt werden könnte. Es dürfte Rußland insoweit alle Garantien geben

können, die mit Deutschlands wirksamer Verteidigung vereinbar sind. Wir werden hierzu voraussichtlich um so mehr bereit sein, als vielleicht zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit Kriege von einer Art, wie es jeder Krieg gegen Rußland sein würde, sicherer Selbstmord wären und somit als Realität kaum noch denkbar sind.

Auch verlangen die riesenhaften wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, die Rußland sich gestellt hat, im russischen Eigeninteresse seine Hingabe an die Aufgaben des Friedens. Der heutige russische „Angriff" wird in der Welt primär ideologisch und wirtschaftlich geführt. Er wird unterstützt dort, wo kranke soziale Verhältnisse auch ohne russisches Eingreifen innere Umschichtungen fördern.

Ein geteiltes Deutschland ist jedoch auch für Rußland eine ständige Schädigung und Gefahr. Ein geteiltes Deutschland muß zudem das russische und das deutsche Vo k zum Nachteil für beide einander völlig entfremden.

Die russische Politik hat die Pancha Shila, die Zusammenfassung jener fünf Grundsätze unterschrieben, die u. a. eine Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder verbieten. Die Stationierung von etwa 20 russischen Divisionen berührt natürlich grundsätzlich ebenso die innerdeutschen Verhältnisse wie die Anwesenheit westlicher Truppen in der Bundesrepublik, was Rußland und die USA ernsthaft kaum leugnen können.

Wie steht es nun aber mit dem Verlangen nach einer Konföderation, einem deutschen Staatenbunde, der aus der Bundesrepublik und der DDR bestünde? Solche Konföderationen waren in der Geschichte der Menschheit fast immer Ursache von Spannungen und nicht etwa friedensfördernd. Sie könnte, wenn überhaupt, dann allenfalls nur eine dem Volkswillen unterworfene Übergangslösung sein.

Gewiß, Deutschland wird zu realisieren haben, das Rußland auch auf sein Prestige bedacht sein muß. Es mag zu realisieren haben, daß Rußland die Staatsmänner der Sowjetzone, mit denen es bislang zusammengearbeitet hat, nicht etwa vor oder bei Verhandlungen wird fallen lassen wollen. Hier sehen wir in jüngster Zeit unzweifelhaft — wenn freilich nicht ausschließlich — auch prestigemäßige Einstellungen am Werke, im Osten wie im Westen. Niemand dient der Sache der Wiedervereinigung und der Freiheit, der Prestige-Konflikte nicht sehr ernst nimmt, zumal sie, wie soeben angedeutet wurde, mehr zum Inhalt haben können, als sichtbar ist. Aber dann erst recht, so scheint mir, sollte nach Auswegen gesucht werden. Unmaßgeblich sei daher zur Erwägung gestellt, bei Verhandlungen, sagen wir, die Rußland in Begleitung der Sowjetzone und die Vereinigten Staaten — und die übrigen Großmächte — in Begleitung der Bundesrepublik über die Wiedervereinigung führen, von Formeln vorerst abzusehen, die nur trennen, abzusehen mithin auch vom wechselseitigen Anerkenntnis zweier deutscher Staaten als einer Prämisse. Vielleicht kann man zuerst die sachlichen Aufgaben in solchen Besprechungen anpacken und formale Dinge erst später erörtern.

Versagt ist mir die Vorstellung, daß wir Bundesdeutschen irgendeinen Superioritätskomplex gegenüber den anderen Deutschen besitzen oder auch nur im Traume an Verfahren denken könnten wie die einstigen Entnazifizierungsverfahren. Denn die Sachsen und die Thüringer, die Pommern und Mecklenburger und Brandenburger sind, auch soweit sie Kommunisten sind oder waren, nicht schlechter als die Rheinländer oder Bayern. Dem Niederlegen der innerdeutschen Stacheldrähte wird hoffentlich alsbald das allerstärkste Bedürfnis nach innerdeutschem Frieden folgen.

Ein wiedervereinigtes Deutschland wird aus der Nato austreten wollen und müssen. Wenige habe ich aber gefunden, die daran dächten, etwa den Warschauer Pakt oder die Nato unterminieren zu helfen, welch letztere ja lange bestanden hat, ehe Deutschland Mitglied wurde. Was aus den beiden Blocksystemen später werden soll, ist, dünkt mich, vor allem Sache ihrer Mitglieder.

Sodann: Freie Wahlen herbeizuführen, erscheint nicht möglich, ehe nicht eine Einigung mit Rußland auch über das herbeigeführt wird, was den freien Wahlen folgen soll, das heißt insbesondere, ehe nicht der militärische Status eines vereinigten Deutschlands festgelegt ist.

Ein Ausgleich mit Rußland durch Beseitigung des großen Gefahrenherdes eines geteilten Deutschlands erscheint auch im russischen Interesse endlich deshalb notwendig, um den ungeheuren Rüstungskampf zwischen Ost und West zu beenden und alle verfügbaren Mittel anzuwenden für die Erziehung, für die Wohlfahrt, für den Fortschritt noch unendlich armer und ärmster Teile der ganzen Menschheit. Wiederum scheint insoweit ein gemeinsames Weltinteresse zu bestehen, das nicht mehr auf lange Zeit vernachlässigt werden darf.

Wie von Seiten Amerikas wird nicht zuletzt auch von Seiten Rußlands eine Friedensgarantie für ein wiedervereinigtes Deutschland zu erstreben sein, wie überhaupt die verschiedenen Ideologien nicht das internationale Neben- und Miteinander verhindern dürfen, soll nicht allmählich völliges Chaos heraufgeführt werden.

Wenn Deutschland nach zwei verlorenen Weltkriegen noch eine Aufgabe hat, so besteht sie sicherlich nicht darin, einen dritten Weltkrieg zu gewinnen oder sich auf der Seite der „Sieger" — die es nicht geben kann — eines dritten Weltkrieges zu befinden. Die deutsche Aufgabe kann nur darin bestehen, mit Festigkeit und Würde seinen Beitrag zur internationalen Entspannung anzubieten. Dieser Beitrag eines wiedervereinigten Deutschlands würde besonders darauf hinzuzielen haben, in steter Abstimmung mit den amerikanischen, russischen, europäischen und weltweiten Interessen die Struktur einer Außenpolitik allmählich zu ersetzen, die von der Steinzeit bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch einigen Sinn aufweisen konnte, heute indes, im Atom- und planetarischen Zeitalter, einer völligen Wandlung bedürftig ist.

Dr. Helmut Dörr

Eine lehrreiche Gegenüberstellung

Am 23. 4. 1956 machte Professor Manfred von Ardenne in einer sehr beachteten Rede den Vorschlag, die für militärische Zwecke angehäuften Weltvorräte an Spaltmaterial zum Wohle der Menschheit zu verwenden. Er sagte:

„Das Verbot der Atomwaffen würde die Atomenergie aus einem Fluch fast sprunghaft in einen Segen für die Menschheit verwandeln, denn man könnte die riesigen in den letzten zehn Jahren aufgesammelten Vorräte an Spaltmaterial und an Uran 238 statt als Super-Explosivstoff für Tod und Vernichtung in den Atomkraftwerken der Zukunft als Super-Brennstoff zur Erzeugung von Elektroenergie und Wärmeenergie verwenden. Diese günstige physikalische Situation wird in den politischen Erörterungen gegenwärtig noch merkwürdig wenig betont. Man könnte also den zunächst für militärische Zwecke betriebenen gewaltigen Aufwand, der den Lebensstandard der Völker auf beiden Seiten seit 1945 stark belastet hat, noch nachträglich und im Laufe der kommenden Jahrzehnte fast verlustfrei zum Wohle der Menschen einsetzen. Die Natur selbst hat unserer Generation hier einen Weg

offengehalten, der uns vom Abgrund fort in eine gesicherte schöne Zukunft führen könnte."

Das Echo in den USA

Am 21. 8. 1956 erschien in der „Frankfurter Neuen Presse" unter der Überschrift „Plutonium nur für Kernwaffen brauchbar?" folgendes Echo auf diesen Vorschlag:

„Das Mitglied der amerikanischen Atomenergie-Kommission Libby gab in einem Vortrag vor einem wissenschaftlichen Auditorium in Berkeley unumwunden zu, daß die Plutoniumvorräte in den Vereinigten Staaten, die die Nation mehrere Millionen Dollar gekostet haben, nur militärischen Zwecken dienen können, sonst aber absolut nutzlos sind.

‚Der gegenwärtig einzige bekannte Verwendungszweck von Plutonium sind Kernwaffen', sagte Libby, ‚kein Land der Erde hat bis jetzt den technischen Prozeß des langsamen Zerfalls von Plutonium entwickelt.' Plutonium ist ein in der Natur nicht vorkommendes giftiges Schwermetall, das in Kernreaktoren durch den Beschuß des nicht spaltbaren Urans 238 mit Neutronen entsteht. Die AEC betreibt zur Zeit acht Kernreaktoren in Hanford, Washington, und fünf in Savannah River, Südkarolina, die ausschließlich das für Atomwaffen benötigte Plutonium herstellen."

Die wissenschaftliche Wahrheit

Im Dezember 1957 bringt die in München erscheinende Zeitschrift „Atomkernenergie" folgende Notiz:

„Plutonium als Spaltmaterial für neuen amerikanischen Materialversuchsreaktor. Der stellvertretende Direktor des Atomreaktorenentwicklungsprogramms der AEC, Louis H. Roddis, gab auf einer Konferenz von Industriellen und Regierungsvertretern bekannt, daß die USA künftig Plutonium, von dem große Vorräte vorhanden seien, für Zwecke der friedlichen Anwendung der Atomenergie nutzbar machen werde. In Kürze werde für das neueste Modell eines amerikanischen Materialtestreaktors ausschließlich Plutonium als Spaltmaterial benutzt."

Diese Gegenüberstellung zeigt, wie sehr die Vertreter einer Politik der atomaren Stärke von Furcht erfüllt sind vor der Überzeugungskraft des Gedankens, die Weltvorräte an Atommunition zum Wohle der Menschheit in Elektroenergie zu verwandeln. Sie beweist, daß diese Fechter nicht davor zurückschrecken, politisch unbequeme Vorschläge dadurch zu bekämpfen, daß sie prominente Atomwissenschaftler gegen deren besseres Wissen zu unwahren Äußerungen in der Öffentlichkeit nötigen.

Dr. Hermann Rauschning

Beginnende Ernüchterung in den USA

Öffentliche Meinung und Gipfelkonferenz

Die politische Lage in den Vereinigten Staaten beginnt sich abzuklären. Obwohl die Kontroversen über die großen Probleme einer Entspannung weitergehen, kann doch mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Schale einer besonnenen Politik der Verständigung an Gewicht gewinnt. Obwohl die Vereinigten Staaten sich, ihrer Beurteilung der Lage nach, ganz und gar nicht in einer günstigen Verhandlungsposition befinden — bargaining position — hat der Druck der öffentlichen Meinung

doch erreicht, daß dem russischen Vorschlag neuer Verhandlungen auf höchster Ebene Folge gegeben werden wird. Es handelt sich nur noch um den Modus procedendi. Auch innenpolitisch macht sich eine gewisse Entspannung fühlbar, obwohl die Wirtschaftslage nicht voll befriedigt und eine merkwürdig fleckige, an einzelnen Stellen des Wirtschaftsgewebes auftretende Stockung Befürchtungen für die künftige Entwicklung wachruft. Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen und nicht nur saisonbedingt. Es verdient die Aufmerksamkeit des europäischen Beobachters, daß angesichts dieser wirtschaftlichen Gefahren der Präsident sich entschlossen hat, zu dem Mittel zu greifen, das gerade seine Partei, die Republikaner, bisher aufs schärfste bekämpft hat: die Rooseveltsche Spendenpolitik des New Deal, das „deficit financing". Es sei hier deswegen hervorgehoben, weil sich hinter diesem Entschluß die — europäischen Staaten häufig empfindlich mangelnde — Eigenschaft geltend macht, bedenkenlos über theoretische und doktrinäre oder gar „weltanschaulich verankerte" Anschauungen hinwegzugehen, um das Notwendige und Mögliche zu tun.

Dieselbe Nüchternheit scheint sich auch gegenüber der außenpolitischen Lage allmählich durchzusetzen. Die Hysterie über die russischen Erfolge auf dem Gebiet der transkontinentalen Ferngeschosse und der Erdsatelliten hat einer ruhigeren Stimmung Platz gemacht. Das tief verletzte Selbstgefühl des Amerikaners ist durch den eigenen Erfolg eines Erdsatelliten im Heilen. Die Nation ist mehr denn je bereit, die Lage frei von Illusionen zu sehen, wie sie ist. Mit bemerkenswerter Offenheit haben drei prominente Persönlichkeiten in dem weitverbreiteten Magazin „Look" der Nation klargelegt, daß die Außenpolitik auf Realitäten, nicht auf Wünschen — wishful thinking — begründet werden müsse. Amerika könne nicht länger die Probleme Deutschlands, Chinas und des Mittleren Ostens auf Grund eigner Bedingungen lösen. „Es ist Zeit, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Das ist der Grund, warum wir lernen müssen, mit Rußland zu leben." Dies bedeutet klar und bestimmt das Eingeständnis, daß die bisherige Politik statt auf Realität auf Illusionen begründet war. Es ist genau das, was wir seit Jahren versucht haben, den verantwortlichen Politikern und den politisch Interessierten in der Bundesrepublik klarzumachen. Die Notwendigkeit, statt sich auf Wunschvorstellungen zu verlassen, die reale Lage richtig zu erkennen, lastet ungleich schwerer auf der Zukunft der deutschen Nation als auf Amerika.

Auch hier kann man bei dem Amerikaner eine gesunde Eigenschaft feststellen, die dem Deutschen in bedeutender Weise mangelt: die Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst und sein persönliches Geltungsbedürfnis, mit der er begangene Irrtümer frei eingesteht. Nur auf solche Weise lassen sich die Folgen der Vergangenheit reparieren, nicht aber durch Vertuschen oder gar durch starres Festhalten an ihnen. Es ist dabei keineswegs notwendig, daß sich der regierende Politiker vor die Öffentlichkeit hinstellt und sich vor die Brust schlagend bekennt „mea culpa, mea maxima culpa". Aber in den Organen der politischen Meinung und in den inneren Zentren der politischen Willensbildung sollte die Klärung offener und vorbehaltloser vorgenommen werden. Vor allem ohne Ressentiment und Empfindlichkeit auf der einen und ohne Bitterkeit und Vorwürfe auf der anderen Seite. Es ist zweifellos in dem Blätterwald der bundesdeutschen Presse vieles anders geworden; eine Kritik an der Regierungspolitik ist wieder möglich geworden, die 1954/55 kaum bestand. Aber es fragt sich, ob es notwendig ist, mit der kritischen Erörterung der jetzt notwendigen neuen Politik eine scharfe Kritik der Fehler oder für Fehler gehaltenen Politik der Vergangenheit zu verbinden. Es hat keinen Sinn, über verschüttete Milch zu jammern. Nicht darum handelt es sich, wer recht behalten hat. Niemand kann beweisen, daß eine andere Politik 1952 wirklich zu einem Erfolg und nicht statt dessen zu unüberwindlichen Schwierigkeiten aus der anderen Him-

melsrichtung geführt hätte. Was wir aber wissen oder wissen sollten, Regierungsmehrheit wie Opposition, das ist, daß wir heute und für die Zukunft eine neue Außenpolitik zu konzipieren haben.

Kritische Stimmen

Wir finden in Artikeln der drei Autoren in „Look" — es sind der bekannte Analytiker Walter Lippman, der Industrielle und Berater des Weißen Hauses Paul Hoffman und der bekannte Nobelpreisträger und englische Philosoph Earl Russell — kaum eine Kritik an der Vergangenheit, die die Meinung nur weiter und tiefer spalten würde, sondern die Argumente legen den Nachdruck auf die veränderte Lage, wobei es jedem überlassen bleibt, festzustellen, ob diese Veränderung nicht früher erkennbar gewesen wäre. Walter Lippmans Begründung einer neuen Außenpolitik geht von der Tatsache der radikal veränderten Lage aus, wie sie sich im Vergleich zu der entwickelt hat, die zu der Zeit bestand, als die entscheidenden Elemente der gegenwärtig betriebenen Politik konzipiert wurden. Er unterläßt jede Bemerkung darüber, daß diese Veränderung nicht von heute auf morgen eintrat, sondern sich sehr deutlich seit Jahren vollzogen habe, und daß eine frühere Reaktion auf sie wahrscheinlich manche politische Einbußen hätten verhindern können. Die große neue Tatsache sieht er darin, daß Amerika nicht mehr die Luftüberlegenheit besitze. Rußland habe gute Aussichten, für lange Zeit das militärische Übergewicht sowohl zu Lande wie in der Luft zu haben. Das beste, was man erwarten könne, sei ein Gleichgewicht. Immerhin sei Amerika so stark, daß es nicht einer feindlichen Erpresserpolitik ausgeliefert sei. Es bleibt somit nichts anderes übrig, als Rußland als eine gleichrangige Macht anzuerkennen.

Das amerikanische Volk sei es nicht gewohnt, in derselben Welt mit einer gleichstarken Macht als Rivale zu leben, bekennt Walter Lippman. Die Grundlage der amerikanischen Außenpolitik sei es bisher gewesen, daß es mit Feinden und Rivalen keine andere Lösung gäbe als eine nach bedingungsloser Kapitulation diktierte. Das sei die Wurzel der Woodrow Wilsonschen wie der Franklin D. Roosevelt'schen Politik gewesen und, fügt er freimütig hinzu, „es ist auch die Wurzel der grundlegenden Anschauung im Denken Präsident Eisenhowers oder genauer gesagt John Foster Dulles". Die verhängnisvollen Folgen der Doktrin einer bedingungslosen Kapitulation werden heute erkannt. „Dennoch ist diese Idee in unserer Außenpolitik maßgebend." Deshalb — und hier liegt ein wichtiges Eingeständnis — verfolgt Amerika in Ostasien, im Mittleren Osten und in Deutschland eine Politik, die nicht zum Erfolg geführt werden könne, es sei denn, „die Sowjetunion und Rotchina verstünden sich zu dem, was einer bedingungslosen Übergabe gleichkäme". Dies sei so klar wie der Tag in Ostasien. Zwar hätten die USA nicht die Absicht, deswegen einen Krieg zu riskieren. Aber das mache die Politik nicht gesünder. In Mittelasien sei die Politik auf der Vorstellung begründet, daß die ganze Region ausschließlich eine Einflußzone des Westens sei, von der die Sowjetunion ferngehalten werden müsse. Auch die amerikanische Deutschlandpolitik sei zwar attraktiv, vorausgesetzt, daß sie Aussicht auf Erfolg habe; aber es sei ohne weiteres einleuchtend, daß, sofern die Sowjetregierung nicht zusammenbricht oder zur bedingungslosen Kapitulation gezwungen werden könne, „die Bedingungen, die wir für Deutschland vorschlagen, etwas sind wie die Pläne, von denen wir über Sommerhotels auf dem Monde lesen".

Diese freimütige Kritik des angesehensten außenpolitischen Analytikers der Vereinigten Staaten — der wir gerne etwas Ähnliches von den Spitzenjournalisten der Bundesrepublik zur Seite gesehen hätten — rechtfertigt nachträglich das Mißtrauen der Sowjets gegen die bisherige Politik des Westens und den reinen Defensivcharakter ihrer Organe wie der Nato. Sie rechtfertigt unsere, seit Jahren vertretene Ansicht, daß der Westen eine militärische Politik betreibe, nicht weil er

militärisch stark sein wolle, sondern weil das Ziel seiner Politik nicht ein politisches, sondern ein militärisches sei: die Kapitulation; während Politik gerade das vermeidet, den Gegner und Rivalen in eine Lage zu bringen, in der ihm nichts anderes übrig bleibt, als entweder zu kapitulieren oder aus der Einkreisung gewaltsam auszubrechen.

Paul Hoffmans Argumente für eine neue Außenpolitik sind weniger bis ins Knochenmark gehend. Seine Warnung, daß alle Anstrengungen, größere und bessere Raketen und ferngelenkte Geschosse zu bauen, nur ins Desaster führen könnten, es sei denn, man könne Rußlands Führer überzeugen, den Rüstungswettlauf zu beenden, ist mindestens so notwendig an die eigene Adresse wie an die sowjetrussische zu richten. Größere und bessere Waffen als die Russen zu produzieren werde nie zu einer dauerhaften Lösung der größten Krise in der Geschichte führen. Der Friede sei eine Ordnung, die nicht einfach von selbst eintritt, — sagen wir als „Abwesenheit des Krieges", sondern etwas, das gewagt werden müsse. Er deutet damit einen Gedanken an, ohne ihn indessen auszuführen, daß Friede und Verständigung ein Risiko bedeuten, das gewagt werden müsse, weil militärische Sicherungssysteme in der gegenwärtigen Lage viel größere Risiken darstellen und gewiß keine Sicherheit mehr gewähren. Er umgeht das eigentliche Problem, daß man im Ringen um den Frieden nur insoweit zu einer Verständigung gelangen kann, als man ideologische Gegensätze, verschiedene Ordnungsprinzipien und Interessengegensätze wechselseitig respektiert. Paul Hoffman anerkennt zwar die Tatsache einer neuen Gesellschaftsart in Rußland; aber er wirft ihr vor, daß sie von einer Bürokratie beherrscht werde, deren grundlegendes Motiv die Macht sei, daß sie eine geschlossene Oligarchie sei, deren Lebenselement wechselseitiges Mißtrauen sei. Seine Überlegungen sind nicht bis zu dem Punkte reif, daß es die Voraussetzung einer Verständigung sei, die gegnerische Macht so zu nehmen, wie sie ist, nicht wie man wünscht, daß sie sein sollte. Daher liegt denn auch seine Hoffnung auf künftige Änderungen infolge natürlicher Interessengegensätze zwischen der heranwachsenden neuen Intelligenz und Managerschicht und der herrschenden Macht-Elite noch ganz in der Linie der alten bisherigen Politik. Seine praktischen Vorschläge verdienen kaum der Erwähnung.

Erfreulich ist dagegen der knappe Beitrag, den der bedeutende englische Gelehrte Bertrand Russell in einem offenen Brief an Eisenhower und Chruschtschew zu der Frage einer neuen Politik leistet. Man nimmt die von ihm vertretene Auffassung mit um so größerer Genugtuung zur Kenntnis, als gerade dieser prominente Kopf vor noch gar nicht langer Zeit sehr andere Ansichten vertreten hat und mit seiner gegenwärtigen Beurteilung beweist, daß auch ein den Lebensmeridian der achtziger Jahre längst passierter Geist noch imstande ist, sich zu wandeln und sein Urteil zu korrigieren, daß es demnach nicht am Alter zu liegen braucht, wenn man in unbelehrbarer Halsstarrigkeit an der einmal gefaßten Meinung „eisern" festhält. Noch in seinen „Unpopular Essays" hatte Russell die Ansicht vertreten, daß Friede nur durch eine Art Weltdiktatur erreichbar sei. Es gälte eine Weltordnung herbeizuführen, in der eine erfolgreiche Rebellion unmöglich sei. Das mache die Konzentration aller Machtmittel in der Hand von Siegermächten notwendig. Ein solches Weltregiment durch freundschaftliche Verhandlungen herstellen zu wollen, sei ein Unding. „Ich bin sicher", führte er damals aus, „daß Gewalt oder die Drohung mit Gewalt notwendig sein wird. Ich hoffe, daß die Drohung mit Gewalt genügen wird, aber wenn nicht, dann sollte tatsächlich Gewalt angewandt werden."

Russell hatte schon in einer späteren Veröffentlichung „New Hopes for a changing world" seine Beurteilung etwas geändert. Er sah den Frieden in der Linie eines pluralistischen Weltgemeinwesens. In seinem offenen Brief zur jetzigen Lage er-

kennt und bekennt er nun uneingeschränkt, daß ein Weltherrschaftssystem eine Unmöglichkeit sei*). Das oberste Ziel aller unserer Gedanken in der gegenwärtigen Lage müsse sein — sagt er — die Fortdauer der menschlichen Rasse zu sichern. Sie sei bereits gefährdet und durch gedankenlose Fanatiker, in deren Hände die neuen Waffen gelangen könnten, in Zukunft noch gefährdeter. Einige „unwissende Militaristen" dächten offenbar, diese Gefahr könne durch einen Weltkrieg beseitigt werden, der der eignen Seite den Sieg gäbe. Aber der Fortschritt der Wissenschaft und Technologie macht dies zu einem eitlen Traum. Die Hoffnung auf eine Weltherrschaft, sowohl militärisch als ideologisch, müsse unweigerlich ins Desaster führen. So sei es Philipp II. von Spanien, so Ludwig XIV., so schließlich Hitler geschehen. Aber auch die beiden großen Ideologien, die gegenwärtig einander gegenüberstünden — die Unabhängigkeitserklärung der USA und das Kommunistische Manifest — könnten so wenig damit rechnen, die ganze Welt zu erobern, wie es der Glaube des Buddhismus, der Christen, der Moslems oder der Nazis gekonnt hätte. Beide Rivalen werden dies fruchtlose Bemühen aufgeben und darin übereinstimmen müssen, der anderen Seite eine ihrer gegenwärtigen Macht entsprechende Sphäre einzuräumen. Die internationale Anarchie läge weder im Interesse Rußlands noch Amerikas.

Noch starke Strömung gegen permanente Friedensgespräche

Es wäre gewiß verfehlt, aus solchen Stimmen heute schon schließen zu wollen, daß in den Vereinigten Staaten eine andere Politik bereits in ihren Grundlinien festgelegt sei. In den politischen Hinterstuben, in denen Alternativen der gegenwärtig offiziellen Politik erwogen werden, sind Richtlinien und Aushilfen, wie sie George F. Kennan vertritt, bereits vor Jahren durchdacht und in Bereitschaft gehalten worden. Es wird vielmehr noch eines erheblichen Klärungsprozesses bedürfen, um die geltende Politik, an deren Fortdauer wichtige Machtgruppen interessiert sind, tatsächlich zu ändern. Man muß sich darüber klar sein, daß es sich um nicht mehr oder weniger als um eine Art Revolution handelt, die nicht ohne innerpolitische Folgen vollzogen werden kann. Es ist somit nicht verwunderlich, daß ein anderes weit verbreitetes Organ, „Life", in einem Editorial sich entschieden gegen den „Trugschluß des Kennanismus" wendet und seine Kritik mit dem Zitat eines Urteils des früheren Außenministers unter Truman, Acheson, auf der persönlichen Kampfebene schließt: Kennan habe nicht „die Realitäten der Machtbeziehungen" kapiert. Ob gerade „Life" zu einer solchen Kritik berechtigt ist, kann man mit Grund bezweifeln. Man erinnert sich jener Deutschlandnummer aus dem Sommer 1954, in der die smarten politischen Beobachter den Sieg Amerikas im kalten Krieg als bereits entschieden feierten. Aber die Begründung, namentlich in Verbindung mit der deutschen Frage, liegt doch derart in der Linie der bisherigen Bonner Politik, daß man von solchen Äußerungen für die Klärung des Urteils in der Bundesrepublik neue Verdunkelungen befürchten muß. Die „scharfsinnige" Unterscheidung zwischen Neutralisierung und Demilitarisierung Deutschlands und was gegen beides zu sagen wäre, wird in Bonn auf fruchtbareren Boden fallen als die begründeten Ausführungen Walter Lippmans.

Auf die Vorschläge Kennans wird in einem anderen Zusammenhange einzugehen sein. So revolutionär sie den „Sterbeharts" der bisherigen Politik erscheinen mögen, unserer Auffassung nach gehen selbst sie noch nicht weit genug in der Verarbeitung der neuen politischen Wirklichkeit und vor allem in der Unterscheidung zwischen einer Friedenspolitik und einer auf Sicherheit bedachten Militärpolitik. „Die Reali-

*) Dr. Hermann Rauschning hat sich mit diesen und anderen Ansichten Bertrand Russells in dessen Essay „Power" ausführlich in seinem 1952/53 erschienenen Buch „Ist Friede noch möglich?" auseinandergesetzt. (Die Red.)

täten der Machtbeziehungen", auf die sich das Urteil Achesons über Kennan gründet, haben sich seit seinem Ausspruch erheblich geändert. Aber es scheint, daß weder Acheson noch „Life", oder selbst Kennan und die drei Kronzeugen einer Verständigungspolitik des Westens, nicht in vollem Umfange die revolutionäre Umwälzung bei ihren Überlegungen in Rechnung gestellt haben, die den Faktor „Macht" in den Beziehungen der Nationen zueinander völlig aus der bisherigen Schlüsselstellung herausgeworfen haben. Bertrand Russell gibt wenigstens einen Wink, indem er auf die drohende Gefahr hinweist, die dadurch entstehen könnte, daß kleine und verantwortungslose Nationen in den Besitz der Atomwaffe gelangen und den übrigen Staaten gegenüber eine Erpresserpolitik betreiben könnten. Das logische Ende der jetzigen Entwicklung sei — sagt Russell — daß jeder souveräne Staat, unabhängig von seiner Größe, in die Lage kommen könnte, der ganzen Welt zu sagen: „Ihr müßt meinen Forderungen nachgeben oder andernfalls sterben." Er weist dabei auf Israel und Ägypten hin und fragt, was wohl geschehen wäre, wenn beide im Besitz von Atomwaffen gewesen wären. Es sind die immer zerstörender werdenden, aber auch immer allgemeiner zugänglichen modernen Gewaltmittel, die den Faktor Macht, das Wesen eines Machtgleichgewichtes, einer Größenordnung der Staaten völlig zu verändern im Begriffe stehen und die Politik einfach dazu zwingen, zu anderen Mitteln des Ausgleichs der Interessengegensätze zu greifen, als es organisierte Gewalt ist.

Man muß sich auch hier gleich im voraus vor der übelwollenden Interpretation verwahren, als hieße das schlechthin „Die Waffen nieder!" wie einst Bertha von Suttner predigte. Aber es bedeutet, daß uns ein anderer Weg als der zu einem Frieden nicht mehr übrig bleibt, wenn wir uns nicht von der Zerstörung aus irgendeinem Winkel der Welt überraschen lassen wollen. Die Möglichkeit und die Trasse eines solchen Weges zum Frieden ist noch recht wenig erwogen und im Plan abgesteckt. Mit Bedauern muß man vielmehr feststellen, daß auch die erwähnten drei Wegweiser zum Frieden im Grunde von den Grundlagen eines solchen recht vage Vorstellungen haben müssen, sonst wären sie bei ihren Vorschlägen nicht derart im Vorfeld des Friedens stecken geblieben.

Wir sind der Ansicht, daß nur eine radikale Änderung der politischen Grundkonzeption zu einem Frieden führen könne. Aber wie die Dinge liegen, ist praktisch nicht damit zu rechnen, daß der Durchbruch des wirklichen Verständnisses über die Größe der uns heimsuchenden Umwälzung rechtzeitig erfolgt. Deshalb ist es notwendig, mit kleinen, mit allerkleinsten Fragen das permanente Friedensgespräch zu beginnen. Ebenso wie die Gespräche vor Abschluß des großen, den 30jährigen Krieg beendenden Westfälischen Friedens, wird es jedoch Jahre dauern, ehe es zu einem Ergebnis führen wird. Wir sind der Ansicht, daß militärische Beschränkungen, Abrüstungs- und Verdünnungsmaßnahmen keine wesentlichen Änderungen zeitigen werden. Dennoch sind sie als Einleitung notwendig, obwohl sie im Denken der heutigen Politiker leicht dazu verführen, in ihnen das Wesen der Sache selbst, die Entspannung, zu sehen, statt bloß als vorbereitende Reinigung des Vorfeldes.

In einem früheren Artikel ist auf die Gefahr aufmerksam gemacht worden, daß aus dem Rüstungswettlauf ein Wettlauf um den Absprung in den allein noch aussichtsreich erscheinenden Vernichtungsschlag mitten aus dem Frieden heraus wird. Im politischen Feld zeichnet sich eine andere Gefahr ab, die unter Umständen die Politiker in eine Panik und zu verhängnisvollen Schlüssen treiben könnte. Das ist die wachsende Unverläßlichkeit der militärischen Bündnissysteme unter der drohenden Gewißheit totaler Vernichtung. Diese Gewißheit stellt nicht nur die Bündnistreue der kleineren Alliierten in den vorgeschobenen Positionen in Frage. Sie macht auch die Unterstützung dieser Bundesgenossen durch die Großmächte im Konfliktfalle

immer unwahrscheinlicher. Die Sache der Entspannung und die Lösungsversuche der großen Probleme werden zum allergrößten Teil mit Argumenten geführt, die ihren Wirklichkeitszusammenhang verloren haben. Prüfen wir erst einmal gründlich, was alles von dem noch politischen Wirklichkeitswert hat, was als Forderungen und Bedingungen gestellt oder abgelehnt wird. Eine solche Prüfung könnte wesentlich dazu beitragen, Hindernisse der Verständigung zu beseitigen.

Hans Lipinsky-Gottersdorf

Das betäubte Gewissen

Am siebenten Februar um acht Uhr morgens, zur gleichen Zeit, als man sich bei uns, infolge gehabter Karnevalsfreuden vermutlich nicht recht ausgeschlafen, jedoch gewiß in gewohnter Selbstzufriedenheit an die tägliche Arbeit machte, begab sich in Nordafrika, im tunesisch-algerischen Grenzstreifen etwas, das, bedächten wir es nur ein wenig genauer, wahrlich geeignet sein sollte, uns aus unserer scheinbar unerschütterlichen Ruhe nachhaltig aufzustören. Dort nämlich, wo Frankreich seit geraumer Zeit etwas betreibt, was es mit Billigung seiner Nato-Verbündeten — also auch unserer Regierung — beharrlich eine Polizeiaktion nennt, und was in Wahrheit ein blutiger und höchst unzeitgemäßer Kolonialkrieg zur Unterjochung eines mündig gewordenen Volkes ist, dort belegten — fachmännisch wird das, glaube ich, so ausgedrückt — im Zuge einer sogenannten Vergeltungsaktion fünfundzwanzig Flugzeuge vom amerikanischen Typ B-26 das auf tunesischem Gebiet gelegene Dorf Sakiet-Sidi-Jussef mit Bomben. Die unmitelbaren Folgen dieser Heldentat waren achtundsiebzig Tote, darunter viele Frauen und Kinder, mehr als hundert Verletzte und — nach Aussage französischer Journalisten — zerstörte Schulen, Wohnhäuser, Kaufläden und Anlagen des Roten Kreuzes. Es war gerade Markt in dem Dorf, als der Angriff über es hereinbrach, und ein Schweizer Rotkreuz-Delegierter, der alles miterlebte, berichtet: „Bomben, dann Raketen und schließlich Salven der Bordwaffen mähten Frauen, Kinder und Greise nieder, die wild umherliefen ... Ich höre noch die Schreie der Angst und des Schmerzes ..." Mitten in dem Chaos des Marktes, in das hinein die Maschinen feuerten, so sagt der Schweizer weiter, standen seine vier Lastwagen, die weithin und zweifellos auch für die Piloten deutlich sichtbar das Zeichen des Roten Kreuzes trugen. Drei davon wurden stark beschädigt. So weit, so schlecht.

Die Gräfin Dönhoff berichtet in der ZEIT von dem Erlebnis eines Deutschen im Paris dieser Tage. Er wollte einen alten und berühmten französischen Gelehrten besuchen. Dieser aber weigerte sich, ihn als Deutschen in seiner Wohnung zu empfangen, und sagte zur Begründung: „Es soll niemand mein Haus betreten, der irgendetwas mit dem verbrecherischen Algerienkrieg zu tun hat, und Ihre Regierung unterstützt die unsere finanziell ..."

Soweit der französische Gelehrte, und wir sollten seine Worte genau überdenken. Es sind ja nicht nur unsere Gelder, die es der französischen Regierung ermöglichen, die Anstrengungen des Algerienkrieges durchzustehen, es sind von Amerika gelieferte, Nato-Flugzeuge also, die den Überfall auf das tunesische Dorf durchführten

— und wir gehören der Nato an — und es geht bei dem Kampf dort unten keineswegs nur um die Erhaltung der französischen, der abendländischen Zivilisation für das Land und seine Menschen, wie man es uns mit vielen philanthropischen Reden weismachen will; es geht um sehr reale Dinge, um das Sahara-Öl und um die Erhaltung der Nato-Stützpunkte — und wir gehören der Nato an! So fern, wie wir es meinen, sind wir den Dingen wirklich nicht. Wir haben sie mitzuverantworten.

Wie also entledigen wir uns dieser Aufgabe? Was tun wir? Nicht viel, leider! Gewiß, man entrüstet sich hier und dort recht kräftig über Frankreichs Haltung. Man gebraucht sogar sehr starke Worte. Frankreich, so heißt es, sei vom Teufel geritten; anderswo spricht man davon, daß solche Handlungen die abendländische Gemeinschaft schädigten und dergleichen mehr. Das stimmt nun ganz sicher; man wird mit keinem Wort widersprechen können. Aber wo bleiben die Proteste jener Organisationen, die sich die Wache über die „christliche Substanz", über Frieden und Freiheit des Westens zur Aufgabe machten, die das jedenfalls immer wieder laut verkünden. Wo bleibt die abendländische Akademie, wo bleibt die CDU, wo bleiben die Jünger des Bonifatius aus Fulda? Man schweigt. Und die anderen, die tatsächlich etwas sagen? Ist es wirklich das Gewissen, das hier schlägt? Sind es die Toten von Sidi-Jussef, die sie erregen? Ist es das Bewußtsein, daß mit solcher Gewalttat, mit solchen Morden an Unschuldigen, unserer Gesellschaft und unserer Kultur, denen wir so gern das Attribut „christlich" anheften, ein nicht wieder gutzumachender, ein tödlicher Schaden zugefügt wird? Nichts von alledem! Dieselben Blätter, die der im Sturm untergegangenen Pamir ganze Seiten widmeten, die die dem Meer zum Opfer Gefallenen so eindringlich beklagten — den Toten von Sidi-Jussef widmen sie kaum einen Satz, und deren Schicksale sind doch wahrhaftig nicht weniger erschütternd. Nein, die Einwände unserer Zeitungen, Politiker und Regierungen werden, wo sie sich überhaupt zu Wort melden, von ganz anderen Erwägungen bestimmt. Die Toten läßt man den Toten — hier und jetzt geht es um wichtigere Dinge. Natostützpunkte wie der Hafen Bizerta könnten verloren gehen, das Geschäft mit dem Sahara-Öl sich zerschlagen, noch ehe es gemacht wurde, und die erzürnten Araber könnten den „bolschewistischen Einflüsterungen" Gehör schenken — dies vor allem! Und darum wird nun gewarnt, beschworen und — vielleicht auch gedroht. Selten zuvor ist so erschreckend deutlich geworden, welche Verheerungen die eigene Propaganda, die seit Jahren anhaltende Schwarz-Weiß-Malerei, die Verteufelung der anderen Hälfte der Welt in den Gemütern des Westens angerichtet hat. Ganz offenkundig haben sich die Wertvorstellungen verschoben: Schlecht und böse ist zunächst und hauptsächlich das, was dem Osten nützen könnte — wie lange wird es also noch dauern, bis wir alles für gut halten, was ihm schadet! Die Gebetsmühlen der Propaganda haben unser Gewissen betäubt, und das in einer Zeit, in der soviel vom Gewissen geredet und geschrieben wird wie nie zuvor, und ganz zu Recht; denn es hat sicherlich auch noch niemals eine Zeit gegeben, in welcher der Menschheit dieses Organ so lebensnotwendig gewesen ist.

Vielleicht — wir wollen es hoffen — ist aber die Explosion jener Bomben in Tunesien doch laut genug gewesen, unser Gewissen wieder zu wecken. Man mag ja die Sache drehen und wenden, wie man will; man wird nicht um die Feststellung herumkommen, daß es kein kommunistischer Provokateur gewesen ist, der Sidi-Jussef bombardierte; und auch die düstere Tatsache des Algerienkrieges wird man nicht dem Gespenst des aggressiven Weltkommunismus zur Last legen können. Die wahren Gespenster — und diese Einsicht wäre sehr vonnöten — sollten wir anderenorts suchen.

Das Massaker, so hören wir, sei das Werk eines Einzelgängers, eines wütenden Offiziers. Algerienminister Lacoste habe nichts davon gewußt. Warum konnte sich

dann die Regierung in Paris die Verhaftung des Mannes nicht leisten? Unterstellen wir aber die offizielle Version, dann bliebe zu fragen, wie lange wir es noch dulden dürfen, daß solche, mit gefährlichen Waffen und Vollmachten ausgestatteten, unzurechnungsfähigen Wüteriche unser — und aller Menschen Geschick in der Hand halten dürfen. Wer garantiert uns denn, daß nicht eines Tages irgendein Kommandeur aus nur ihm verständlichen Gründen unversehens den Befehl zum Ausklinken der H-Bomben gibt? Von diesem Augenblick an würde das System des Schreckens, in dem wir alle eingespannt sind, funktionieren, und uns bliebe nicht einmal die Zeit, irgendetwas zu bereuen.

Daß solche Möglichkeiten keineswegs törichte Phantastereien sind, haben die Bomben von Sidi-Jussef, haben die Toten dort bewiesen. Niemand weiß sicher, welche Zeitspanne uns noch von einem solchen Schicksal trennt. Die Zeit aber, die uns noch bleibt, sollten wir nützen — jetzt, gleich, sofort!

Prof. Dr. Albert J. Rasker, Leiden*)

Die Ost-West-Frage in ökumenischer Sicht

Wir in Europa sind gewöhnt, die Ost-West-Frage als die Frage Rußland—Amerika oder Rußland—Westeuropa zu verstehen. Sie erfährt besondere Zuspitzung in dem Problem der Teilung Deutschlands und des russischen Drucks auf die Satelliten-Staaten; und manche denken: wenn nur dieses Problem gelöst wäre, wenn die Russen nur in dieser Hinsicht nachgeben wollten, wäre der Schlüssel zur Lösung der meisten anderen Probleme wohl gefunden.

Es könnte aber sein, daß solches Denken eine Verengung des Blickfeldes verriete, daß die Gegensätze durch viel tiefere Gegensätze und schwerere Mißverständnisse verursacht würden, wofür die europäischen Konfliktsituationen nur Symptome wären, und daß wir uns mehr als um Wegnahme der Symptome um die Heilung der totalen Krankheit bemühen sollten.

In ökumenischer Sicht davon zu reden heißt: vom Gesichtspunkt der weltweiten Gemeinschaft der christlichen Kirche aus. Denn es ist meine Überzeugung, daß die Kirche vom Geheimnis des Weltfriedens weiß. Sie hat aber das ihr anvertraute Geheimnis oft vergessen oder verleugnet, indem sie sich in falsche Bindungen an

*) Prof. Dr. A. J. Rasker war vor und nach dem Kriege Leiter der Theologischen Hochschule in Batavia (heute Djakarta) auf Java, dem geistigen Zentrum der evangelischen Kirchen und Missionen im damaligen Niederländisch-Indien. Während des Krieges war er in Japan interniert. Von daher ist er mit den Weltproblemen, zumal des Fernen Ostens, besonders vertraut. Heute wirkt er als Professor für praktische Theologie an der Universität Leiden (Holland), wo er sich bemüht, dem niederländischen Protestantismus, der durch seinen calvinischen Charakter immer schon stärker ökumenisch orientiert war, den Blick für die erhöhte politische Verantwortung der Christenheit in der heutigen Weltlage zu schärfen. Es geht ihm und seinem größeren Freundeskreis um ein neues politisches Ethos im Licht des Evangeliums. Er sucht dabei enge Fühlungnahme mit den verwandten Kreisen der Bekennenden Kirche in Deutschland.

die Mächte und Ideale der Welt begeben hat. Bekehrung der Kirche zu ihrem eigensten Sein ist immer wieder nötig.

Der Abstand von Kirche und Welt

Im mittelalterlichen „Corpus Christianum" hat sie eine Ehe mit dem alten römischen Reich geschlossen. Corpus Christianum heißt „christlicher Körper", heißt „Leib Christi". Dieser Leib war eine politisch-kulturelle Größe geworden als ein geschlossenes Ganzes. Außerhalb dieses christlichen Ganzen sah man nur das Heidentum und die Bedrohung des Islam, gegen welche eine aggressive Christianisierung und eine ängstliche Abwehr Hand in Hand gingen. Kompliziert wurde die Lage, als seit der großen Kirchenspaltung 1054 zwischen der westlichen und östlichen Christenheit zwei corpora christiana — zwei Leiber Christi! — sich feindlich gegenüberstanden. Im Westen vertraute man der östlichen Christenheit kaum mehr als dem Islam, und es ist nicht verwunderlich, daß der vierte Kreuzzug unversehens zu einem Eroberungskrieg gegen das „andere Rom", Konstantinopel, wurde (1202 bis 1204).

Auch nachdem die Reformation die Aufspaltung der Christenheit vervielfältigt hatte, blieb innerhalb der Nationalstaaten und Nationalkirchen der Gedanke des corpus christianum lebendig — nur daß es deren nun eine ganze Reihe wurden. Auch sie gingen wieder auf Eroberung aus. Nicht zuletzt waren es die Engländer und meine holländischen Vorfahren, die ihre weltweite Expansion zugleich als Expansion ihres Christentums verstanden.

Der christliche Westen

Wann für dieses sich expandierende, zuerst katholische und dann auch calvinistische corpus christianum der Titel „der christliche Westen" oder „das christliche Abendland" aufgekommen ist, weiß ich nicht. Wenn er in unseren Tagen gern gebraucht wird, spüren wir sogleich, daß er schon längst eine zweifelhafte Sache geworden ist. Sehr deutlich ist, daß dieser „christliche" Westen in einem schon weit fortgeschrittenen Säkularisierungsprozeß begriffen ist. Das Technologische und das Ökonomische sind die entscheidenden Elemente geworden. Das, was von Jesus Christus her kommt, ist sicher noch irgendwo anwesend, aber nicht mehr das Herz, aus dem der ganze Körper seine Lebenskraft empfängt (vgl. A. J. Toynbee „Civilization on Trial", S. 85 ff.).

Man kann das zwar verschieden beurteilen. Besonders wenn wir es nicht allzu genau nehmen mit unserer Selbstprüfung, sondern den Blick mit einem gewissen Pharisäismus hinauswerfen zu den Fremden und Gegnern, zum Kommunismus, zum Heidentum, zum Islam, können wir uns noch recht christlich, als Träger und Verteidiger eines christlichen Erbes fühlen und sogar eine Kreuzzugsstimmung hegen. Ein Feldprediger in meinem Lande hat kürzlich in einer Schrift geschrieben, daß Amerika menschlicherweise das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sei und durch Bekehrung zu einer Christokratie werden könne, während Rußland menschlicherweise das Land der abgeschnittenen Möglichkeiten sei. Darum sollten wir nach seiner Meinung bereit sein, für die amerikanische Demokratie gegen den Kommunismus zu kämpfen, auch mit den schlimmsten Waffen. Das ist ungefähr dasselbe, wie wenn von höchster Stelle in Deutschland behauptet wird, die Zukunft der Christenheit hänge ab von der nuklearen Bewaffnung der Bundeswehr.

Was ist es, worum es uns bei der Verteidigung unseres Christentums gegen den Kommunismus und bei dem Wunsch, eine starke Position in der Welt zu behalten, eigentlich geht? Was beherrscht in Wirklichkeit unser Denken und Wollen? Ist nicht dort, wo einst das christliche Herz unseres Westens schlug, unser altes Heidentum wieder sehr lebendig geworden? Ist uns wirklich Jesus Christus die Hauptsache, oder

ist es der Wohlstand? Geht es uns um die Freiheit der Liebe, die wir von Ihm empfangen und gelernt haben, oder um eine formelle Freiheit zur Erreichung unserer eigenen Zwecke und Wünsche? Vertrauen wir auf die rettende Macht der Versöhnung oder auf die verderbende Macht der Bedrohung? Sind wir unter dem Namen der Christlichkeit nicht schon längst wieder Götzendiener geworden?

Wenn wir das bedenken, wird es uns nicht mehr so leicht, unsere Seite, unsere Sache, unsere Partei, nur in hellen Farben zu schildern. Und andererseits: Ist es nicht merkwürdig, daß der Kommunismus, vor dem wir uns fürchten, eigentlich eine Häresie des Christentums ist? Er hat tief aus dem Becher des Christentums getrunken, sein Prophet Marx hat einiges geschaut von christlicher Verantwortung gegenüber dem Nächsten und von irdischer Heilserwartung, wofür die Christenheit seiner Zeit mit ihrem unbiblischen frommen Individualismus und spiritualisierenden Jenseitsglauben blind war.

Wir dürfen über seinem Atheismus und Materialismus nicht vergessen, daß eine Verdrehung christlicher Wahrheit und christlicher Erwartung nicht ohne große Schuld der Christenheit entsteht. „Die Irrlehren sind die unbezahlten Rechnungen der Kirche", hat ein holländischer Theologe des 19. Jahrhunderts (Gunning) mit Recht gesagt. Darum sind wir mit dem Kommunismus nicht fertig, indem wir ihn verurteilen und uns gegen seine Drohung immer schwerer bewaffnen. Eher sollte die Begegnung mit ihm uns ein Anlaß sein, in uns selbst zu gehen und uns von unserer Schuld, die ihn ins Leben rief, Rechenschaft zu geben.

Auch im Islam kann man Elemente christlich-antichristlicher Häresie erkennen. Und wenn er der geistige Rückhalt und die Ideologie des antikolonialistischen Nationalismus vieler asiatischer und afrikanischer Völker, wenn er ein corpus islamicum gegenüber dem säkularisierten westlichen corpus christianum sein will, so haben wir ihm nicht viel vorzuwerfen und nicht viel von ihm zu fürchten, das er nicht zuerst von uns gelernt hätte.

Und soll man der dritten Gruppe, dem indischen Nationalismus, dem wir gerne vorwerfen, daß er nicht Partei ergreifen will in den großen Gegensätzen unserer Zeit, nicht zugeben, daß auch ihn das Wort Christi nicht unberührt gelassen hat und daß sein Prophet, Ghandi, der nicht Christ werden wollte, wichtiges von Christus gelernt hat, das die Christen schuldhaft vernachlässigen?

Sollten wir im Westen deshalb nicht versuchen, etwas bescheidener zu reden von unserer Christlichkeit, und die Einwände, die man gegen uns hat, etwas ernster nehmen? Sollten wir, bevor wir die andern der Gottlosigkeit und des Materialismus beschuldigen, nicht etwas mehr unsere e i g e n e Schuld und unsere praktische Gottlosigkeit und den Materialismus unserer Wohlfahrtsideologie einsehen? Denn nur echtes Schuldbekenntnis kann unter Menschen den Anfang neuer, besserer Verhältnisse schaffen. Das gilt nicht nur im persönlichen, sondern auch im politischen Leben.

W a s m ü s s e n d i e V ö l k e r A s i e n s u n d A f r i k a s v o n u n s d e n k e n?

Diese Völker haben einiges gemeinsam, das sie von uns unterscheidet und unvermeidlich gegen uns einnimmt.

Erstens sind sie entweder früher europäische Kolonien oder wenigstens lange Zeit Einflußsphäre und Jagdgebiet westlicher Eigeninteressen gewesen. Sie sind deshalb sehr empfindlich in bezug auf ihre neuerworbene Freiheit und ertragen westliche Einmischung in ihre Angelegenheiten schwer. Das erfahren zur Zeit wir Holländer in der für uns katastrophal verlaufenden Neuguinea-Krise. Das müssen auch die Amerikaner erfahren, seitdem sie ihre großzügige Auslandshilfe der Nachkriegszeit durch das Mutual Security Program 1951 hauptsächlich in Maßnahmen verwandelt haben, die dazu dienen, einen eventuellen neuen großen Krieg möglichst auf dem Boden anderer Völker auszutragen.

Zweitens sind diese Völker im allgemeinen arm, während der Westen im Vergleich mit ihnen unvorstellbar reich ist. Sie gehören fast alle zu den zwei Dritteln der Weltbevölkerung, die zusammen nur 15 % des gesamten Welteinkommens genießen, während das übrige (westliche) Drittel die restlichen 85 % vereinnahmt. Pro Kopf bedeutet das nach einer Statistik von 1949 für die erste Gruppe 55 Dollar, bei der zweiten Gruppe das Zwölffache: 630 Dollar jährlich. Lebensdauer, Ernährungszustand, medizinische Versorgung, soziale Verhältnisse, Schulwesen, sind in den außer-westlichen Ländern ungenügend bis erschreckend schlecht.

Drittens sind diese Völker im ganzen genommen nicht christlich (2—4 % Christen in den meisten Gebieten), während der Westen wenigstens nominell christlich ist. Nach den Erfahrungen, die jene Völker mit Menschen des Westens gemacht haben, haben sie manchen Anlaß, deren Christlichkeit stark zu bezweifeln. Sie erfuhren unsere Kolonialverwaltung als eigennützig, während unsere Missionare Uneigennützigkeit predigten. Sie sahen unsere Lust an Reichtum, während das Evangelium die Armen selig preist, sie erfuhren unsern Rassenwahn, während die christliche Mission Bruderschaft verkündigte, sie erlebten unsere großen Kriege, während wir als Christen behaupten, das Geheimnis des Friedens zu kennen; sie merkten unser Vertrauen auf die schrecklichsten Waffen, während die christliche Kirche bekennt, daß Jesus Christus alle Macht hat und daß sein Weg der allein sichere Weg ist. Sie wissen, daß der christliche Westen als erster die A-Bombe hergestellt und geworfen hat — letzteres vielleicht ohne militärische Notwendigkeit und gegen die ernsten Warnungen der Gelehrten (vgl. R. Jungk „Heller als Tausend Sonnen", Kap. XI—XII). Sie wissen, daß der Westen die H-Bombe erfand und gegen alle Warnungen und Bitten die Probe-Explosionen fortsetzt, ja ständig bemüht ist, die Aufrüstung mit solchen Waffen zu intensivieren.

Weil diese Völker diesen Widerspruch sehen zwischen den großen Worten, die westliche Christen predigen, und den kleinen Liebestaten, die sie üben, und der Macht und den Methoden der Westmächte, auf die wir in Wirklichkeit unser Vertrauen setzen, kommt ihnen unsere Christlichkeit unehrlich vor. Darum sollten wir uns nicht wundern, daß sie trotz aller unserer Bannflüche gegen den Kommunismus doch mehr oder weniger alle die Freundschaft der kommunistischen Großmächte suchen. Sie teilen unsere Abkehr vom Kommunismus nicht, einfach weil sie damit nach ihrem eigenen Empfinden weniger schlechte Erfahrungen gemacht haben als mit uns. Und vielleicht auch, weil der Gegensatz zwischen Wort und Tat, Ideal und Wirklichkeit dort nicht so groß erscheint. Der Kommunismus ist eine harte Sache — aber er will nicht anders sein, er gibt sich nicht für etwas anderes aus, als er ist, man weiß, was man von ihm zu erwarten hat.

Was der Westen, was besonders die amerikanische Propaganda dem Kommunismus gegenüberstellt, ist ein aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammendes Freiheitsideal: Individualismus, Demokratie, geheime Wahlen. Dies alles interessiert diese Völker wenig. Sympathie für ihr politisches Emporkommen ohne mitleidige oder schadenfreudige Bemerkungen früherer Vormünder, Hilfe bei großen Projekten ohne militärische Verpflichtungen, das wäre ihnen lieb.

Ich habe oft den Eindruck, daß die Christlichkeit des Westens dem Kommunismus und den kommunistischen Sympathien vieler aus Armut emporstrebenden Völker gegenüber denselben Fehler macht, den unsere Großeltern von 100 oder 60 Jahren dem Sozialismus gegenüber gemacht haben. Die Problematik ist dieselbe wie damals, nur in weltweitem Umfang: es wird ein Klassenkampf internationalen Ausmaßes ausgefochten, und wieder stehen vor den vergrämten Augen der Vernachlässigten und Entrechteten die Christen auf der Seite der Besitzer und der Wohlhabenden. Wir zeigen uns entrüstet wegen ihrer augenscheinlichen Gottlosigkeit und suchen uns ihre Drohung mit Gewalt vom Leibe zu halten. Das ist

aber keine Lösung des Klassenkampfes, wohl aber ein Weg, auf dem wir auf die Dauer sicher die Verlierenden sein werden. Wird es dabei bleiben, daß unsere Erfindungskraft wieder einmal nur negativ verteidigend und abwehrend sein wird, statt sich positiv in den Dienst einer wirklichen Begegnung mit dem Nächsten zu stellen? Wird es dabei bleiben, daß wir es nicht besser machen als unsere Großväter einst, jetzt, da die Gefahr eines Mißlingens noch viel größer ist?

Theokratie als Gestalt oder als prophetische Distanz

Wir haben lange Zeit „Theokratien" in unserem alten Europa aufgebaut, in denen Staat und Kirche gleichsam eine Ehe geschlossen hatten, und sie waren ohne Zweifel gut gemeint, zur Ehre Gottes und zum Heil der Menschen. Wir haben Grund anzunehmen, daß es Konstantin und Karl dem Großen, Gregorius und Innocenz dem Großen, daß es Luther und den deutschen Fürsten, Calvin und den Generalstaaten der Niederlande und vielen anderen bis in unsere Tage ernst gewesen ist mit ihrer Idee und ihrer Praxis eines christlichen Gemeinwesens und einer christlichen Kultur. Sie haben aber die Gefahren, die damit verbunden waren, die Versuchungen, denen auch die christlichen Machthaber ausgesetzt sind, unterschätzt. Sie haben die Gewalt einer Theokratie, die äußere Form einer Gottesregierung, aufgebaut, aber die Gestalt wurde zu einer Abgötterei — so wie es den Israeliten erging, als sie den Tempel in Jerusalem zum zentralen und einzigen Heiligtum gemacht hatten und riefen: „Hier ist der Tempel des Herrn". „Verlaßt euch nicht auf solche täuschenden Worte", sagte der Prophet Jeremia, „sondern bessert euren Wandel, bessert eure Taten!" So nahm der Prophet Abstand von der Gestalt einer Theokratie, von der Identifikation von Gottes Willen mit menschlichen Wünschen und menschlicher Frömmigkeit.

Solche Distanz, solche prophetische Distanz zwischen dem politischen und kulturellen Leben der Völker und der Kirche, der das Wort Jesu Christi anvertraut ist, tut uns heute not. Uns tut not zu hören, daß wir weniger westlich und mehr christlich sein sollten, daß es uns weniger um unsere überlieferten Lebensformen und Ideale als um Jesus Christus und den Mitmenschen — auch den fernen und feindlichen Mitmenschen — gehen sollte. Uns tut not zu glauben und zu verstehen, daß eine formelle Freiheit und Demokratie, in der dann auch unter anderem (unter vielem anderen!) für den Glauben an Jesus Christus Platz sein würde, nicht eine so wichtige Sache ist, daß es sich lohnt, diese mit allen Mitteln teuflischer Erfindungskraft zu sichern, daß es aber auf eine echte und geistige Freiheit ankommt, in der wir frei wären, den Mitmenschen wirklich zu begegnen, eine Freiheit, welche mit Waffengewalt weder zu sichern noch zu vernichten ist.

Angst und Nichtigkeit

Die Zusammenbrüche und das Mißlingen in der großen Politik, die Angst um die Sputniks und die tatsächliche Weigerung, auch nur *einen* Schritt in der Richtung einer wirklichen Abrüstung zu wagen, weil man immer noch meint, nur in einer Position der Stärke mit dem anderen verhandeln zu können, das krampfhafte Jagen nach dem Besitz einer immer größeren Abschreckungs- und Bedrohungsmacht — das alles wird verursacht durch etwas, was hinter aller Politik und militärischen Berechnung liegt: durch verborgene Zusammenbrüche in unserem geistigen Leben. Die Angst als Grundbefindlichkeit unseres Daseins (Heidegger) ist der tiefste Grund aller politischen Ängste. Wir fürchten uns zutiefst nicht vor dem Kommunismus, sondern vor unserer eigenen inneren Leere — und wenn wir bereit sind, unseren geistigen Besitz, unsere Ideale und unseren Glauben zu verteidigen mit Waffen, deren Gebrauch uns allen Besitz, alle Ideale und allen Glauben in einem letzten dämonischen Ende rauben würde, dann ist das nur ein Zeichen dafür, daß wir all diese Güter eigentlich schon längst verloren haben und daß unsere Christ-

lichkeit schon längst einer Rückkehr zu dem alten heidnischen „Carpe diem" und einem entsprechenden Geld-, Genuß- und Machtglauben Platz gemacht hat.

Unsere Kriegsvorbereitung ist in Wirklichkeit nur eine Frucht unseres Nihilismus. „Der Krieg ist der eigentliche Exponent des Nihilismus, die dämonische Praxis der Gottesleugnung. Die Verhinderung des Krieges wird darum auch von den Kirchen abhängen, weil die Entlarvung des Nihilismus zuerst und zumeist ihre Sache und ihre Aufgabe ist" (Prof. Miskotte-Leiden).

Politische Bekehrung tut not

Denn die Kirchen wissen von einem Positiven, das allen Negativismus entlarvt, und von einer neuen Möglichkeit, wo es mit allen menschlichen Möglichkeiten zu Ende geht. Es ist dies aber eine radikal neue Möglichkeit, und darum ist Bekehrung nötig, Bekehrung auch und gerade in unserem politischen Denken. Bekehrung aus dem allzu engen Bündnis zwischen Christlichkeit und Weltlichkeit, zwischen christlichen Worten und heidnischer Wirklichkeit, zwischen kleinen christlichen Liebestaten und größter dämonischer Gewalttätigkeit. Die Kirche ist gerufen zu bezeugen, daß ihr das Geheimnis anvertraut ist, durch das die Welt gerettet werden kann: das Geheimnis Jesu Christi, das Geheimnis der Versöhnung und der Vergebung, des Schuldbekenntnisses und des neuen Anfangs, des Vertrauens und der freiwilligen Dienstbarkeit am Nächsten.

Wenn die Kirchen — und ich meine dann das Ganze der Christenheit in ihrer weltweiten, ökumenischen Zusammengehörigkeit — so inmitten der Turbulenz der Weltpolitik stehen würden, aufrufend nicht zur Kriegs-, sondern zur Friedensvorbereitung, nicht zum Haß, sondern zur Versöhnung, nicht zum ständig gesteigerten Mißtrauen, sondern zum Wagnis des Vertrauens, nicht zur Gewalttätigkeit, sondern zur Liebe — ja zur Liebe auch in der Politik! — nicht zum immer Rechthaben-Wollen, sondern zum Schuldbekenntnis auch unseren potentiellen Feinden gegenüber, auch und gerade den früher kolonisierten Völkern gegenüber, auch und gerade den Kommunisten gegenüber — dann könnten sie wieder einmal der Welt zum Segen sein. Ich greife aus allem Gesagten das Wort Vergebung heraus. Der bekannte amerikanische Theologe R. Niebuhr hat gesagt: „Nationen sind kaum imstande, den Geist der Vergebung zu haben, und doch ist dieser das Öl der Harmonie in allen menschlichen Verhältnissen. Dieser Geist der Vergebung ruht in der bußfertigen Erkenntnis, daß unsere Taten und unser Verhalten unvermeidlich von anderen in einem andern Licht gesehen werden müssen als von uns selbst (The Irony of American History, S. 36)." Wir sollen uns also darin üben, uns selbst so zu sehen, wie unsere Gegner uns sehen, denn wir werden Grund haben, vieles anders zu machen, als wir es tatsächlich tun.

Eine solche Behauptung wird in Amerika, in Deutschland, in meinem eigenen Lande gerne als unvernünftig, töricht, als politische Unweisheit bezeichnet. Das Risiko solcher Verhaltungsweise findet man zu groß. Es sei eine „angelic fallacy", es damit zu wagen. Darum wählt man lieber den dämonischen Selbstbetrug, sein eigenes vermeintliches Recht zu behaupten und mit allen erdenklichen Mitteln sicherzustellen. Deshalb die Neuguinea-Krise zwischen den Niederlanden und Indonesien, deshalb der koloniale Krieg in Algerien, deshalb die Bereitschaft, die dichtest bewohnten Länder Westeuropas zum Arsenal für Raketen und H-Bomben zu machen. Deshalb die Illusion, die Russen durch immer größere Bedrohung aus Mitteleuropa zurückzudrängen.

Man kann aber einen Feind nicht loswerden, indem man sich ihm immer feindlicher gegenüberstellt. Man kann ihn nur loswerden, indem man ihn in einen Freund verwandelt (Stanley Jones). Das ist der Weg Jesu Christi. Das ist der Weg der Versöhnung. Den kann man aber nur gehen, wenn man bereit ist, das Risiko des ersten Schrittes auf sich zu nehmen. Die stereotype Reaktion Foster Dulles' auf

jeden russischen Annäherungsversuch: „Laßt die Russen den ersten Schritt tun, und zwar nach unseren Anweisungen, kontrolliert zu unserer Befriedigung, während wir vorläufig noch mit unserer Aufrüstung weitergehen!" — diese pharisäische Reaktion ist alles andere als der erste Schritt zur Versöhnung, der von Christen erwartet werden darf.

Rußland und Amerika mit ihren beiderseitigen Satelliten und Verbündeten sind zur Zeit genügend bewaffnet, um sich in kürzester Frist gegenseitig mehrfach ermorden zu können. Ob der eine das schon siebenfach kann und der andere vielleicht erst vierfach, ist eigentlich gar nicht wichtig. Es wäre also nicht viel gewagt, wenn man statt des Risikos einer weiteren Aufrüstung versuchsweise für einen bestimmten Termin einmal bei dem jetzt erreichten Niveau haltmachen würde. Es wäre eine christliche Tat, wenn der Westen bereit dazu wäre. Wer kann eigentlich die ständig geforderten absoluten Garantien geben? Man könnte dann abwarten, ob das geschenkte Vertrauen mit Vertrauen beantwortet würde. Die Einwilligung in den polnischen Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wäre eine andere christliche Tat, zu der man um so eher bereit sein sollte, wenn man bedenkt, daß die Russen, die in den letzten Jahrhunderten mehrfach vom Westen aus angegriffen worden sind, sicher ebensoviel Angst vor einem schwergerüsteten Nachbarn haben wie wir. Die Tatsache, daß dieser Vorschlag von Kommunisten kommt, ist nicht ohne weiteres ein Grund, ihn abzulehnen. Es ist doch eigentlich beschämend, daß die Russen viel hartnäckiger im Anbieten immer neuer Vorschläge sind als wir, und daß — anders als es uns unsere Zeitungen glauben machen wollen — das „Njet" sicher ebenso oft oder öfter von unserer Seite als von den Russen ausgesprochen worden ist. Warum sollten die christlichen Völker immer bei der alten heidnischen Weisheit bleiben „si vis pacem para bellum" und nicht viel mehr ernst mit einer besseren Weisheit machen „si non vis bellum para pacem"?! Warum sollten sie nicht endlich lieber einmal das Risiko der Friedensversuche auf sich nehmen als das der Kriegsvorbereitungen?

Exemplarische Existenz

Es gibt heutzutage die Kirche Jesu Christi fast überall in der Welt. Auch in den Ländern, wo sie eine so kleine Minderheit des Volkes umfaßt, daß sie als Machtfaktor nicht in Frage kommt, oder wo die herrschenden Mächte ihr feindlich gesinnt sind, weiß sie um das Geheimnis der wahren Freiheit und des wahren Friedens. Es kann auch da vorkommen, daß die Möglichkeit eines Bündnisses mit den Mächten der Welt oder mit politischen Idealen ihr zur Verführung wird. Wir haben wenig Grund, ihr das übelzunehmen oder aus moralisierender Höhe darüber zu urteilen. Die einzige Weise, sie aus solcher falschen Gebundenheit zu befreien, besteht darin, daß wir unsere wahre christliche Freiheit und den Abstand zu den bei uns vorherrschenden Ideologien sichtbar und hörbar machen. Es könnte dann doch geschehen, daß sich in freier ökumenischer Begegnung Türen zu besserem gegenseitigen Verständnis auftäten und daß die Kirchen dann den Weg zur Versöhnung der Völker versuchsweise anbahnen als mutmachende Vorbilder. Es mag dies zwar in den Augen sachverständiger Politiker eine Naivität und eine Torheit sein, aber in der ökumenischen Zusammenarbeit der Kirchen haben wir einige gute Erfahrungen damit machen dürfen. Die englischen Quäker, Niemöller, Heinemann und Gollwitzer in Deutschland, Johannes de Graaf bei uns (in seinem Buch „Europese Dialoog in Moskou") und viele andere haben davon zeugen dürfen. Ähnliche Erfahrungen mitten in den kolonialen Gegensätzen haben wir in Indonesien, hat Pasteur Trocmé in Algerien machen dürfen. Nur soll das alles nicht als kirchliche Sondererfahrung außerhalb der politischen Sphäre angesehen oder gar politisch verdächtigt werden. Denn die Kirchen sind zu einer exemplarischen Existenz (Karl Barth) in dieser Welt gerufen und zu einem prophetischen Zeugnis für neue Mög-

lichkeiten, die eigentlich uralt sind, aber allzu leicht vergessen und vernachlässigt werden. Diese exemplarische Existenz, dieses prophetische Zeugnis ist der tiefste Sinn und die eigentliche Wahrheit der alten Theokraten: so soll die Kirche den Mächten dieser Welt das Wort, die Verheißungen, die den Beschreitern des Weges Jesu Christi von Gott gegeben sind, nicht vorenthalten. So wird die prophetische Distanz zugleich eine heilsame prophetische Nähe sein, so kann die Kirche der Welt neuen Mut geben, wo sie den Mut fast schon verloren hat und in Angst und Zynismus nahe daran ist, sich selbst zugrundezurichten.

Rudolf Pikola

Gefahr vom Katheder

Die große Politik wird zwar nicht n u r von der kleinen gemacht, wie gutgläubige Optimisten der Demokratie meinen, aber doch wesentlich mitbestimmt und unterstützt. Ein nicht zu unterschätzender Bestandteil der kleinen Politik sind die Schulen und hier ganz besonders die sogenannten höheren Schulen. Während der Lehrer der Volksschule es ja höchstens mit Vierzehnjährigen und also eigentlich noch mit Kindern zu tun hat — die freilich im Unterbewußtsein und Gefühlsmäßigen beeinflußt werden, was immerhin den Nährboden für alle späteren Einstellungen und Entscheidungen abgibt —, wendet sich der Lehrer der höheren Schule erstens einmal an ältere Jugendliche und hat vor allem diejenigen Menschen zu erziehen, die später im kulturellen, wirtschaftlichen, technischen und auch politischen Leben des Volkes führend und einflußreich tätig sein werden.

Zur pädagogisch-psychologisch erhöhten Beeinflußbarkeit kommt noch eine äußerliche, die jedoch gar nicht unwichtig ist: unser Typ der höheren Schule stellt durch seine Prüfungs- und Zeugniseinrichtungen und das daraus folgende durchorganisierte Berechtigungswesen ein vorbereitendes Abbild der Gesellschaftshierarchie dar, in der es nicht nur ein natürliches Oben und Unten hinsichtlich der Leistung gibt, sondern auch die menschlich recht unerfreulichen Unterschiede von Macht und Unterordnung, Rangautorität und Unterwürfigkeit, kurz Befehl und Gehorsam mit all den Begleiterscheinungen dieses Systems. Wer Gelegenheit hat, die Verhältnisse innerhalb der Lehrerkollegien einerseits und zwischen Direktorat, Lehrer- und Schülerschaft andererseits zu beobachten, wird wissen, was hiermit gemeint ist.

Um falsche Unterstellungen auszuschließen, sei hier eingefügt, daß es alles weniger als Aufgabe dieser Betrachtung sein soll, in der Art der „terribles simplificateurs" unsere höheren Schulen oder deren Lehrerschaft mit einem summarischen Urteil negativ zu kritisieren. Dies wäre ebenso ungerecht wie unrichtig, denn auf einen Studienrat Zind, der sich öffentlich aller Juden rühmte, die er eigenhändig mit dem Spaten erschlagen hatte, kommen sicher Dutzende von wahrhaften Demokraten im Geiste der 1848er, aber immerhin liegt vieles von staatsautoritärem Denken im System beschlossen oder, optimistischer ausgedrückt, noch beschlossen, und die Skala vom biederen deutschnationalen Oberlehrer bis zum unbelehrbar restaurativen Militaristen zieht sich durch unsere pädagogische Führungsschicht

hin — freilich prozentual gewiß nicht höher als durch unsere übrige Volksgemeinschaft, aber doch jedenfalls in erhöhtem Maße — wegen des Einflusses auf die Jugend — gefährdend. Wer weiß, wie sehr junge Menschen grundsätzlich begeisterungsfähig sind — trotz aller skeptischen Kritik, die man hinsichtlich der heutigen Jugend in dieser Beziehung hat —, wer weiß, wie sehr diesen schließlich ja doch völlig unerfahrenen und deshalb urteilsunfähigen Menschen ein geschätzter Lehrer Vorbild ist, wie sehr sie auch aus Opportunismus oder Unfähigkeit zum Widerstand sich allen möglichen Arten von Beeinflussung fügen, der weiß auch, warum hier von einer Gefährdung gesprochen werden kann.

Kürzlich fand innerhalb der Studentenschaft der großen Münchner Universität eine Abstimmung darüber statt, ob der dort öffentlich angebrachte lateinische Spruch „Dulce et decorum est, pro patria mori" durch einen anderen ersetzt werden sollte. Wohl waren drei Viertel der jungen Menschen für seine Entfernung, aber das letzte Viertel ist immerhin ein ganz beachtlicher Prozentsatz von „Gebildeten", die nach den maßlosen Leiden und Greueln zweier Weltkriege und angesichts der Bedrohung durch einen noch ungeheuerlicheren dritten, diesen uralten lateinischen Unsinn, daß es „süß und der Ehren voll" sei, fürs Vaterland zu sterben, aus denkfauler Gewohnheit, konventionellem Respekt vor einem klassischen Zitat oder auch auf friederizianischer Überzeugung für gut heißen. Alle drei Begründungen zu dieser Einstellung sind gleich schlimm.

Es wäre falsch, hieran der Schule allein die Schuld zu geben, ein Verfahren, das ebenso beliebt wie unrechtmäßig ist, obwohl ein kritischer Blick auf sie und vor allem auf das von ihr für sakrosankt gehaltene Bildungsgut nicht unangebracht ist. Ein bedeutender Anteil an diesem negativen Erziehungserfolg kommt natürlich auch dem Elternhaus zu, in dem ja — gerade so weit es die Schüler unserer Gymnasien und Oberschulen betrifft — noch viel an törichtem Konservatismus gesellschaftlicher, weltanschaulicher und damit eben auch nationalistischer Einstellung beheimatet ist.

Um aber nun von den Schulen speziell zu reden: mit welcher Bereitwilligkeit öffneten viele zu der Zeit, als Herr Blank noch die Aufgabe hatte, das deutsche Volk äußerlich und innerlich auf die Remilitarisierung vorzubereiten, ihre Klassenzimmertüren den Werbegruppen der neu sich formierenden militärischen Macht, die den jungen Abiturienten die Laufbahn des Offiziers als einen verlockenden Beruf darstellten, der sichere Existenz (!) verspricht und obendrein vom Glorienschein einer immer noch nicht verurteilten Speziallehre umstrahlt ist. Ob alle Herren Oberstudiendirektoren ihren Abiturienten dabei wohl auch erzählten, wie es in einem eroberten Schützengraben, im Herzen einer vereinsamten Frau oder in einem Versehrtenheim voll Krüppel aussieht? Es ist aber gut vorstellbar, daß die Herren Werber mit einem freundlichen Händedruck und einigen mannhaften Erinnerungsworten verabschiedet wurden. Denn man hat doch schließlich selber noch seinen kaiserlichen oder hitlerischen Offiziersrock realiter oder geistig im Kleiderschrank hängen, nicht wahr? Wie aber wäre es, wenn von anderen Berufen Werber kämen und den Abiturienten Vorträge hielten über die Aussichten als Zahnarzt, Lehrer, Dramaturg oder Ingenieur? Das ist nicht im Rahmen unserer schulischen Arbeit, würde es heißen! Aber das Militärische hat ein selbstverständliches Recht, als bevorzugter Bestandteil unseres öffentlichen Lebens angesehen zu werden, und höhere Schule und Kasino scheinen als unantastbare Einheit weiterhin anerkannt zu bleiben, indem jene das natürliche Reservoir (oder gar die Vorbereitung?) für dieses ist.

Ein anderes Beispiel dieser Art: In einem Städtchen fand kürzlich eine Werbefilmveranstaltung für die Bundeswehr statt. Die für die Allgemeinheit zugängliche Nachmittagsvorstellung war kaum besucht, der leitende Offizier tröstete sich

aber damit, daß vormittags ja 75 Oberschüler die Filme gesehen hatten, denen dazu eigens die Möglichkeit gegeben worden war. Wäre irgendeine andere Organisation oder ein einzelner Redner mit dem Ansuchen, den Schülern während der Unterrichtszeit die Möglichkeit zum Besuch einer kultur- oder naturkundlichen Veranstaltung zu geben, gekommen, sie wären sicher darauf aufmerksam gemacht worden, daß es nicht angängig sei. Das Militär aber darf sich ohne weiteres in den Stundenplan einbauen. So stand also der Lautsprecherwagen auf dem Marktplatz, spielte schneidige Marschmusik, und an ihm vorbei gingen mit lachenden Gesichtern die höheren Schüler in den Vortrag, in dem sie über die glänzenden Existenzmöglichkeiten beim Kommiß aufgeklärt wurden und als besondere Zugabe noch einen Streifen von der amerikanischen Militärakademie Westpoint zu sehen bekamen, dieser geradezu klassischen Schleiferschule, in der es ach so forsch und männlich zugeht.

Ja, und nun frage ich also: gibt es eine „Gefahr vom Katheder" oder nicht? Sieht man, wie hier mit der Schulung des Verstandes, mit der Ausbildung der geistigen Kräfte gleichzeitig eine Haltung anerzogen werden kann, die uns den alten arroganten, zynisch-brutalen, kaltherzigen und oberflächlichen Typ des nationalistischen Militaristen beschert, ob in oder außer Uniform, ob leutselig burschikos oder snobistisch, wie er noch immer unser Unglück war, eine tötende glänzende Ölschicht auf den Wassern der Menschlichkeit!

Dies ist, ich wiederhole es, kein allgemeines Urteil über unsere höheren Schulen. Aber die Schulen sollten wachsam sein, damit solche Infektionsherde sich nicht ausbreiten! Denn wenn diese Schulen — neben ihrem Auftrag der Wissensvermittlung — Stätten der Begegnung mit dem Menschengeist aller Zeiten und Zonen und Stätten der Wertebildung sein sollen — und sie müssen es sein! —, dann darf in ihnen zu keiner Stunde das Töten und Zerstören, daß Mißhandeln und Mißachten anderer Menschen überheblich-brutal gutgeheißen oder leichtsinnig bagatellisiert werden — dann muß Herz und Sinn der Jugend für das größte und schönste Anliegen aller Bildung entzündet werden: für eine weltoffene Humanität!

Alexander Karew, Generalsekretär des Baptistenbundes in der UdSSR

Baptisten in der Sowjetunion

Wir sprechen in unserer Zeit viel von Frieden und Freundschaft. Die Freundschaft jedoch hängt viel von der Kenntnis ab, die wir voneinander haben. Das Fehlen dieser Kenntnis schafft Unverständnis. Ich muß sagen, daß es in westlichen Ländern viel Unkenntnis über die Sowjetunion und insbesondere über das religiöse Leben bei uns gibt. In den letzten Jahren habe ich einige Länder bereist, und überall war ich über die Unkenntnis der religiösen Lage in der Sowjetunion verwundert. Man ist der Meinung, daß in der Sowjetunion nichts an Religion mehr vorhanden ist.

In den letzten Jahren sind viele Gäste zu uns gekommen. Die meisten waren aus den Vereinigten Staaten. Es machte uns große Freude, diese Touristen begrüßen zu können, zumal es fast keiner unterließ, unsere Moskauer Gemeinde zu besuchen.

Die Touristen konnten sich von unserer Wirklichkeit überzeugen, und sie können bestätigen, was ich hier sage.

Die Entwicklung der Baptisten-Gemeinde

Von Kindheit an kam mir die Reformation immer vor wie ein großes Feuer, das von Deutschland aus auch in die Nachbarländer hinüberflammte. Viele Länder Europas wurden von Deutschland aus von der Reformation ergriffen. Aber das russische Volk wurde zunächst von ihr nicht berührt. Erst im 19. Jahrhundert kam die Reformation nach Rußland.

Wer waren die Verkünder des reinen Evangeliums in Rußland? Ich möchte beginnen mit dem Norden, mit Petersburg. Hier wirkte Johann Gossner. Er kam um 1820 aus Deutschland nach Petersburg und predigte das Evangelium. Sein Erfolg war groß. Tausende strömten herbei, um seine Predigt zu hören. Es war eine große Zeit der Erneuerung. Etwas später kamen aus England Lord Radstock und der bekannte Dr. Baedecker und predigten gleichfalls.

Im Süden Rußlands wurden durch ein Dekret Katharinas II. Deutsche als Kolonisten in die Ukraine gerufen. Tausende kamen und erhielten in Südrußland Ländereien. Es waren Lutheraner und Mennoniten. Der württembergische Pietistenpastor Eduard Wüst kam nach Südrußland und begann unter den deutschen Mennoniten zu predigen. Später kamen noch die lutherischen Pfarrer Johann und Karl Bohnekämper, die unter den Lutheranern predigten. Diese erweckten Gruppen hielten „Bibel- und Gebetsstunden". Die deutschen Kolonisten verbreiteten das Evangelium auch unter ihren russischen Hausgenossen und Dienstleuten, die es dann an die übrige Bevölkerung weitergaben. So begann die Predigt des Evangeliums im Bereich der formellen orthodoxen Kirche seine Wirkung zu tun. Die russischen orthodoxen Bauern nannten diejenigen, die von der Erweckung erfaßt wurden, „Stundisten". Dieser Spottname ist in der Literatur sehr bekannt geworden, und man kann sagen, er ist zu einem weltberühmten und einem sehr ehrenhaften Namen geworden.

So hat mit der Predigt des Evangeliums unter den Russen die sogenannte Stundistenbewegung angefangen, und so kann man feststellen, daß in Rußland von Norden und von Süden her das Feuer der Reformation angezündet wurde.

Wie aber wurden aus den russischen Stundisten Baptisten? Dazu muß gesagt werden, daß die Stundisten von deutschen Baptisten beeinflußt wurden. Bekanntlich hat Johann Gerhard Oncken, der Vater der deutschen Baptisten, den Baptismus in fast alle Länder Europas getragen und Baptistengemeinden gegründet, mit Ausnahme von England, weil hier der Baptismus schon bestand. Oncken kam schließlich auch nach dem Süden Rußlands und vermittelte dort den erweckten Lutheranern und Mennoniten die baptistischen Erkenntnisse und organisierte Baptistengemeinden. So entstand die baptistische Bewegung in Rußland. Diese Bewegung verlief in zwei großen Strömen. Die einen nannten sich „Evangeliums-Christen", die anderen „Baptisten". Diese Entstehung von zwei sehr wesensverwandten evangelischen Strömen hatte ihre historischen Hintergründe. Die „Evangeliumschristen" nannten sich nicht Baptisten, aber sie hatten eine baptistische Dogmatik. Diese zwei Ströme verliefen nebeneinander und gingen parallel bis zum Jahre 1944. Der zweite Weltkrieg veranlaßte die Menschen, einander näher zu rücken. So wurde 1944 die Vereinigung der beiden Ströme beschlossen, und der gesamte Verband trägt seitdem den Namen „Evangeliums-Christen-Baptisten".

Ferner gab es in Rußland ungefähr 25 000 Anhänger der Pfingstbewegung. Auch in ihnen entstand der Wunsch, sich mit den Evangeliums-Christen-Baptisten zu vereinigen. Die Vereinigung der Pfingstfreunde mit dem Bund der Evangeliums-Christen-Baptisten fand statt im August 1945.

Die heutige Stellung der Baptisten

Heute haben wir ein dichtes Netz von evangelisch-baptistischen Gemeinschaften, die über ganz Sowjetrußland verstreut sind. Wieviel es sind, läßt sich nicht genau sagen. Denn es gibt viele Familienmitglieder von Baptisten, die Christum liebhaben, aber noch nicht Mitglieder sind, und es gibt Besucher, die regelmäßig an unseren Gottesdiensten teilnehmen und die baptistische Glaubenslehre völlig teilen, ohne Mitglied zu sein. Wir sind aber fest überzeugt, daß wir nicht weniger als drei Millionen Brüder und Schwestern haben, die die baptistische Glaubenslehre teilen.

Der Bund der Evangeliums-Christen-Baptisten besteht heute aus 5400 Gemeinden. Die Vorsteher der Gemeinden, also die Pastoren, wie sie im Westen heißen, führen bei uns den Namen „Presbyter". Wir haben also 5400 Presbyter. Außer den Presbytern (Pastoren) haben wir noch Prediger, die das Wort Gottes verkündigen. Jede Gemeinde hat ein „Predigerkontingent", in der Regel fünf bis zwölf Prediger. Insgesamt haben wir also etwa 25 000 Prediger.

Die Presbyter werden aus dem Predigerkontingent gewählt. Es sind diejenigen, die die größte Erfahrung in der Verkündigung des Evangeliums und in der Gemeindearbeit haben. Unsere Prediger bilden sich in der Gemeindearbeit und durch Selbststudium aus. Jeder Prediger bei uns ist ein Kenner der Bibel und anderer geistlicher Literatur. Wir schicken eine Anzahl von jungen Männern ins Ausland, zum Beispiel nach England zu den dortigen baptistischen Bibelschulen. Drei studieren zur Zeit in London und drei in Bristol. Unsere Gottesdienste sind überfüllt. Wir haben in der Regel vier bis sechs Gottesdienste in der Woche in jeder Gemeinde.

Eine Besonderheit unserer Gottesdienste ist, daß mindestens zwei, zuweilen auch drei Predigten gehalten werden, und diese mindestens zwei Stunden, in vielen Gemeinden auch drei und vier Stunden dauern. Um an einem weiteren Beispiel deutlich zu machen, wie es mit der Lage des Christentums in der Sowjetunion wirklich ist, muß man zwei Zahlen nennen: vor der Oktoberrevolution gab es ungefähr 100 000 Evangeliums-Christen und Baptisten in Rußland. Jetzt sind es, wie gesagt, 530 000. Dieser große Zuwachs zeigt, welche Unkenntnis über die religiöse Lage in der Sowjetunion im Westen herrscht.

Die Baptisten in der UdSSR geben die Zeitschrift „Brüderbote" heraus, die achtzig Seiten umfaßt. Im Jahre 1956 druckten wir ein Gesangbuch und im Jahre 1957 russische Bibeln. Das Drucken von Bibeln ist im Leben der russischen Baptisten ein historisches Ereignis, denn vor der Oktoberrevolution konnten die freikirchlichen Gemeinden keine Bibeln drucken. Nach der Oktoberrevolution drucken die russischen Baptisten nun schon zum dritten Mal ihre Bibeln.

Es geht in der Sowjetunion heute die größte Erweckung in der Geschichte des russischen Christentums vor sich. Das Christentum der Baptisten in der Sowjetunion ist feurig: man fühlt es im Gebet, im Singen, im Predigen und in der ganzen Atmosphäre. Ohne Stolz kann man sagen, daß die Baptisten in der UdSSR den Geist des apostolischen, ursprünglichen Christentums bewahrt haben. Ohne Übertreibung darf man den Baptistenbund in der Sowjetunion als d i e Apostelgemeinde des 20. Jahrhunderts bezeichnen: Predigt, Singen und Gebet sind so einfach wie in den Aposteltagen. Es wird so gepredigt und gesungen, daß die Menschen aufhorchen und sich zu Gott bekehren.

Der Baptistenbund in der UdSSR pflegt Gemeinschaft mit allen Kirchen der Sowjetunion: mit den Methodisten, mit Lutheranern und Reformierten, mit der russischen Orthodoxen Kirche. Mit allen Christen steht er in freundschaftlichem Verhältnis.

Die Baptisten der Sowjetunion pflegen Gemeinschaft mit allen Christen der Welt.

Wir reisen ins Ausland und besuchen unsere Glaubensgenossen in westlichen Ländern, und wir werden von vielen ausländischen Christen besucht.

Im Baptistenbund der Sowjetunion sind viele Jugendliche. Es gibt im Westen Gerüchte, daß in der UdSSR nur noch alte Leute gläubig seien. Das ist nicht wahr. Von den 530 000 getauften Mitgliedern der Baptistengemeinden sind mindestens 100 000 junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren.

Was man endlich von allen Christen in der Sowjetunion, darunter auch nicht weniger von den Baptisten sagen soll, ist ihre eifrige Teilnahme an der Friedensarbeit. Alle Christen in der UdSSR sind begeistert bei der Arbeit für den Frieden! Die Beteiligung an der Friedensarbeit betrachten die Baptisten der Sowjetunion nicht als eine Angelegenheit der Politik. In ihrem Eintreten für Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt gehen sie von ihrer christlichen Überzeugung aus. In der Zeitschrift „Der Brüderbote" gibt es in jeder Nummer eine Seite, die einen Artikel für den Frieden enthält. Von Zeit zu Zeit wird in den Gottesdiensten für den Frieden gepredigt; in allen Gottesdiensten wird für den Frieden und für das Wohl der Menschheit gebetet.

Im Westen fragt man oft, welche Evangelisationsmöglichkeiten haben die Baptisten in der Sowjetunion? Oncken, der Begründer des deutschen Baptismus, sagte: „Jeder Baptist — ein Missionar". Und so ist es in der Sowjetunion. Wenn ein Baptist auf der Straße, in der Trambahn, in der Untergrundbahn, oder wo es auch sei, mit anderen ins Gespräch kommt, so kann er nicht schweigen. Er beginnt sofort ein Gespräch und legt ein Zeugnis für Christus ab.

Ich saß einmal mit einem Erzbischof der russischen Orthodoxen Kirche an einem Tisch. „Jedes alte Mütterchen", sagte dieser Erzbischof, „und wenn es schon 90 Jahre alt ist und am Stock geht, ist bei euch Baptisten wie Dynamit." Er meint, sie läßt keine Ruhe, mit jedem beginnt sie ein Gespräch und zeugt von ihrem Heiland. Und so ist es in der Tat. Jeder Baptist in der Sowjetunion ist ein Missionar.

Dr. med. Fritz Katz

Ärzteschaft und Atomgefahr

Die Behandlung dieses weitgespannten Themas wird erleichtert, wenn wir von Beispielen ausgehen.

Das vom Deutschen Ärzte-Verlag herausgegebene offizielle Gesundheitsmagazin „Du und die Welt", das u. a. den praktizierenden Ärzten als Wartezimmerzeitschrift zugestellt wird, bringt im Januarheft 1958 einen Artikel von Ernst H. Haux „Zwischen heilsamen und schädlichen Strahlen". Er berichtet in Kürze über das auf der Jahrestagung der Deutschen Röntgen-Gesellschaft in Frankfurt behandelte Problem der Strahlenbelastung und des Strahlenschutzes. Dort war man sich darüber einig, daß heute nicht allein der kranke Mensch „im Kreuzfeuer energiereicher Strahlungen steht, sondern gleicherweise auch der gesunde". Dann heißt es:

„Darüber hinaus verzeichnet man als Folge z. B. der Atombombenexperimente ein fortwährendes Ansteigen des allgemeinen ‚Strahlungsniveaus', unabhängig von

den individuellen Röntgenbehandlungen, -durchleuchtungen, Reihenkontrollen usw. — ja ungeachtet der natürlichen Strahlung der Sonne, der Sterne, radioaktiven Gesteine und dergleichen, unter der sich das Leben unserer Erde von Anbeginn entwickelt hat. Jede derartige Einwirkung, so liest man oft, könnte beim Auftreffen auf die Keimzellen ‚Mutationen' hervorrufen und damit unser Erbgut schädigen."

Gleich darauf wird vom Frankfurter Röntgenologen-Kongreß weiter erwähnt: „Mit gelegentlicher Schärfe wandte man sich gegen Publikationen, die mit falsch fundierten Zahlenangaben und leichtfertigen Behauptungen über die ‚Schädlichkeit der Strahlen' Verwirrung in die Öffentlichkeit tragen." Demgegenüber dient der Schluß des Artikels dazu, Bedenken gegen die medizinische Anwendung von Röntgenstrahlen zu zerstreuen und auf die Bemühungen der Radiologen um die Ausarbeitung eines modernen Strahlenschutzes hinzuweisen.

Dem kritischen Leser muß an den beiden Zitaten folgendes auffallen. Im ersten werden drei Quellen möglicher Erbschäden genannt, nämlich die natürliche Strahlung, die künstliche Strahlung aus Atombombenexperimenten und die medizinisch verwendete künstliche Strahlung. Ob der Verfasser eine oder mehrere dieser drei Möglichkeiten der Erbschädigung anerkannt oder bestreiten will, läßt er durch seine Formulierung im unklaren. Im zweiten Zitat wird offengelassen, auf welche der genannten Strahlungsquellen sich falsch fundierte und daher verwirrende Zahlenangaben und leichtfertige Behauptungen beziehen sollen. Im weiteren Verlauf wird jedoch nur noch von medizinischen Strahlungsquellen gesprochen.

Wenn vorher beim Laien etwa Verwirrung bestand, so herrscht nach der Lektüre dieses Artikels jedenfalls Nebel. Denn es bleiben einige Fragen offen. Über welche Strahlungsquellen sind verwirrende Angaben und Behauptungen gemacht worden? Sind besagte verwirrende Behauptungen durch den Nachweis wissenschaftlicher und gewissenhafter Arbeitsweise auf dem ärztlich-radiologischen Sektor widerlegt? Wenn etwa im zweiten Zitat nur an leichtfertige Behauptungen über die Folgen medizinischer Anwendung von Strahlungen gedacht sein sollte, die in der Öffentlichkeit weit weniger als die der Bombenversuche diskutiert werden, warum wird das im Hinblick auf das erste Zitat zur Vermeidung weiterer Verwirrung nicht klar gesagt? Scheut man sich nicht, den Eindruck zu ermöglichen, als ob man gleichzeitig mit der medizinischen Strahlenanwendung nebenbei auch die Wirkungen von Atombombenversuchen gegen Behauptungen schützen möchte, die man nicht näher gekennzeichnet hat?

Somit ergibt sich die Notwendigkeit, in diesen Nebel hineinzustoßen. Beginnen wir mit der Feststellung, daß heute niemand mehr, der ernst genommen werden möchte, bestreitet, daß Erbschädigungen sowohl durch natürliche wie durch künstliche Strahlung entweder aus Atombombenversuchen oder bei medizinischer Anwendung hervorgerufen werden können. Denn es gibt für die Stärke einer erbschädigenden Strahlung keine untere Grenze, keinen Schwellenwert. Schon die geringste Dosis einer Strahlung geringster Energie kann erbschädigend wirken (Westergaard, Med. Klin., Jg. 1957, Heft 7, S. 277).

Bei den Kampfeswirren in der Öffentlichkeit geht es ursprünglich und weit überwiegend um die zweifellos erbschädigenden Folgen der Atomwaffenversuche. Eine Diskussion ist heute nicht mehr über diese Tatsache selbst, sondern nur noch über ihren Umfang möglich. Verwirrung unter den Laien entsteht bei diesem Streit dadurch, daß die Befürworter kleiner und kleinster Zahlen und die Verfechter größerer Zahlen sich gegenseitig vorwerfen, ihre Zahlen seien nicht genügend fundiert. Beide Seiten sind hierbei mehr oder weniger im Recht. Denn die Wahrheit ist, daß exakte wissenschaftliche Ergebnisse über den voraussichtlichen

Umfang und die praktische Bedeutung einer künstlichen Erhöhung der normalerweise vorkommenden Erbänderungen, der sogenannten natürlichen Mutationsrate, beim Menschen erst im Laufe von Generationen zu gewinnen sind. Der Erbforscher Westergaard sagt hierzu: „Es ist äußerst beunruhigend, daß wir einerseits nicht genug wissen, um eine klare vernünftige Beurteilung des zu erwartenden Schadens vornehmen zu können, daß wir aber andererseits bereits genug wissen, um in dieser Sache große Befürchtungen zu hegen." Durch die „deprimierende Unsicherheit" in quantitativer Hinsicht wird „unsere Verantwortung aber nicht beseitigt, sondern erhöht" (Martius).

An dieser Stelle sei ein zweites, die gesamte Ärzteschaft angehendes Beispiel eingeschaltet. Der 60. Deutsche Ärztetag faßte eine Entschließung unter dem Titel „Schutz der Bevölkerung vor Atomgefahren", deren erster Abschnitt folgenden Wortlaut hat: „Aus Verantwortung für die Volksgesundheit fühlt sich der Deutsche Ärztetag verpflichtet, zu der die gesamte Öffentlichkeit tief bewegenden Frage der Atomgefahren Stellung zu nehmen. Er hält es für dringend notwendig, die widerspruchsvollen Verlautbarungen über die Gefahren radioaktiver Verseuchung sowohl bei der Erprobung nuklearer Waffen wie auch bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie einer unverzüglichen, von den besten Wissenschaftlern der Welt vorzunehmenden Klärung zuzuführen."

Auch dieser Text läßt einige Fragen offen. Waren sich die Verfasser der Entschließung bewußt, daß eine wissenschaftlich fundierte Klärung der widersprechenden Behauptungen über die Gefahren von Atomwaffenversuchen für die menschliche Erbgesundheit erst im Laufe von Generationen möglich ist, daß also in diesem Bezug die Forderung nach „unverzüglicher" Klärung kaum mehr als deklamatorische Bedeutung hat? Ist durch die vorliegende Entschließung der Verantwortung der Ärzteschaft für die Erbgesundheit, einen wesentlichen Bestandteil der Volksgesundheit, Genüge getan? Kann und darf die Ärzteschaft mit einer eindeutigen Stellungnahme gegen Erbschäden verursachende Atomwaffenversuche warten, bis endgültige Klarheit über den Umfang der zu erwartenden Erbschäden geschaffen ist? Kann es rein ärztliche Gründe für eine abwartende Haltung gegenüber den Atomwaffenversuchen geben? Wenn nein, haben Grundforderungen ärztlicher Ethik hinter irgendwelche politische Erwägungen zurückzutreten?

Diese Fragen sollen hier nur gestellt und jedem verantwortungsbewußten Arzt zur eigenen Beantwortung anheimgegeben werden.

Diejenigen Wissenschaftler, die — um einer der atomaren „Verteidigung" abträglichen „Panik" entgegenzuwirken — sich „berufen" fühlen, die Atomwaffenversuche zu verharmlosen, und sich daher um den Nachweis bemühen, daß die dadurch bedingten Erbschäden wegen ihres geringen Umfanges „tragbar" seien, pflegen in mehr oder weniger geschickter Art mit Hinweisen darauf zu operieren, daß auch durch natürliche und medizinische Bestrahlung Erbschäden hervorgerufen werden können.

So wird etwa daran erinnert, daß die Stärke der natürlichen radioaktiven Strahlung aus dem Kosmos mit zunehmender Höhe über dem Meeresspiegel und ebenso mit der geographischen Breite wächst und daß die künstliche Erhöhung der Radioaktivität durch Bombenversuche bisher im Durchschnitt etwa den gleichen Betrag ausmache, um welchen die kosmische Strahlung wächst, wenn man nur 80 m höher steigt. Wenn man aber beispielsweise bei den Bewohnern der Anden keine vermehrten Degenerationserscheinungen bemerken könne, so müsse auch die geringfügige künstliche Erhöhung der Radioaktivität durch Bombenversuche praktisch bedeutungslos sein. Verschwiegen wird hierbei mindestens dreierlei. Erstens ver-

teilt sich der durch Bombenversuche bedingte radioaktive Staubfall keinesfalls gleichmäßig im Sinne der üblichen Durchschnittsrechnungen. Zweitens handelt es sich bei der kosmischen Strahlung um eine äußere Bestrahlung, die nur die durchdringende Gammastrahlung wirksam werden läßt, während mit dem radioaktiven Staubfall feinste Teilchen strahlender Substanzen auf verschiedenen Wegen in den Körper gelangen und diesen von innen bestrahlen. Hierbei werden bereits geringere Strahlungsenergien, und zwar nicht nur Gamma-, sondern auch Alpha- und Beta-Strahlen wirksam, die zudem dichtere Zellschäden setzen als Gamma-Strahlen. Drittens besitzt der lebende Organismus eine Speicherfähigkeit für strahlende Substanzen, so daß selbst geringste Spuren langlebiger radioaktiver Stoffe sich im Laufe von Jahren im Körper anreichern und in ihrer Wirkung summieren können.

Auf der anderen Seite wird geltend gemacht, daß in technisch hochentwickelten Ländern die medizinische Anwendung von Röntgenstrahlen eine weit höhere durchschnittliche Strahlenbelastung bedingt, als dies bisher durch Atombombenversuche geschieht. Auch hierbei wird der grundlegende Unterschied zwischen äußerer und innerer Bestrahlung unterschlagen. Außerdem fällt es der Medizin nicht schwer, nachzuweisen, daß auf Grund der bitteren Erfahrungen aus der Frühzeit der Röntgenologie ein wirksames System von Schutzmaßnahmen entwickelt ist und ständig weiter ausgebaut wird. Dies betont ja auch der angezogene Artikel aus dem Deutschen Gesundheitsmagazin.

Es gibt allerdings Nichtärzte, die sich nicht darauf beschränken, von der höheren Strahlenbelastung durch die Medizin zu sprechen, sondern die Röntgenologie auch auf umfangreiche Strahlenschädigungen festnageln möchten. So spricht z. B. der Physiker Pascual Jordan in seinem berüchtigt gewordenen Buch „Der gescheiterte Aufstand" auf S. 175 von der zunehmenden Strahlenbelastung der Menschheit durch die industrielle Verwendung von radioaktiven Isotopen und fährt fort: „...ganz abgesehen von den vorerst noch viel größeren, erst jetzt allmählich bekannt werdenden Schädigungen durch medizinische Röntgenstrahlen...". Sind derartige Äußerungen unter die „leichtfertigen Behauptungen" zu rechnen, von denen auf dem Frankfurter Kongreß die Rede war? Dann wäre es allerdings sehr verwunderlich, daß ausgerechnet dem gleichen Pascual Jordan in dem gleichen Januarheft des Deutschen Gesundheitsmagazins das Wort zu einem Artikel erteilt wurde! Doch davon wird noch zu reden sein.

Bei dieser Gelegenheit erscheint eine grundsätzliche Frage angebracht. Hat es die Ärzteschaft tatsächlich nötig, sich gegen den Vorwurf bzw. Hinweis zu verteidigen, daß die medizinische Strahlenanwendung Erbgefahren einschließt, vor allem dann, wenn dieses Argument von Interessenten an Atomexplosionsversuchen geäußert wird? Durch diese Fragestellung soll jedoch nicht der höchst unerfreuliche und die Sachlage komplizierende Umstand einbezogen werden, daß das Problem der Strahlenschädigung gewissermaßen im Schnittpunkt der Interessen zweier industrieller Gruppen liegt, nämlich der Atomenergiewirtschaft und der Hersteller von Röntgengerät. Hier hineinzuleuchten, würde sorgfältiges Sammeln von Material voraussetzen. Betont sei vielmehr, daß eine unabhängige Ärzteschaft jedenfalls allen Grund hat, sich in dieser Sache nicht in eine Verteidigungsposition drängen zu lassen, sondern gegen die Atombombenexperimentatoren zum Angriff überzugehen. Was bedeutet es denn, wenn ein Mitglied der amerikanischen Atomenergiekommission, Prof. W. Libby, erklärt, daß im Hinblick auf den „außerordentlichen Wert" (the extreme value) des Atombombenversuchsprogramms die dadurch bedingten, statistisch nicht demonstrablen Erbschäden „tragbar" (tolerable) wären?

Tragbar für wen? Etwa für die unglücklichen Opfer inner- und außerhalb der USA? Und worin soll dieser Wert bestehen? Wir wissen heute, sogar aus dem Munde eines so anerkannten Militärtheoretikers wie Liddell Hart, daß es bei dem beiderseitigen Rüstungsstand eine Verteidigung mit Atomwaffen nicht mehr gibt, sondern nur noch Selbstmord (vgl. FAZ, Nr. 278/1957). Damit entfällt der letzte fadenscheinige Vorwand dafür, daß durch Fortsetzung der Versuche und damit des irrsinnigen atomaren Wettrüstens weiterhin die Erbgesundheit unbeteiligter Völker, wie etwa der Japaner, gefährdet wird. Natürlich ist es ebenso verwerflich, wenn Atomstrategen und Politiker ihre eigenen Völker propagandistisch so verdummen, daß sich diese den Atomwaffenskandal aus blinder Angst vor der Gegenseite mit allen Folgen für die eigene Volksgesundheit gefallen lassen. Eine Ärzteschaft aber, die — als ein Ganzes gesehen und zu den „Wissenden" gehörend — das hinnimmt, wird ihrem zeitlosen Auftrag nicht gerecht.

An dieser Sachlage ändert auch der Hinweis auf die angebliche, wissenschaftlich keineswegs gesicherte Geringfügigkeit der Erbgefahren durch Atomwaffenversuche nichts. Dafür sprechen zunächst ganz nüchterne sachliche Gründe. Bei dem heutigen Stand der Strahlengenetik können wir nichts Klügeres tun, als die mutagenen Faktoren auf einem Tiefstand halten; denn es wäre Unvernunft, die natürliche Mutationsrate heraufzusetzen und dadurch das genetische Gleichgewicht, das sich in Jahrtausenden eingespielt hat, zu stören (Westergaard).

Zum besseren Verständnis muß bei diesem wichtigen Punkt einen Augenblick verweilt werden. Während Körperschädigungen durch Atomstrahlung einer ärztlichen Behandlung zugänglich sind, gilt von den Erbschäden — gleich, welcher Ursache —, daß sie irreparabel und ärztlich nicht beeinflußbar sind. Sie können nur durch Ausmerzung infolge Lebensuntüchtigkeit ihrer Träger aus der Erbmasse einer Bevölkerungsgruppe wieder verschwinden. Dieser Selektionsvorgang kann zeitlich nach den Ergebnissen der Erbforschung etwa 30—40 Generationen, beim Menschen also rund 1000 Jahre umfassen. Die Selektion wirkt der Mutation, der Erbänderung entgegen. Seit undenklichen Zeiten werden durch die eingangs zitierte natürliche Radioaktivität und andere Ursachen Erbänderungen hervorgerufen, die man — statistisch erfaßt — als „natürliche Mutationsrate" bezeichnet. Durch die Selektion wird im allgemeinen die natürliche Mutationsrate auf einem konstanten Wert gehalten. Beide Vorgänge befinden sich also normalerweise im Gleichgewicht. Man nennt das „genetisches Gleichgewicht" oder „Gen-Balance".

Der medizinischen Wissenschaft bereitet nun große Sorge, daß dieses genetische Gleichgewicht in doppelter Weise bedroht ist, einmal durch wachsende Zivilisationsschäden, die nicht nur die Anfälligkeit für Krankheiten, sondern auch die Erbschäden vermehren, und zweitens durch die Erfolge der Individualmedizin, die vielfach auch lebensuntüchtige Menschen am Leben zu erhalten vermag, also den Selektionsvorgang einschränkt. Es ist daher nur zu begreiflich, daß verantwortungsbewußte Genetiker jeder weiteren Erhöhung der Mutationsrate durch unkontrollierbare Atomexplosionen warnend und beschwörend entgegentreten. Geradezu grotesk aber wirkt es, wenn Pascual Jordan in seinem oben erwähnten Buch auf S. 176 meint betonen zu sollen, daß die Medizin auch ohne Entdeckung der Radioaktivität sich „sowieso" mit den selektionshemmenden Folgen ihrer Bemühungen um den Einzelmenschen auseinanderzusetzen habe. Auf dem gleichen Niveau bewegt sich die Art, wie Jordan sich auf S. 174/175 mit der unleugbaren Tatsache befaßt, daß das bei Atomexplosionen freigesetzte langlebige Strontium 90 Knochentumoren verursachen kann. Dazu bemerkt er schlicht: „Aber welches Maß an Phantasielosigkeit gehört dazu, zu glauben, daß beginnende Knochentumoren auch in

30 Jahren noch eine ernste Erkrankung wären." Man kann dieses deutliche Bestreben, die Last aus den Sünden der Atomtechnik schon jetzt der Medizin aufzubürden, kaum anders denn als Unverfrorenheit bezeichnen. Hier hätte die Ärzteschaft ein deutliches Wort zu reden und dabei auf die unverminderte Gültigkeit des alten, ehrlichen Grundsatzes hinzuweisen, daß vorbeugen besser als heilen ist.

Zu den angeführten medizinischen Argumenten kommt ein ausschlaggebendes Moment anderer Art hinzu. Man hat sich daran gewöhnt, das Problem der Erbschädigung durch Explosionsversuche unter rein quantitativen Gesichtspunkten zu betrachten. Man bemüht sich, in Zeitungsartikeln und Vorträgen klarzumachen, wie gering — statistisch gesehen — die Möglichkeit sei, daß etwa im Rahmen einer begrenzten Bevölkerungsgruppe jemand in absehbarer Zeit ein durch Bombenversuche erbgeschädigtes Kind bekommen könne. Den also Angesprochenen wird auf diese Weise der Blick dafür verstellt, daß das ganze Problem eine überaus ernstzunehmende moralische Seite hat. Erbschädigung bedeutet ja nicht nur Schwächung bestimmter Körpergewebe und -funktionen, sondern auch Lebensunfähigkeit oder Unfruchtbarkeit, also Totgeburten oder Geburtenausfall. Soweit es sich hierbei um Folgen von Atomwaffenversuchen handelt, wurde dieser Tatbestand mit vollem Recht als „Mord an Unbekannt" bezeichnet (Hedwig Born). Außer dem eben gekennzeichneten „Erbmord" fällt hierunter die besonders von Linus Pauling betonte Feststellung, daß die bisherigen Versuchsexplosionen den vorzeitigen Tod einer großen Anzahl von Menschen infolge von Knochenkrebs, Leukämie usw. zur Folge haben werden. So gesehen, sind die Bemühungen, die künstliche Erhöhung der natürlichen Mutationsrate durch Atomwaffenversuche als zahlenmäßig unbedeutend hinzustellen, nichts anderes als der Versuch eines Nachweises, daß kein Erbmassenmord, sondern „nur" Erbmord vorliegt. Daß dies den allerwenigsten zum Bewußtsein kommt, liegt daran, daß unsere „moralische Phantasie" kläglich hinter der technischen Entwicklung der Zerstörungsmöglichkeiten zurückgeblieben ist (Günther Anders).

Diese moralische Phantasielosigkeit kennzeichnet auch das als Postwurfsendung an alle Ärzte verbreitete Wahlpamphlet von Pascual Jordan „Wir müssen den Frieden retten". Die Ärzteschaft hätte Veranlassung, sich dagegen zu verwahren, daß der Physiker Jordan sich in diesem Pamphlet auf das Gebiet der Strahlengenetik mit Behauptungen gewagt hat, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt sind. Nach den bereits gemachten Ausführungen lohnt es sich nicht mehr, auf diese Behauptungen einzugehen, zumal Jordan bereits von ärztlicher Seite (Dr. Sanides) in einem offenen Brief eine verdiente Abfuhr erhielt. Mit um so größerem Unbehagen bemerkt man in dem Januarheft des Deutschen Gesundheitsmagazins einen Artikel von Jordan mit dem Titel „Der einsame Mensch im unendlichen Weltraum". Die Grundgedanken dieses Artikels gehören nicht zu unserem Thema. Zwei Punkte erscheinen jedoch hier der Beachtung wert.

Jordan schreibt: „Heute sind wir längst von der Nutzbarmachung von Naturkräften fortgeschritten zu einer Überwältigung und Unterwerfung der Natur." Dies ist aber nur die eine Seite eines Vorgangs, der sich zu einer tödlichen Bedrohung für die gesamte Menschheit ausgewachsen hat. Der moderne Mensch hat technische Gebilde aus sich herausgesetzt, denen er physisch und psychisch nicht mehr gewachsen ist. Die Entfesselung der Atomenergie droht ganz offensichtlich u n s zu überwältigen, und die heutige atomare Anpassungskrise stellt uns weniger die Frage, was wir mit der Technik machen, als vielmehr die andere, was die Technik aus uns gemacht hat und noch machen wird, wenn wir die uns entlaufenen Geräte nicht seelisch wieder einholen (Günther Anders). Wer wird siegen — eine mit der Herausforderung wachsende menschliche Vernunft oder der Atomwahn?

Nun meint Jordan weiter, „daß sich Europa in einem Vorgang der Rechristianisierung befindet". Hier scheint eine Verwechslung vorzuliegen. Zweifellos haben Macht, äußerer Einfluß und Betriebsamkeit der christlichen Kirchen in gewissen Bezirken Europas zugenommen. Weit weniger besteht der Eindruck, daß hinter dieser Fassade der Wesensgehalt des Christentums, die Nachfolge Christi, an überindividueller Bedeutung gewonnen habe. Die weltbedrohende Schmach atomarer Gewaltpolitik und Strategie, ihre Unvernunft, Unsittlichkeit und Unmenschlichkeit, von Amerika eingeleitet, von Europa hingenommen und trotz offenbar gewordener Absurdität beibehalten, spricht für eine Verleugnung Christi gerade da, wo es sich am Verhängnisvollsten auswirken muß. Das demonstrative und dekorative Gebet, mit dem die letzte Nato-Tagung in Paris abgeschlossen wurde, läßt leider den Schluß zu, daß man auch im offiziellen Europa noch nicht über die „christliche" Auffassung von Truman hinausgelangt ist, daß die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki in Übereinstimmung mit dem Willen und den Plänen Gottes erfolgt seien. Sagen wir es einmal ganz deutlich: Diese frömmelnden Atombombenchristen erregen Übelkeit.

Wie wenig Jordan selbst von einem Rechristianisierungsprozeß erfaßt ist, sei an der Verworrenheit aufgezeigt, mit der er das Übervölkerungsproblem behandelt. Übervölkerung bedeutet — auf eine äußerst knappe globale Form gebracht —, daß die Erdbevölkerung schneller wächst als die Weltnahrungsmittelproduktion. In einem Kapitel seines mehrfach erwähnten Buches leistet sich Jordan den Scherz, das Vorhandensein dieses Problems glatt in Abrede zu stellen, weil es theoretisch unbegrenzte Zukunftsmöglichkeiten technischer Nahrungsgewinnung gibt. Daß trotz dieser Möglichkeiten bereits zwei Drittel aller Menschen hungern, übersieht er großzügig. In einem späteren Kapitel holt Jordan jedoch dieses von ihm verleugnete Übervölkerungsproblem wieder hervor und stellt es der lebensvernichtenden Wirkung erb- und körperschädigender Strahlung gegenüber, um dann hinzuzufügen: „ . . . in der Realität ist es so, daß sich oft zwei unlösbar scheinende Probleme wechselseitig zur Auflösung bringen."

Der aus dieser Überlegung sprechende Zynismus ist einfach nicht zu überbieten. Jordan fühlt offenbar gar nicht, daß es sich hier nicht um zwei gegenläufige physikalische Prozesse handelt, sondern um geschichtliche Abläufe, die mit menschlicher Schuld und Verantwortung beladen sind. Es geht also nicht um naturgegebene, sondern um von Menschen gemachte „Realität". Weltweiten Hunger und Strahlentod gewissermaßen geschehen zu lassen und darin eine „wechselseitige Auflösung" zu erblicken, das ist nackte Amoral und Barbarei, die von echtem Christentum keinen Hauch verspürt hat. Strahlenmord als Mittel gegen Hunger ist ein Ausfluß pervertierten Denkens.

Damit nähern wir uns dem Gebiet der Psychiatrie und Tiefenpsychologie, die Wichtiges beizusteuern haben, wenn von Atomwaffen die Rede ist. Was bedeutet es, wenn die Großmächte über die Hälfte ihres Steueraufkommens für die Herstellung von flächendeckenden Massenvernichtungsmitteln verwenden, die bei ihrer Anwendung nicht nur ungezählte Millionen von Menschen auslöschen, sondern auch die Erdatmosphäre auf Jahre und Jahrzehnte hinaus vergiften und den Boden in eine Schlackenwüste verwandeln werden? Da eine solche Weltkatastrophe nicht nur den Gegner ausrotten, sondern auch den sicheren eigenen Untergang zur Folge haben wird, ist ein Atomkrieg zugleich Verbrechen und Wahnsinn. Nur ein Geisteskranker wütet gegen sich selbst. Darum muß auch der Psychiater allein schon die Herstellung immer furchtbarerer Atomwaffen, die systematisch den eigenen Untergang vorbereitet, als Massenwahnsinn bezeichnen (Weilgart).

Da der Gebrauch von Atomwaffen unter gar keinen Umständen ein Mittel zur Selbsterhaltung ist, wird auch der von Urzeiten her im Menschen entwickelte Aggressionstrieb, der bisher der Selbsterhaltung diente, jedes biologischen Sinnes entkleidet, wenn er Atomwaffen benutzt. Aggressivität wird im Atomzeitalter zum Wahnsinn. Lebenserhaltend wirkt einzig der Verzicht auf Aggressionen, der Durchbruch zur Gewaltlosigkeit.

Aber nicht nur der Aggressionstrieb verliert im Atomzeitalter seinen normalen Sinn, wie Prof. Wolf Weilgart nachweist, sondern auch andere Urtriebe. Der in der Entwicklung der Tierreihe verhältnismäßig spät auftretende Elterntrieb ist dadurch bemerkenswert, daß sich hierbei die Stärkeren, die Eltern, von den schwachen und hilflosen Kindern freiwillig aussaugen und ausbeuten lassen. Zu einer seltsamen Verkehrung dieses biologisch sinnvollen Verhältnisses ist es im modernen Staat gekommen. Früher wurde der Stärkste und Tapferste Herzog und Führer, der sich im Kampf für die Gemeinschaft in vorderster Linie einsetzte und aufopferte. Heute ordnet man sich auch noch den „Stärksten und Tapfersten" unter, aber — sagt Weilgart — ihre Stärke besteht darin, daß sie mit stolzem Gebrüll den Atomfeind herausfordern, und ihre Tapferkeit besteht darin, daß sie sich in einen möglichst atomsicheren Bunker begeben, um ihren Regierungsgeschäften zu obliegen, während die Söhne des Vaterlandes für sie sterben müssen, ja, nicht nur diese, sondern Frauen und unmündige Kinder gleicherweise. Hier wird der biologische Unsinn klar: Wenn sich alle Eltern für ihre Kinder hinopfern würden, so würde doch die Gattung weiterleben, wenn sich aber alle Kinder für die Eltern, alle Söhne für die Väter opferten und — so sei hinzugefügt — sogar die Ungeborenen dem Erbmord verfielen, dann müßte die Gattung aussterben.

Nun kann man billigerweise von den modernen Staatsmännern nicht mehr erwarten und verlangen, daß sie selbst kämpfen sollten. Wohl aber müßten sie Weisheit und Güte besitzen. Ärztlich gesprochen, müßten sie geistig und moralisch gesund sein. Begnügen wir uns damit, dies im Konjunktiv gesagt zu haben.

Es war nicht die Absicht, das Thema „Ärzteschaft und Atomgefahr" erschöpfend zu behandeln. Wichtige Fragen, wie etwa die des Luftschutzes, des Atomreaktorbetriebs usw. blieben unerörtert. Die vorstehenden Ausführungen möchten dazu beitragen, daß die Ärzteschaft sich nicht von unseren 18 Atomphysikern beschämen läßt, deren mutiges Manifest jeden Wissenden zu Dank und Nacheiferung verpflichtet. Möchte sich auch die Ärzteschaft in größerer Geschlossenheit in eine internationale Phalanx geistiger Menschen einreihen, die sich durch die Größe der Gefahr angerufen fühlen, ihre besten Kräfte daranzusetzen, daß der Atomwahn überwunden wird.

Manfred Pahl-Rugenstein

Von der Feigheit des Rüstens und dem Mut zur Entspannung

Die Emanzipation der Macht

Wir erkunden in unserem Jahrhundert auf eine faszinierende Weise die Naturgesetze und dringen dabei Schritt um Schritt weiter ein in die Geheimnisse des Mikrokosmos und in die Wunder des Alls. Aber die Gesetze unseres eigenen gesellschaftlich-politischen Zusammenlebens auf der guten alten Erde scheinen uns unergründlich zu sein. „Die heutige psychologische Situation der Menschheit läßt sich mit dem Begriff ‚Logik des Wahnsinns' umschreiben ... Alles ist logisch. Wenn man die Prämissen zugibt, so kann man gar nicht anders folgern. Der Wahnsinn der Konsequenzen aber sollte uns den Wahnsinn der Prämissen klarmachen" (Weizsäcker). Demgegenüber steht das Gleichnis der Natur mit ihrer Infrastruktur der Quanten, dem Status quo von Masse und Energie. Unsere politische Antiquiertheit hat uns dazu verführt, die unserer Zeit sich öffnenden neuen Relationen für den Menschen in ihrer Ganzheitskonsequenz mißzuverstehen. Sie hat uns dazu verführt, diesen Relationen mit alten Denkbildern zu begegnen. Aus solchem Mißverständnis ist die totale Gefährlichkeit unserer Zeit entstanden. Wir haben übersehen, daß die immense Anhäufung äußerster Vernichtungswaffen in sich Konsequenzen auslöst, die Kontrolle des Menschen über die Macht entgleiten läßt. Diese Erkenntnis haben wir vernachlässigt. Die Waffen, die wir riefen, werden wir nun, ach, nicht los! Er scheint als seien wir Lehrlinge unserer Rüstungs-Taten, die das Zauberwort der Bändigung vergessen haben. Wir werden es auch niemals finden, solange wir nur auf diese Waffen starren, statt eine neue Ordnung, ausgehend von den vorhandenen Tatsachen, mutig und mit klarem Willen zu erarbeiten. Nicht die Rüstungen sind als Voraussetzung für politische Lösungen notwendig, sondern weil wir keine politischen Lösungen haben, klammern wir uns an die Rüstungen. Wenn wir zudem den Glauben haben, unser Besitz an diesen Waffen sei exklusiv und ohne jeden Zufalls-Eingriff unserer Entscheidung unterworfen, so träumen wir einen gefährlichen Traum. Die Emanzipation der Macht schreitet voran. Two and two make four, gun and gun make war! (Engl. Volksmund). Es ist an der Zeit, daß wir aus unserem A-B-C-Schützentum herauskommen. Blick nur einmal in den Spiegel unserer Zeit, „und Dir ist zu Unmute, daß Du in den Spiegel spucken möchtest" (Alfred Polgar).

Die Unsicherheit durch Waffen

Die Jahrhunderte, in denen die Waffenarsenale und die Bereithaltung von Heeren Sicherheit verhießen — von Eroberungssüchten ganz zu schweigen — sind vorüber. Weizsäcker: „Die Prämisse, die sich heute als wahnsinnig enthüllt, obwohl sie es noch vor hundert Jahren und vor zwanzig Jahren nicht war, ist die Prämisse, man könnte im alten Sinne Krieg führen. Sie war vor zwanzig Jahren nicht wahnsinnig. Solange die Menschheit nicht imstande war, sich durch Kriege auszurotten, war zwar das Kriegführen etwas Entsetzliches, aber etwas sehr Mögliches." Heute hat allein das „Gleichgewicht des Schreckens", der Besitz von Waffen, die man nicht anwenden kann, ohne sich selbst umzubringen, es verhindert, daß aus den wachsenden Spannungen nach 1945 ein dritter Weltkrieg entstanden ist. Zugleich aber hat diese paritätische Atomwaffen-Situation eine politische Entspannung und friedliche Ordnung geradezu vereitelt. Diese politische Entspannung aber ist die uns gestellte reale Aufgabe.

„Seit der Entwicklung, seit der Produktion und vor allen Dingen seit der zunehmenden, man kann beinahe sagen, Fließbandproduktion nuklearer Waffen, sowohl Kernspaltungswaffen wie Kernverschmelzungswaffen, gibt es im technischen Sinne des Wortes überhaupt keine Sicherheit mehr. Sicherheit ist heute nicht mehr allein durch technische Vorkehrungen, sondern nur mehr im politischen Bereich zu gewinnen." So Bundesminister Strauß am 23. Januar 1958 im Bundestag.

Von Brentano: „Wir sind daher entschlossen, der militärischen Verteidigungsstärke der Nato die wirksamste Form zu geben und damit den jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiete der Waffentechnik Rechnung zu tragen."

Als der Außenminister diese militärischen Sätze der Regierungserklärung am 23. Januar verlas, hatte allerdings der Verteidigungsminister seine sehr zutreffende politische Erkenntnis noch nicht verlautbart. Sie ist gewußt oder ungewußt eine Antwort. Allerdings muß dem Außenminister zugute gehalten werden, daß er sehr beeindruckt war, von einem neuerdings sehr beliebten Brauch in der Diplomatie, der Usance des Briefwechsels. Er verlas: „Man muß den Eindruck gewinnen, daß die technische Entwicklung der jüngsten Zeit die Sowjetunion dazu verführt hat, an Stelle einer Politik echter Entspannung eine Politik der massiven Einschüchterung zu setzen. Nur so kann man auch die zahlreichen Vorschläge interpretieren, die die Sowjetunion unterbreitet hat." Das ist eine klare Sprache. Summa summarum. Wie ein Monogramm auf einer Zigarette. Aber wird solche Behandlung der sehr ernsten eigenen Sache gerecht, die wir heute in der Welt zu vertreten haben? Darf ein Politiker heute glauben, daß die Probleme in seinem Aktenvorrat durch einen Vorrat an militärischer Verteidigungsstärke „in der wirksamsten Form" der Lösung näher kommen, es sei denn der Auflösung ins Nichts im Konfliktfall?!

Offensichtlich fehlt vielen entscheidenden Politikern heute der Wirklichkeitssinn für den realen Unwert unserer Waffen, für die explosive Atmosphäre, die sie schaffen, für die Selbstgefährdung, die sie bedeuten. Lassen wir es einmal dahingestellt, ob die diesbezüglichen Darlegungen in den Sowjetnoten, daß atomarer Waffenlager und Raketen-Basen die ersten Schläge eines Gegners auf sich ziehen, eine Drohung sein sollen. Die Tatsache selbst ist eine militärische Binsenweisheit. Wir haben uns nicht deshalb damit zu beschäftigen, weil Bulganin oder Chruschtschew sie ausgesprochen haben, sondern weil sie in unsere eigenen Überlegungen hineingehört. Und muß sich nicht besonders die CDU/SCU-Fraktion mit dieser Frage beschäftigen, die in Baron Manteuffel-Szoege so etwas wie einen zu seinem Leidwesen verhinderten Atombombenwerfer besitzt. „Ich bin fest überzeugt", sagte er im Bundestag, „daß innerhalb der evangelischen Christenheit genau so wie in der katholischen die Menschen um eine richtige Erkenntnis ringen, und bei vielen wird die Erkenntnis dazu führen, daß man auch mit den alten und mit anderen Waffen das Böse bis zum letzten Atemzug bekämpfen muß." Zuruf: „Mit Atomwaffen das Böse ausrotten?" Der Baron: „Ja! Jawohl! Ja! Ich weiß, Sie werden mich damit brandmarken, Sie werden mich damit bekämpfen, und ich bleibe bei dieser inneren Überzeugung." Das Protokoll verzeichnet dazu: Beifall bei den Regierungsparteien. Das ist eine klare Sprache. Summa summarum. Keine politische Lösung, aber eine Warnung darüber, was für unbesonnene Hände, Teufel noch mal, auf diese Waffen warten.

Wir haben alle Ursache, aus dem „psychologischen Schatten der Rüstung" herauszutreten. Dazu gehört Mut und das „Ethos des ersten Schrittes". Dazu gehört das Junktim zwischen Wissen und Gewissen. Es gibt heute nur eine gültige Alternative, der wir gegenübergestellt sind: das nukleare Inferno. Die modernen militärischen Strukturen durchdringen — man könnte von einer Parallele zu den

radioaktiven Strahlen sprechen — die politischen Gesellschaften und zeigen dabei die Tendenz, ihr Gefüge zu dissoziieren. Sie sind zu Schmarotzern geworden, die ihre Wirte aussaugen. Sie sind dabei, die Völker der Erde zu ihren Sklaven zu machen. Dr. Pickering, Leiter eines Labors für Düsenantrieb an einer TH in Kalifornien, zeigte kürzlich auf, in welch erschreckender Schnelle den Menschen die Kontrolle über die Maschinerien des Todes entgleitet. Der „Druckknopfkrieg", den ein Mensch auf Grund von Radar-Beobachtungen auslöst, ist danach bereits veraltet. Elektronen entscheiden jetzt über Leben oder Vernichtung. Wenn die Elektronengehirne mit ihren Radarfernfühlern ein im Raum fliegendes Objekt erfaßt haben, entscheiden sie blitzschnell, ob es sich um ein Meteor, einen freundlichen Satelliten oder eine feindliche Fernrakete handelt. Im letzteren Fall setzt der elektronische Logismus der Maschine ein kompliziertes Meldenetz in Bewegung, über das Alarm gegeben und zugleich die Zielrichtung der abschußbereiten Anti-Raketen und ihr Abflug gesteuert wird. Die Zeit für eine menschliche Überlegung und Nachprüfung ist nicht mehr vorhanden. Das Versagen einer Vacuumröhre oder einiger Transitoren in irgendeinem Land könnte das Schicksal unserer Zivilisation, unserer aller Leben bestimmen. Und was wäre, wenn auch nur ein Soldat oder Offizier in einer Schlüsselposition nervlich versagt oder Haßgefühlen freien Lauf läßt? Gibt es Generale, die heute noch gut schlafen können? Wenn ja, um so schlimmer für uns!

Doch versuchen wir nicht, den Generalen ins Gewissen zu reden. Ihre Einwände gegen die Abrüstung und für die Aufrüstung kommen aus der Sicht von „Fachleuten", die ihre Konstruktionen sehen und sie verbessern wollen. Verlangen wir nicht von den Militärs „schlechte" Arbeit, sondern von den Politikern ehrliche und mutige Taten, die den Eifer der Generale überflüssig machen. „Das oft zitierte Wort des großen Clausewitz, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, ist in seinem inneren Sinn zerborsten, seit es den politisch manipulierbaren Krieg offensichtlich gar nicht mehr gibt: der Krieg wird durch die ihm heute innewohnende Vernichtungskraft geradezu als Bankrotterklärung der Politik erscheinen müssen."

Die Atomrüstung und das Pathos quo

„Und um was es wohl geht, ist nüchtern sich aus den Fesseln von Schlagworten und Ideologien zu lösen; das ist eine unbehagliche Zumutung für diejenigen, denen die Ideologie etwas wie missionarischer Religionsersatz oder wissenschaftliches Dogma ist, wobei man auf dieser, auf jener Seite das Zeitbedingte sozialökonomischer Leit- und Glaubenssätze zu vergessen pflegt. Das Wort ‚unrealistisch' ist bei Publizisten und Staatsmännern in seltsamer Weise zum Modewort avanciert. Doch garantiert es nicht den Wirklichkeitssinn derer, die es gebrauchen. Denn, ganz natürlich, ihre eigenen Wunschvorstellungen sind nebenbei im Handgepäck der Konferenzen untergebracht."

Diese beiden Zitate über die Sinnlosigkeit des Krieges und das gefährliche Schlagwortdenken sind der Neujahrsansprache 1958 des Bundespräsidenten entnommen. Die „New York Times" brachte sie auf der ersten Seite und verstand kommentierend sehr wohl die mittelbare Kritik darin an den außenpolitischen Methoden von Mr. Dulles und zugleich an der Einstellung und dem Sprachgebrauch des westdeutschen Außenministers.

Eine ganze Pseudo-Terminologie umhüllt unsere politischen Probleme und vernebelt die wahren Aspekte. Sie wird bewußt angewandt. Erst in frühestens zwei bis drei Jahren stünde die Frage der Atomraketen-Basen auf westdeutschem Boden an, hatte die CDU vor der Wahl erklärt. Ganz besonders machte der Bundeskanzler

den Versuch, diese Frage aus dem Wahlkampf auszuklammern, und er bezeichnete es als ein unfaires, demagogisches und vergiftendes Manöver, sie überhaupt hineinzuspielen. Im Gegensatz hierzu berufen sich die Starredner der CDU im Bundestag und im Lande beim Verfolg ihrer Atomwaffenpläne „auf die eindeutige Entscheidung des deutschen Volkes vom 15. September 1957, an die die Partei sich gebunden fühle und der sie sich verpflichtet halte." Bei dieser Wahl hatten viele Millionen D-Mark diese Partei gewählt, und mit dieser Wahlhilfe war es möglich, auch im letzten Dorf mit Lautsprechern, Filmen, Wahl-Illus und Versammlungswellen zu verkünden: Denk an Dein Schuhwerk und die reichliche Textilversorgung! Denk an die Lohntüte und das christliche Abendland! Behalte, was Du hast! Keine Experimente! Was aber denkt der Wähler von den Atomraketen-Experimenten der Bundesregierung und der Koalitionsparteien? Eine kürzlich durchgeführte Meinungsbefragung vom DIVO-Institut in Frankfurt gibt Aufschluß darüber, wie ein Volksentscheid zu den Atomrüstungsplänen ausfallen würde:

72 % sagten Nein zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, nur 13 % Ja.

77 % sagten Nein zur Lagerung von Atombomben und Atommunition in Westdeutschland, nur 11 % Ja.

81 % der Befragten waren gegen die Atomversuchsexplosionen.

Auf der Seite der Bürger steht die Entschließung des Deutschen Städtetages während der Berliner Tagung 1957, stehen die Beschlüsse und Aufrufe der Stadtparlamente, voran Hamburg, Frankfurt und München, sowie die Einsprüche von Länderregierungen und Gemeinden gegen den Bau von Raketenbasen. So protestierte der Darmstädter Oberbürgermeister Engel bei der Landesregierung gegen den Bau von Raketenbasen für „Nike-Raketen" auf einem nahegelegenen Sportplatz durch amerikanische Pioniereinheiten: „Gegen den überfallartigen und das deutsch-amerikanische Freundschaftsverhältnis einer schweren Belastungsprobe aussetzenden Baubeginn erheben wir feierlich Protest" (Die Welt, 31. 7. 57). Der Oberbürgermeister von Nürnberg verteilte vor dem Hauptbahnhof Flugblätter zum Protest gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr. Achtzehn deutsche Frauenverbände, darunter der Deutsche Hausfrauenbund, der Deutsche Ärztinnenbund, der DGB, Hauptabteilung Frauen, katholische, evangelische, jüdische Frauenvereinigungen haben gemeinsam an die Frauen aller Länder als Staatsbürgerinnen appelliert. Der Bundesvorstand des DGB wandte sich in einer Erklärung am 18. April 1957 gegen die „mörderischen Atomwaffenversuche", begrüßte den Aufruf der Göttinger und wendet sich auf Grund einer einstimmig angenommenen Entschließung des Bundeskongresses „gegen die Entwicklung von Atomwaffen jetzt und künftig. Wer die Menschheit auf der ganzen Welt vor der Vernichtung bewahren will, der muß nach Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes im eigenen Land mit der Ablehnung der Atomwaffen beginnen und darüber hinaus alles tun, um auch die Bereitschaft anderer Völker zu einem internationalen Übereinkommen gegen Atomwaffen zu unterstützen." Aber was hat der DGB bis heute getan, um der Forderung seiner Millionen Mitglieder Nachdruck zu verleihen? Glaubt er, daß man mit Lohnkämpfen allein Inseln sozialen Wohlstandes in einer Welt der Unsicherheit schaffen kann? Die öffentliche Meinung, die im Dezember die Haltung der Staatsmänner auf der Pariser Konferenz beeinflußte, muß den politischen Willen des Volkes in seiner ganzen Intensität sichtbar machen.

Die Bundesregierung hat seit den Zeiten des verstorbenen Otto Lenz demoskopische Untersuchungen oftmals ernsthaft in Kalkül gesetzt. Woher nimmt sich die Bundesregierung nun das offensichtlich nicht volksverbundene Recht, die Atomrüstung auf westdeutschem Boden zu betreiben und es abzulehnen, die ernst-

haften Möglichkeiten, diesen fürchterlichen Schritt zu vermeiden, auch nur diplomatisch aufrichtig zu erforschen und zu diskutieren? Hält sie es gar für heroischen Mut, in diesem Fall es besser zu wissen als das souveräne Volk, das man auch gegen seinen Willen zum „Notwendigen" bringen müsse? Wir, das Volk, wollen leben und überleben, mag auch nicht jeder einzelne die besten Mittel und Wege dazu kennen. Aber daß Atomrüstungen neue Gefahren für uns heraufbeschwören, Türen zu Gesprächen zuschlagen und die internationale Situation anspannen und verhärten, daß sie unseren eigenen, unseren deutschen Interessen nicht dienen, das erkennen wir alle. In der Interpretation des Wahlergebnisses als Bevollmächtigung zu atomarer Aufrüstung liegt eine geradezu souveräne Verachtung des durchaus anders entschiedenen Volkswillens, liegt ein äußerst leichtfertiges Umgehen mit der Zukunft, dem Schicksal des deutschen Volkes. „Wer in der Verantwortung steht, wer handeln muß und ein politisches Mandat hat, muß auch nach dem ‚Danach' fragen, das durch sein Handeln provoziert wird" (Professor D. Dr. Helmut Thielecke auf dem CDU-Parteitag in Hamburg 1957).

Die Bundesregierung hat die Macht, zu regieren. Das Mandat des Volkes besitzt sie nur noch dem Buchstaben nach auf Grund einer sicherlich betont emotionellen Entscheidung am 15. September 1957. Die Forderung nach dem Rücktritt des Bundeskanzlers und seines Kabinetts ist im Bundestag in jeder Beziehung zu Recht erhoben worden.

Bei den kommenden Länderwahlen geht es entscheidend nicht etwa um die Innenpolitik der Länder, sondern darum, ob die aus den Länderwahlen hervorgehenden Regierungen die Bonner Rüstungspolitik unterstützen oder ablehnen. Durch ihre Vertreter im Bundesrat*) haben die Länder ein im Grundgesetz verankertes Recht zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Der Zustimmung des Bundesrats bedürfen z. B. alle Gesetze, die in die Organisation und das Verfahren der Landesbehörden eingreifen, Steuergesetze und verfassungsändernde Gesetze. Durch die Länderwahlen haben die Wähler die Möglichkeit, die Entscheidung vom 15. September wirksam zu verändern. Es liegt bei ihnen, ob sie einem wahrscheinlich ertönenden Pathos stupider Schlagworte erliegen oder den echten politischen Sinn der Wahlen erkennen. Machen wir Schluß mit dem Zustand des Pathos quo als Vorwand, sich den wirklichen Aufgaben und ihrer notwendigen Lösung zu versagen.

Die Widersprüche in der Nato

Als am 4. April 1949 in Washington der Nordatlantikpakt unterzeichnet wurde, sah die Welt noch wesentlich anders aus als heute. Damals standen Konferenzen und Gespräche noch unter dem Eindruck der 50 Millionen Toten, der Schrecken und Ruinen des bisher grausamsten aller Kriege. Damals galt der Primat der Politik. Doch schon am 5. Mai 1955, als die Bundesrepublik in die WEU und damit in die Nato eintrat, hatte sich dieses grundlegend geändert. Inzwischen war die Welt in einen Rüstungswettlauf ohnegleichen eingetreten, nicht ohne nachhaltige Mitwirkung der amerikanischen Rüstungsindustrie. Im Sommer 1957 veröffentlichte die amerikanische „Gazette and Daily" eine Artikelserie über die Rüstungsaufträge und deren Einfluß auf die Wirtschaft der USA „bis in alle Ecken und Winkel unseres Wirtschaftssystems hinein". Die großen amerikanischen Konzerne vereinnahmen Milliardengewinne aus dem Rüstungsprogramm. Allein die Firma „General Motors" lieferte in sechs Jahren für fast sieben Milliarden

*) Im Bundesrat haben je fünf Stimmen Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen, je vier Stimmen Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, je drei Stimmen Hamburg und Bremen.

(6 965 000 000) Dollar Rüstungsgüter. Die Zeitung schrieb: „Viele Leute schreckt die Wirkung, die eine plötzliche Einstellung der Rüstungsausgaben auf unsere Wirtschaft haben könnte ... Hunderte von Gesellschaften, die im Besitz besonders großer militärischer Lieferverträge sind, bangen um ihre Profite." Die amerikanische Rüstungsindustrie versorgt nicht nur die eigene Nation mit Waffen; je mehr die Welt militarisiert wird, desto mehr steigert sich auch der so gewinnreiche Waffenexport. Und je mächtiger die Konzerne werden, desto mehr wächst auch ihr Bestreben, mit allen Mitteln die Politik des Kalten Krieges aufrecht zu erhalten. Glauben wir doch nicht, daß die Behauptung von dem unheilvollen Einfluß des Geldes nur „kommunistische Propaganda" ist. Wir selbst haben ernsthafte Ursache, uns mit diesen Dingen in unserer „freien" Welt zu beschäftigen. Zur Freiheit gehört noch immer die Verantwortung aller, die an ihr teilhaben wollen.

War es einer der Gründungsgedanken der Nato, ein ungefähres militärisches Kräftegleichgewicht herzustellen in Europa gegenüber der Sowjetunion, so wurden ab 1953 im Zeichen der atomaren Polarität die Nato-Staaten zum „Schild" des Atomschwertes in der Hand der USA. Beim Nato-Eintritt Westdeutschlands war vorauszusehen, daß die Entwicklung der Fernrakete es den Atommächten bald ermöglichen werden, den Doppelselbstmord von Haus zu Haus zu verüben. Solange die Atomfernrakete noch nicht im Truppeneinsatz ist, haben die Amerikaner ein großes Interesse an ihren militärischen Stützpunkten, und sie behalten es auch in dem Maße, als ihnen die Möglichkeit zusätzlicher dezentralisierter und genau steuerbarer Schläge durch Mittelstreckenraketen strategisch wichtig erscheint. Die Nato-Divisionen spielen im Zusammenhang mit dieser Vorfeld-Bedeutung eine Rolle. Und wenn die Bündnispartner treu rüsten und nach besten Steuerkräften kaufen, ist die persönliche Anwesenheit der Amerikaner eines Tages vielleicht gar nicht mehr erforderlich. „Es kann sehr wohl eine Lage eintreten, daß gerade wenn das Atomrüsten weitergeht, die Amerikaner mit der zunehmenden Entwicklung der interkontinentalen Waffen mit allen Risiken und auch der europäischen Uneinigkeit nicht mehr Wert darauf legen, auf europäischem Boden stehen zu bleiben" (Bundesminister Strauß). Diesen Fall haben nun die Amerikaner bereits von vornherein bei ihren Verträgen mit den Nato-Partnern berücksichtigt. In der Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 wurden von Mr. Dulles als Anlage 2 zu Protokoll gegeben: „Jeder Präsident der Vereinigten Staaten tritt sein Amt mit dem Recht an, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten so einzusetzen, daß seiner Auffassung nach die Interessen der Vereinigten Staaten im Einklang mit den Ratschlägen, die er von seinen militärischen Beratern erhält, am besten gewahrt werden. Daher ist es verfassungsrechtlich nicht möglich, daß die Vereinigten Staaten durch Vertrag, Gesetz oder auf andere Weise eine rechtlich bindende feste Verpflichtung übernehmen, einen im voraus bestimmten Teil der Streitkräfte an irgendeinem bestimmten Ort der Welt für irgendeine bestimmte Frist zu unterhalten ... Herrscht ein Klima der Entzweiung, der Uneinigkeit, erneuter Kriegsdrohungen, der Verewigung des Kreislaufs immer wiederkehrender Kriege, so neigen wir dazu, uns zurückzuziehen." Es ist das gute Recht der USA, primär die eigenen Interessen zu vertreten. Sie haben in der Bundesrepublik und den anderen Militärpaktstaaten „Freunde" gefunden, die bereit sind, über ihre wahren eigenen Interessen hinaus, das amerikanische militärische Interesse zu vertreten, und zwar vertraglich gebunden und unter Verzicht auf souveräne Rechte, wie es sich bei der Unterstellung der Nato-Truppen unter den ausschließlichen Befehl von Saceur zeigt. Die zitierte Londoner Erklärung, in der Mr. Dulles den europäischen Kontinent auch als den gefährlichsten Brandherd der Welt bezeichnet, hat Herr Strauß, wie sein Ausspruch beweist, gelesen. Geht er deshalb mit so verdächtigem Eifer an

den Ausbau des Rüstungsdreieckes Bonn-Paris-Rom heran? Zeigt sich hier erneut, daß unsere Regierung die Flucht in die Rüstung dem Mut zu einer neuen politischen Konzeption vorzieht? Wir können nicht damit rechnen, daß die deutsche Politik in den USA besser gemacht wird, als wir es selbst tun könnten. Die USA werden im am 1. 7. 1958 beginnenden Haushaltsjahr, dessen Etat mit 74,4 Milliarden Dollar der höchste in der Geschichte des Landes ist, mehr als jeden zweiten Dollar (54 %) für die Rüstung ausgeben. Die ganze wissenschaftliche und technische Anstrengung richtet sich darauf, Fernraketenbasen und Anti-Raketen-Systeme zu erstellen. In Detroit warnte zum Jahreswechsel der frühere Verteidigungsminister Wilson die USA in einem Interview davor, eine ebensogroße Schuld wie die Sowjetunion an der Auslösung eines neuen Krieges dadurch auf sich zu laden, daß sie sich eifrig am Wettrüsten beteilige. Einer der führenden Senatoren der den Kongreß beherrschenden Demokratischen Partei der USA, Senator Hubert H. Humphrey, hielt am 4. 2. 58 im Senat eine aufsehenerregende Rede, in der er sich an die Seite Kennans stellte. Er bezeichnet das Abrüstungsprogramm der Regierung als „verurteilt zum Scheitern und zur Lächerlichkeit", sprach sie „schuldig der Unterschätzung der Sowjetunion" und meinte, Amerika müsse die Möglichkeit eines Führungswechsels bei seinen Hauptverbündeten ins Auge fassen. Senator Humphrey erklärte: „Es gibt mächtige politische Kräfte, die bereits einen Rückzug alliierter Truppen aus Deutschland und sowjetischer Truppen aus Osteuropa befürworten. Sollte ein solcher Rückzug vor sich gehen, dann würde Deutschland nicht kommunistisch werden oder auch nur neutral gegenüber dem Kommunismus als einer Ideologie oder eines Machtsystems. Aber ein Rückzug sowjetischer Truppen aus Mitteldeutschland und Polen könnte zu einer politischen Erhebung von bedeutsamem Umfang und von Wichtigkeit für das freie Europa führen." Doch dieses und anderes werden den Pragmatismus der Weltmacht USA nicht sogleich erschüttern, die Militarisierung von Physik, Chemie und Biologie und der Forschung in den Riesenlabors der Industrie nicht aufhalten und das Leben „in der flüssigen demokratischen Gesellschaft einer schwerindustrialisierten Nation" (James B. Conant) nicht sogleich in eine neue Bahn schwingen lassen. Aber eines erweist sich sehr deutlich, nämlich daß die Nato für die USA mehr und mehr zu einem Instrument im weltweiten Vorfeld ihrer nationalen Verteidigung geworden ist und immer weniger zu einem Pakt der Beteiligung am europäischen Risiko.

So verwundert es nicht, wie sich längst abzeichnet, daß auch England seine eigenen militärischen Wege geht. Man erinnere sich an die Tage nach dem Suez-Überfall. Damals schrieb Mr. Dulles seinen Artikel über den „begrenzten Buschfeuerkrieg", und der englische Premier übernahm bei seinem USA-Besuch für sein Land die Rolle des „Atomwächters für den europäischen Kontinent". Doch England ist — auch nach 1945 — Inselmacht geblieben. Es hat kein Interesse daran, seine Haut für deutsche oder französische Interessen auf dem Kontinent zu Markt zu tragen. Die Atomrüstung dient eigenen Zwecken, und die ganze militärische Planung ist auf eigene Ziele eingestellt. So sagte der britische Premier Anfang Februar in Melbourne bei einer Tischrede, den Grundsatz der Interdependence auf den Lippen und den des Desengagements in Gedanken bergend: „Wir haben auch beschlossen, nicht den Versuch zu unternehmen, in den Gewässern um England eine große Flotte zu unterhalten. Großbritannien würde sich in einem europäischen Krieg in den eigenen Gewässern auf die Abwehr der Unterseebootgefahr konzentrieren." Wir erinnern uns in der Bundesrepublik noch sehr gut daran, wie während des Suez-Krieges die britischen „Nato"-Truppen über Nacht wegen „eines überseeischen Notstandes" (ein britischer Vorbehalt in der bereits angeführten Londoner

Schlußakte) aus ihren Standorten verschwanden ohne alle Rücksicht auf die „Solidarität der atlantischen Gemeinschaft". Würde eine Einigung in dem jetzigen Streit um die „Mehrkosten" der Stationierung in der Bundesrepublik nicht zustande kommen, so würde ein weiterer Truppenabzug sich lückenlos in diese Pläne einfügen, genau wie das vorsichtige Eintreten für eine atomwaffenfreie Zone, möglichst in Verbindung mit einer Begrenzung der konventionellen Truppen und Rüstungen, hierher paßt.

Auf dem Kontinent ist Frankreich eifrig dabei, sich zur Atommacht hochzurüsten. Gerade eben hat es sich die technischen Voraussetzungen zur eigenen Plutonium-Produktion geschaffen. Nur wenn eine völlig gleiche Atomwaffenverteilung unter allen Nato-Partnern erfolgt, werde Frankreich auf die Eigenproduktion solcher Waffen verzichten. Andernfalls, sagte Ministerpräsident Gaillard (nach einem Eigenbericht der Welt vom 1. 1. 1958), werde man diese gemeinsam mit Deutschland und Italien produzieren. Auch Frankreich geht es um seine eigenen Ziele — und um seine eigenen Kriege, für die es durch die europäischen Bündnisse, also auch von der Bundesrepublik, Hilfe erhofft. An einer deutschen Wiedervereinigung ist es wenig interessiert. „Jede friedliche Vereinbarung zwischen Ost und West, die die Wiedervereinigung Deutschlands zur Folge hätte, würde den Frieden sofort in größere Gefahr bringen, als wir heute durchmachen ... Ich leugne nicht, daß der Zustand eines zweigeteilten Deutschlands Gefahren für die übrige Welt mit sich bringt. Ich aber zögere nicht sie vorzuziehen", schrieb der katholische Schriftsteller Mauriac, Mitglied der Académie Française, im Januar dieses Jahres. Aber man ist gern bereit, mit diesem gefährlichen Nachbarn zu rüsten und von ihm im Rahmen des 655-Millionen-Dollar-Kredites 100 Millionen Dollar entgegenzunehmen. Gerade eben hat Frankreich in Sakiet Sidi Youssef inhumane Grausamkeiten begangen, Eingeborene, Frauen und Kinder ermordet. Der französische Verteidigungsminister Chaban-Delmas bezeichnete diese Untat als einen „Akt legitimer Verteidigung". Aber es gibt ein anderes Frankreich, das die Gewalttaten verabscheut: Bei der Abreise des tunesischen Botschafters Masmudi aus Paris erschien am 10. Februar eine Gruppe französischer Politiker unter Führung des früheren Ministerpräsidenten Mendès-France demonstrativ vor der tunesischen Botschaft. Masmudi umarmte ihn bei dieser Gelegenheit. In genau umgekehrtem Verhältnis zu der militärischen Rohheit steht die politische Wirkung dieser Bombardements; sie kann zu einer Initialzündung werden, die ganz Nordafrika von Frankreich trennt.

Wir wünschen mit allem Nachdruck, daß in dieser Angelegenheit in der UN nicht nur Diskussionen geführt werden. Die schmutzigen Ereignisse in Nordafrika müssen — im Geiste der Charta von San Francisco — beendet werden; sie sind jetzt keine „innerfranzösische Angelegenheit" mehr, vielmehr kann eine ernste neue Krise daraus entstehen. Man hat es doch jetzt in der Hand, bindende Zusicherungen an die Hergabe des Dollar-Kredites zu stellen. Die Bundesrepublik sollte jedenfalls kompromißlos die Forderung erheben, daß kein einziger dieser Dollars direkt oder indirekt der Finanzierung des Afrika-Krieges zufließt und bindende Zusagen zu seiner Beendigung gemacht werden. Doch Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß es „nicht nur die eigenen, sondern auch die strategischen Interessen Gesamteuropas vertritt". Es braucht die Sahara für seine Atomwaffenpläne und als soeben entdeckte riesige Ölquelle. Es wünscht in Wirklichkeit seinerseits, daß Gesamteuropa Frankreichs Interessen dort unterstützt. Das ist die Wahrheit. In Nordafrika unterhält Frankreich 500 000 Soldaten. Während bis Ende 1958 die Gesamtstärke der französischen Streitmacht von 1 044 000 auf 888 000 herabgesetzt werden soll (im Mutterland von 374 000 auf 295 000, in der Bundesrepublik von 68 000 auf

48 000) ist für Nordafrika keine Reduzierung vorgesehen. Im Zusammenhang mit diesen Plänen will Frankreich Mittelstreckenraketen bauen, die dazu bestimmt sind, in dem vorgestellten schrecklichen Ernstfall durch Europa vorstürmender Sowjetdivisionen diese möglichst auf polnischem, tschechischem, ost- und westdeutschem Boden zu atomisieren. Dabei würde dann die dort lebende Bevölkerung ebenfalls einem „Akt legitimer Verteidigung" zum Opfer fallen. Kann aber das französische Volk sich in der Hoffnung wiegen, in diesem Fall Omega und selbst bei todesverachtendem Beistand der westdeutschen Nato-Truppen zu überleben? Ist seine französische Heimat durch solche militärischen Vorkehrungen geschützt, wird politisch richtig gehandelt? Natürlich wird man sagen, solche Gedanken und Vorstellungen seien abwegig, weil es gerade durch die Verteidigungsbereitschaft aller Staaten der westlichen Welt, durch die Abschreckung, nicht zu einem Angriff komme. Doch die Gefahr der Anhäufung und Zusammenballung von Waffen in diesem Gefahrenherd Europa beachtet man dabei nicht. Wie ein ungeschickt gelagerter Kohlenhaufen könnten sie sich von selbst entzünden. Das eigentliche „Verständnis dieser grauenvollen Probleme beginnt mit der Einsicht, daß die Massenvernichtungswaffe etwas Steriles, Hoffnungsloses ist, das eine zeitlang als eine Art Antwort auf sich selbst dienen kann, als ein zweifelhafter Schild gegen völlige Auslöschung — aber auf keine Weise eine konstruktive, aussichtsreiche Außenpolitik zu fördern vermag ... Ihr selbstmörderischer Charakter macht sie weder geeignet zur Rechtfertigung der Diplomatie noch zur Grundlage einer Allianz" (G. F. Kennan, 4. BBC-Vortrag).

Dänemark und Holland haben die Errichtung von Raketenbasen und Atomwaffenlagern auf ihrem Gebiet abgelehnt. Der Nato-Generalsekretär Spaak, ein Belgier, steht im Gegensatz zum belgischen Ministerpräsidenten und seinem Außenminister, die auf einer Pressekonferenz in Paris „keine Stationierung" sagten. Der Nato-General Norstad hat zugegeben, daß man in Westdeutschland nicht unbedingt Raketen-Basen brauche. Es scheint aber, als sei in einigen Kreisen in Bonn das Verlangen nach Raketenbasen und Lagern atomarer Waffen groß, um damit die USA als Garantiemacht für Westdeutschland auf alle Fälle zu engagieren. Doch geben wir uns darüber keinen Täuschungen hin, daß sowohl Amerika als auch die Nato-Partner zuerst an sich denken, und daß die Entwicklung beweist, daß der reale Boden des Atlantikvertrages brüchig wird und die Voraussetzungen der Partnerschaft für die Bundesrepublik sich gewandelt haben. In der heutigen, allein auf das Militärische ausgerichteten Situation würde die Bundesrepublik im Kriegsfall weit vor den Küsten der USA am Fuße der Pyrenäen verteidigt werden, nachdem sie zuvor in eine leblose Atomwüste verwandelt worden wäre. Selbst wenn die USA bereit wäre, Selbstmord für die Bundesrepublik zu begehen, könnte sie dieses Schicksal nicht verhindern.

Das Ausscheiden aus dem Nato-Vertrag ist erst nach zwanzigjähriger Geltungsdauer des Vertrages möglich (Artikel 13). Jedoch wird im nächsten Jahr der Artikel 12 des Vertrages wirksam: „Nach zehnjähriger Geltungsdauer des Vertrages oder zu jedem späteren Zeitpunkt werden die Vertragspartner auf Verlangen eines der Partner miteinander beraten, um den Vertrag unter Berücksichtigung der Umstände zu überprüfen, die dann den Frieden und die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets berühren, zu denen auch die Entwicklung allgemeiner und regionaler Vereinbarungen gehört, die im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit dienen."

Der Weg zu politischen Lösungen

Für Westdeutschland bietet sich in bezug auf die Nato-Mitgliedschaft in diesem Artikel 12 ein legaler Weg an, sich aus den unheilvollen globalen strategischen Planungen herauszulösen. Die Anhäufung auch von Nato-Waffen hat keines der politischen Weltprobleme nach 1945 gelöst. Hier liegen unsere echten Schwierigkeiten. Um die Lösung der politischen Probleme auf politische Weise kommen wir nicht herum, wenn wir überleben wollen. Die Vorschläge von Kennan, Gaitskell und vor allem Rapacki sind hierzu ein Beginn. Deutschland ist seiner Lage nach und seiner Struktur nach ein Brückenland zwischen West und Ost. Es braucht deshalb aufrichtige gute Beziehungen nach beiden Seiten. Es befand sich 1945 in einer von ihm verschuldeten entsetzlichen Lage. Die seit 1950 betriebene Politik der Bundesregierung hat, ob mit oder gegen ihren Willen, die Spaltung verhärtet und dazu beigetragen, den Weltkonflikt zu verschärfen. Eine Abkehr von dieser gefährlichen Haltung ist keineswegs eine fehlerhafte Politik, durch die wir „die Unterstützung der freien Welt verlieren und das tödliche Risiko einer selbstgewählten Isolierung erneut auf uns nehmen" (v. Brentano), sondern bedeutet gerade den Entschluß zu einer deutschen Politik, die die Beziehungen zum Westen und zum Osten pflegt. Dies kann aber nicht geschehen, indem wir auf unserem Boden Raketen und Atomwaffenlager zulassen, indem wir uns mit Raketen ausrüsten, die geeignet sind, atomare Sprengköpfe zu tragen, die wir als taktisch bezeichnen und die von der Gegenseite als strategisch bewertet werden. Dies kann keinesfalls mit jenem Vokabular geschehen, dessen die Regierung Dr. Adenauer sich bedient: Die Sowjets sind unsere Todfeinde (Dr. Adenauer), „die Neuordnung des Ostens" (v. Brentano), „die sowjetischen Lock- und Droh-Aktionen" (Strauß). Kann die eigene Partei, die CDU, noch glauben, daß eine solche eindeutige Festlegung die richtige Ausgangsposition für sicherlich überaus schwierige Verhandlungen ist? Weist nicht gerade das überraschende Vorprellen von Dr. Gerstenmaier und seine Einsicht, daß Gespräche über den politischen und militärischen Status Gesamtdeutschlands erfolgen müssen, bevor wir über einen Friedensvertrag, über Wahlen, über Probleme der Wiedervereinigung überhaupt sprechen können, darauf hin, daß man beginnt, die bisherigen eigenen Methoden und Ansichten als unfruchtbar zu erkennen? Sollten wir nicht z. B. mit den Polen einmal ein direktes Gespräch führen?

Eine globale Lösung, das hat die Erfahrung gezeigt, wird auch die kommende Gipfelkonferenz nicht zustande bringen. „Der Weg zu größerer Sicherheit und besseren Aussichten im internationalen Leben läßt sich nicht mit Riesenschritten zurücklegen. Im Gegenteil: Wenn eine Entspannung zwischen Rußland und dem Westen herbeigeführt werden soll, muß der herrschende Gegensatz in seine Bestandteile zerlegt werden, in eine Reihe von Einzelfragen, und jede dieser Fragen muß für sich auf Grund der Erfahrungen behandelt werden, damit man zu jenen Kompromissen und Ausgleichen gelangt, die dem Weltfrieden am wenigsten schaden können" (Kennan, 2. BBC-Vortrag). Kennan hält es für richtig, durch schrittweise Verhandlungen „eine Hauptquelle militärischer Gefahr nach der anderen auszuschalten, besonders die unhaltbare Situation im heutigen Mittel- und Osteuropa — und einen Zustand in die Wege zu leiten, in dem der politische Wettkampf ohne die ständige Furcht vor einem Weltkrieg ausgetragen werden kann" (6. BBC-Vortrag).

Die Aussichten für die Schaffung einer neutralen Zone, oder doch mindestens atomwaffenfreien Zone, deren konventionelle Rüstungen begrenzt und ausgeglichen sind, erscheinen durchaus günstig, da Ost und West bei vernünftiger Überlegung einsehen, daß die politischen Vorteile überwiegen und die militärischen Interessen gegeneinander abgewogen werden können. Beachtenswert sind in diesem Zusam-

menhang die Äußerungen des Marschalls der Royal Air Force und ehemaligen Chefs des Generalstabes der Luftwaffe, Sir John Slessor. Im „Daily Herald" schreibt er, daß er nichts halte von dem als Schreckmittel an die Wand gespielten „Argument", daß nach dem beiderseitigen Truppenabzug ein Überrennen durch die Sowjets nicht zu einem amerikanischen Gegenschlag führen werde. In diesem für ihn militärisch und politisch unvorstellbaren Fall hält er es für unmöglich, den nuklearen Weltkrieg zu vermeiden, gleichgültig, ob sich in Mitteleuropa nuklear ausgerüstete Streitkräfte befinden oder nicht. Mit 28 nuklear ausgerüsteten Divisionen sind — meint er — ohnehin 150 gleich ausgerüstete sowjetische Divisionen nicht aufzuhalten, und die Gefahr der 500 nuklear ausgerüsteten sowjetischen Unterseeboote ist gleich groß, ob alliierte Divisionen in Westdeutschland stehen oder nicht. In der französischen Nationalversammlung trat der sozialistische Abgeordnete Jules Moch, ehemaliger Verteidigungsminister und Vertreter Frankreichs im Abrüstungsausschuß der UN, für eine ernsthafte Prüfung des Rapacki-Planes ein. Er pflichtete Selwyn Lloyd bei, auch Ungarn einzubeziehen. Er sah Chancen für die deutsche Wiedervereinigung. Es gebe, so sagte Moch eingangs, heute in der Welt keine Zone mehr, die außerhalb der Atomgefahr liege. Alle wichtigen Zentren der Welt seien gleich großen Gefahren ausgesetzt. Es sei nicht mit dem Verzicht auf Atom- und Wasserstoffbomben in einem künftigen Krieg zu rechnen. Aus dieser Sicht müsse man heute die internationalen Probleme betrachten und die Konsequenzen ziehen.

Ein mit so großen Erfahrungen versehener und in unmittelbaren Kontakten geschulter Staatsmann wie Dag Hammerskjöld setzte sich für das diplomatische Gespräch über die atomwaffenfreie Zone ein. Der dänische Ministerpräsident Hansen und norwegische Politiker stimmten einer Prüfung des Rapacki-Planes zu aus dem immer bereiten Verlangen zu neutraler Haltung, wie es trotz der Nato-Zugehörigkeit in der Verbundenheit mit Schweden und Finnland im „Nordischen Rat" lebendig ist. Der österreichische Staatssekretär Dr. Kreisky hat sich eindeutig zur Politik des Friedens und der Entspannung, wie sie sich im Rapacki-Plan abzeichnet, bekannt. Er plädiert dafür, „nicht bei den sehr eng gesteckten Grenzen haltzumachen", sondern weitere Länder einzubeziehen.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die Hereinnahme von Ungarn im Süden eine geschlossene Ost-West-Abgrenzung über Österreich und die Schweiz herstellt. Im Norden würde auch die Hereinnahme von Dänemark zu Schweden und Finnland hin ebenfalls eine geschlossene Fortsetzung gewonnen. Zugleich würde der Sicherheitswert des ganzen Gebietes hierdurch wesentlich gesteigert. Der Rapacki-Plan verlangt nicht, daß die Nato und der Warschauer Pakt aufgelöst werden sollen. Doch sollte die Bundesrepublik den Vorschlag eines Nichtangriffpaktes zwischen den beiden Militärpakten aufgreifen. Wir könnten, indem wir hierfür eintreten, unseren ehrlichen Willen zeigen. Wir haben noch vieles wieder gutzumachen. Für uns in der Bundesrepublik kann die Beschäftigung mit dem Rapacki-Plan und die Mitarbeit an seiner Verwirklichung die Abwendung von der innerlich hohlen und uns keinen Schutz mehr bietenden „Politik der Stärke" sein und die Hinwendung zur Entspannung durch politische Methoden. Dazu gehört auch, daß man in eine neue politische Eröffnungsbilanz die Gegebenheiten in Europa so einsetzt, wie sie sich nach dem Status quo tatsächlich bieten. Es gibt heute zwei deutsche Staaten. Ein Autofahrer, der einen Baum für „nicht existent" erklärt und deshalb gegen ihn fährt, würde die Nachteile seines Fehldenkens bald erfahren. Es gibt den Vorschlag eines Staatenbundes bei gegenseitiger Anerkennung als Vorstufe zur Wiedervereinigung. Ihm kommt, gerade im Rahmen einer entspannten und atomfreien Zone, angesichts der heutigen Weltlage für uns eine sehr reale Bedeutung zu, und

was unsere Demokratie betrifft, so können wir im eigenen Auge manchen Balken finden. Wer die von der UdSSR und auch seitens der DDR gemachten Vorschläge und Bedingungen aufmerksam liest, findet, daß darin neben nicht ohne weiteres aufgreifbaren Gedanken auch reale Ansätze und positive Möglichkeiten liegen. Es liegt an uns, nunmehr weder arrogant zu sein, noch uns in eine politische Defensive treiben zu lassen, der wir dann mit dem starren Prinzip des Rüstens begegnen, sondern in eigener aktiver Bereitschaft diese Probleme zu durchdenken, eine konkrete politische Konzeption zu erarbeiten und sie gleichermaßen vor unseren politischen Freunden wie vor unseren Gegenspielern zu vertreten.

Die Geschichte kennt keine Pausen. Geben wir uns nicht dem Trugschluß hin, sie bestehe aus einer Folge von „historischen Ereignissen", wie etwa: Der erste Weltkrieg fand vom 31. Juli 1914 bis zum 8. November 1918 statt. Jeder Tag trägt durch unsere Handlungen und Verhaltensweisen ebenso wie durch unsere Unterlassungen dazu bei, jene Konstellationen heranzubilden, die dann eines Tages „Geschichte" werden. Und zweifellos befinden wir uns zur Zeit an einem Kulminationspunkt der Ursachen unserer künftigen Geschichte. Nicht grundlos sind Millionen von Menschen von tiefer Beunruhigung erfüllt. Wer vor den sich abzeichnenden Aspekten einer Katastrophe zu einer Analyse unserer Situation schreitet, der ist kein „Panikmacher". Wer die Worte von Nobelpreisträgern wie Albert Schweitzer und Lester Pearson oder eines Nehru, die Mahnungen der 18, der 101, der 2000, der 9000 Professoren und Wissenschaftler nicht in den Wind schlägt, Worte der Vernunft vor dem Abgrund gesprochen, der ist kein „unverantwortlicher Wunschdenker", und wer seine Argumentation auf realer Grundlage vorbringt und zu politischem Denken an Stelle von militärischer Brüstung (ja, Brüstung) aufruft, der betreibt keine „Zersetzung und Infiltration". Die Geschichte stellt uns komplexe Aufgaben. Wir müssen an sie sowohl empirisch herangehen durch das Studium der Zusammenhänge und der Tatsachen, als auch dialektisch mit dem klaren Vorrang der Vernunft. Die Einbahnpolitik der Stärke hat in Auswertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse unseres Jahrhunderts die Welt in das gefährlichste Fiasko gestürzt, das es für sie je gegeben hat. Ihre Manager sind zu feige, es einzugestehen, und zu ideenlos, um einen Ausweg zu finden. So bleiben sie bei ihren Rüstungen, und sie werden darin von all denen bestärkt, die an den Rüstungen ideellen oder materiellen Gewinn haben.

Gerade wenn wir die Freiheit und die Würde des Menschen zu verteidigen vorgeben, wenn wir die wirklich mögliche Welt politischer Freiheit und sozialen Wohlstandes aufbauen wollen, wenn wir von den Menschen die Angst nehmen wollen, die ihr Leben vergiftet, dann sollten wir alles tun, uns von dem teuren und gefährlichen Wettrüsten abzuwenden und von der beschämenden Würdelosigkeit, mit der wir heute „Politik machen". Wir müssen uns von der Feigheit des Rüstens lossagen und uns zu einer ehrlichen Politik der Entspannung und der Befriedigung bekennen. Sie allein nützt unserem Vaterland.

Prof. Dr. Walter Hagemann

Falsche und wahre Sicherheit

Als 1918 das kaiserliche Deutschland zusammenbrach, hatte Frankreich allen Grund aufzuatmen. Aber die Angst vor dem Siebzigmillionen-Volk im Osten und seiner Revanche raubte einem Clemenceau und Foch den Schlaf. Sie forderten eine amerikanisch-englische Grenz-Garantie, und als diese am Veto des amerikanischen Volkes scheiterte, suchte man am Quai d'Orsay eine dreifache Sicherheit zu schaffen:

1. Durch langdauernde Besetzung und dauernde Entmilitarisierung des Rheinlandes,
2. Durch Aufrechterhaltung einer starken Rüstung gegenüber einem abgerüsteten und kontrollierten Deutschland,
3. Durch Militärbündnisse mit den ost- und südosteuropäischen Ländern.

Bei dieser Politik berief sich Frankreich auf die angeblichen vier Invasionen, die es seit den Tagen Napoleons erlitten hat: 1813, 1815, 1870 und 1914. Die „Deutsche Gefahr" wurde Leitbild der französischen Außenpolitik wie für Bismarck nach 1871 das „Cauchemar des Coalitions". Selbst der Vertrag von Locarno 1926 mit seinem Garantiesystem verscheuchte nicht endgültig diese Angstvorstellungen. Zögernd verließen die Franzosen das Rheinland, eifrig wurden die Bündnisse gepflegt und der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion mit massivsten Drohungen zerschlagen. Als dann aber mit dem Dritten Reich eine wirkliche Gefahr heraufzog, blieb Frankreich tatenlos; es wartete, es verhandelte, und so wurde es 1939 wirklich in den Abgrund hineingerissen. Inzwischen war das Bündnissystem brüchig geworden, die Bewaffnung überaltert, der Geist der nationalen Abwehr ermattet, Frankreich brach militärisch und psychologisch zusammen: es war auf seinen Sicherheitslorbeeren eingeschlafen.

Wer jene Epoche miterlebt hat, dem drängt sich der Vergleich mit der jüngsten Gegenwart auf. Auch Deutschlands Volk und Führung leben unter einem Trauma, das alles politische Denken und Handeln bestimmt, unter der Angst vor einer Wiederholung der Schrecken, die wir alle durchgemacht haben. Wer denkt noch daran, daß diese Schrecken die Folge von Gewalttaten und Verbrechen waren, die in unserem Namen und durch unsere Landsleute verübt wurden? Das Volk verlangte nach Sicherheit für Leben, Freiheit und Wohlstand, und es erlebte mit Staunen, daß ihm Amerika, der Feind von gestern, diese Sicherheit bereitwillig anbot. Unter einer kleinen Bedingung: um den Preis eines Satellitendaseins im Gefolge einer expansiven Weltmacht. Schon in den letzten zwei Kriegsjahren hatte sich der Kriegsschrecken zu einem Bolschewistenschrecken verdichtet. Hunger, Verschleppung, Schändung, Lager, Austreibung steigerten Angst und Haß, und bald konnte man hören: Hitler hat also doch Recht gehabt!

So ließ sich das deutsche Volk — ein Teil davon! — bereitwillig zum Sturmbock der einen Weltmacht gegen die andere mißbrauchen. Es geschah unter der Devise: Sicherheit gegen den „Weltfeind aus dem Osten", der angeblich mit neuer Invasion, Subversion und nationaler Kastration drohte. In dieser Parole waren sich alle großen Parteien einig, die in Frankfurt und Bonn die Integration Teildeutschlands in den amerikanisch geführten Westblock betrieben oder zuließen.

Aber auch andere Völker dachten an ihre Sicherheit. In Frankreich konstatierte man in heimlicher Befriedigung die Zerstückelung des Reiches und förderte bereitwillig eine kleineuropäische Integration, in die Kleindeutschland sein Potential bedingungslos einbrachte. Die von Hitler zerstückelte und schließlich annektierte Tschechoslowakei suchte Anlehnung bei der neuen östlichen Welt-

macht, gegen die Gefahr einer deutschen Revanche für die Vertreibung und Mißhandlung von Millionen Volksdeutscher. P o l e n hatte 1939 seine von Hitler durchgesetzte vierte Teilung mit vielen Millionen Menschenopfern und der Ausrottung ganzer Bevölkerungsschichten bezahlt; es war für die von den Sowjets annektierten polnischen Ostprovinzen mit dem zweifelhaften Geschenk deutschen Bodens entschädigt worden, es muß daher noch mehr als die Tschechoslowakei eine gewaltsame Änderung dieser noch nicht legalisierten Westgrenzen durch ein wiedererstarktes Deutschland fürchten. Was blieb ihm übrig, als gleichfalls bei der östlichen Weltmacht Anlehnung zu suchen und sich, wo immer möglich, Garantien für die Oder-Neiße-Linie zu holen. Da alle westdeutschen Parteien und Regierungen in der Ablehnung dieser Linie einig waren, hieß man in Warschau die Anerkennung der „Friedensgrenze" durch den zweiten deutschen Staat erleichtert willkommen.

Am schwersten wiegt aber die Tatsache, daß die neue sowjetische Weltmacht seit dem deutschen Zusammenbruch eine konsequente Politik der nationalen Sicherheit betreibt. Es ist ein bestürzendes Zeugnis deutscher Unfähigkeit zu politischem Denken, daß nicht einmal die politisch führenden Kreise in der Bundesrepublik bis heute dieses russische Sicherheitsverlangen ernst genommen haben. (Dabei setzt jedes politische Kalkül die Fähigkeit voraus, sich in die Lage und Motive des politischen Gegners hineinzuversetzen.) In einem Menschenalter erlebten die Russen eine zweimalige Invasion ihres Landes durch siegreiche deutsche Armeen. Die kaiserlichen Truppen sind bis vor die Tore von St. Petersburg und bis zum Schwarzen Meer vorgestoßen, das Siegerdiktat von Brest-Litowsk hätte Rußland als Großmacht endgültig ausgelöscht. Wieder traten deutsche Armeen nach jahrelangen nazistischen Fanfarenklängen und einem kurzen Zusammenspiel zur Vernichtung der russischen Großmacht 1941 zum Sturm an, und wieder stießen die Armeen bis Leningrad, zur Wolga, zum Kaukasus vor. Noch schlimmer: es war das proklamierte Ziel der Hitlerischen Kriegsführung, nicht nur den Bolschewismus zu vernichten, sondern aus Rußland einen „Raum ohne Volk" für die germanische Edelrasse zu machen, und den Namen Rußland von der Landkarte zu tilgen. Auf dem Wege zu diesem Ziel wurden Tausende russischer Städte und ungezählte Millionen russischer Menschen liquidiert und deportiert unter der von Rosenberg verkündeten grauenvollen Parole, daß es Menschen und — Russen gebe! Schrecken und Abscheu ergriffen selbst jene Millionen russischer Emigranten, die erst Hitlers Angriff als Signal ihrer Rückkehr in die Heimat jubelnd begrüßt hatten. Ist es ein Wunder, wenn der russische Gegenschlag so hart, so grausam war und wenn die sowjetische Führung, durch blutige Lektionen belehrt, entschlossen war, eine Wiederholung dieser nationalen Katastrophen für alle Zeit unmöglich zu machen? Und nun mußte es der Kreml erleben, daß 50 Millionen deutscher Menschen mit fliegenden Fahnen ins Lager jener Macht übergingen, welche die Vernichtung des „Weltbolschewismus" proklamierte. So wurde das Streben nach erhöhter Sicherheit zum Axiom der Moskauer Außenpolitik. Die beste Gewähr der Sicherheit sah das Regime, seiner kommunistischen Ideologie entsprechend, nicht in dem Aufbau einer Maginot-Linie nach französischem Muster, sondern in der Errichtung eines Walles ideologisch und militärisch verbundener Länder rund um die Sowjetunion.

Die Bündnisse

Diese einander widerstreitenden Sicherheitsideologien bilden die klassische Situation, die über kurz oder lang zu Koalitionskriegen zu führen pflegt. Der Dreibund Berlin-Wien-Rom hatte zur zwangsläufigen Folge, daß sich Frankreich, England und Rußland zu einer militärischen Zweckgemeinschaft zusammenfanden, die der deutschen Politik in den Weg trat, wo immer sie aktiv werden wollte, in Ostasien, in Afrika, in der Flottenfrage. 1914 löste dieses doppelte Bündnissystem jene verhängnisvolle Kettenreaktion aus, die einen Weltkrieg unvermeidlich machte.

Und heute? Wer wagt noch an die Lokalisierung eines Krieges zu glauben, nachdem sich erst die Westmächte unter amerikanischer und dann die Ostmächte unter sowjetischer Führung zu zwei mächtigen Militärblocks organisiert haben? Gerade weil der militärische Automatismus vertraglich festgelegt ist, werden alle Partner in den Krieg hineingerissen, ob der Konflikt in Europa, im Atlantik, im Mittelmeer oder selbst in den Polarzonen ausbricht. Militärische Bündnisse garantieren Bundesgenossen, aber sie vernichten die Handlungsfreiheit auch für den Fall, daß der Waffengang den nationalen Interessen zuwiderläuft. Gewöhnlich müssen die Kleinen sogar dazu herhalten, den Großen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Anläßlich der Suezkrise ist dieser Automatismus nur dadurch vermieden worden, daß sich die beiden Weltmächte einigten und Amerikas aggressive Satelliten zurückgepfiffen wurden. Mit einem solchen Glücksfall darf beim nächsten Mal nicht gerechnet werden.

Nur historisch und völkerrechtlich ahnungslose Zeitgenossen können behaupten, daß Neutralität, d. h. Bündnisfreiheit gleichgroße, ja größere Gefahren in sich berge. Im ersten Weltkrieg ist nur ein Land gegen seinen Willen in den Krieg hineingezogen worden: Belgien. Die kaiserliche Regierung hat diesen eklatanten Neutralitätsbruch moralisch und politisch teuer bezahlen müssen. Im zweiten Weltkrieg hat der Überfall auf nicht kriegführende Länder den Rest der Welt gegen Hitler in Bewegung gebracht. Er hatte global gesehen den Krieg bereits verloren, als seine Truppen noch an der Wolga und am Atlantikwall standen. Was Hitler für eine Stärkung seiner Sicherheit hielt, nämlich die Organisierung halb Europas gegen die Welt, wurde ähnlich wie für Napoleon der Anstoß für seinen Untergang. Es tut nicht gut, Millionen latenter Todfeinde in seiner „Festung" zu haben, wenn von außen der Feind anrennt. Das weiß man auch in Moskau spätestens seit den Ereignissen in Ungarn und Polen, das ist gewiß der Hauptgrund für die russische Bereitschaft, militärisch hinter die eigenen Grenzen zurückzugehen. Bundesgenossen sind nur dann wertvoll, wenn sie willig und kampfbereit sind, sonst werden sie abtrünnig, wie Italien 1915, oder sie greifen zu den schmerzhaften Waffen des Guerillakrieges.

Zuverlässigkeit eines Bündnisses setzt Gemeinsamkeit der Interessen in dem Augenblick voraus, wo es auf die Probe gestellt wird. Gewiß, eine wichtige Stütze ist die Übereinstimmung der politischen Gesinnungen und der sozialen Strukturen. Napoleon wie Hitler haben versucht, in den zwangsbesetzten Ländern Sympathien für ihre Ideologien zu wecken. Das gleiche tun heute die beiden Weltmächte mit ihren Satelliten und Bundesgenossen. Unbestreitbar haben die Amerikaner mit ihrer dollarschweren Propaganda für „ihre Art zu leben" und mit ihrer wirtschaftlichen Prosperität Erfolge in national labilen Ländern wie der Bundesrepublik erzielt. Auch die Sowjets konnten unter Ausnutzung der Nachkriegskonjunktur und ihrer Panzerarmeen ihre Sozialstruktur und ihre Ideologie in die „befreiten" Länder tragen. Aber die Washingtoner wie die Moskauer Ideologen haben, wenn man von den beiden deutschen Staaten absieht, böse Enttäuschungen mit ihren Satelliten erlebt. Weitsichtige Staatsmänner haben daher stets ihre Militärallianzen mehr auf die Gemeinsamkeit nationaler I n t e r e s s e n als auf ideologische Gemeinsamkeiten zu stützen gewußt. Wenn sich das demokratische Frankreich mit dem zaristischen Rußland gegen Deutschland verbündete, die amerikanische Musterdemokratie mit den Diktatoren Ibero-Amerikas und des Nahen Ostens, so widerlegt dies zwar die bequeme These von der Zweiteilung der Welt in freie und unfreie Länder, aber es erweist sich für den Realpolitiker als ein zuverlässiges Bindemittel. Ideologien machen sich gut in Manifesten und auf Weltkongressen, schwerer wiegen Interessen, die hinter Polstertüren ausgehandelt werden. Wir Westdeutschen sind für die Amerikaner interessant wegen unserer Soldaten und unserer Ruhrindustrie, nicht wegen unserer demokratischen Zuver-

lässigkeit. Daß wir mittlerweile amerikanisch denken gelernt haben, erleichtert natürlich die Integration in den Block der Nato, deren wichtigster Tragpfeiler wir geworden sind.

Die Rüstungen

Eine starke nationale Rüstung gilt als beste Sicherung gegen äußere (und innere) Bedrohung. Immer sind steigende Rüstungen mit steigender Unsicherheit Hand in Hand gegangen, und immer haben sie zum Rüstungswettlauf bis an die Grenzen des jeweils verfügbaren Potentials geführt. Je größer das Reservoir an Menschen, Rohstoffen, Intelligenzen, desto größer der mögliche Vorsprung in der Vorbereitung des Krieges. Aber seit der Entstehung des modernen Staatensystems hat die Politik der militärischen Bündnisse dafür gesorgt, daß die Bäume der Weltmachtambitionen nicht in den Himmel wachsen, selbst wenn man sich dazu mit dem Teufel, dem Großtürken oder dem „Bolschewismus" verbündet. Seit einem Menschenalter hat sich das Kalkül des europäischen Gleichgewichts auf die globale Ebene verlagert. Weil diese Erkenntnis erst langsam in das Bewußtsein der europäischen Kontinentalpolitiker Eingang fand, konnten ein Ludendorff und ein Hitler sich als Sieger wähnen, nur weil sie Frankreich und Rußland überrannt hatten. Trotz der stärksten Wehrmacht seiner Zeit und genialer Strategie wurde Napoleon vernichtend geschlagen, weil sich ganz Europa gegen ihn verbündete. Auch Hitler besaß die stärkste Rüstung Europas, aber seine Gegner hatten ihn menschen- und waffenmäßig bald überrundet.

Es ist einer jener typischen Irrtümer der Militärs und Militärtechniker, zu glauben, daß dies heute im Zeichen der nuklearen Waffen grundlegend anders sei, daß die ersten Stunden eines „Blitzkrieges" Sieg oder Niederlage bringen würden. 1914 behaupteten die kaiserlichen Generale, die Entscheidung hänge an Stunden, und durch Belgien hindurch sei der „entscheidende" Schlag gegen Frankreich in wenigen Tagen geführt. Hitler verließ sich auf den „Blitzkrieg" der Panzer und Bombengeschwader, aber aus dem „Blitz" wurde ein jahrelanges Weltgewitter. Gewiß, der Einsatz nuklearer Waffen wird ein unvorstellbares Grauen anrichten, ungezählte Millionen würden in grausamster Weise vernichtet, zu Tode gequält, für alle Zukunft verkrüppelt werden. Aber auch diese Massenvernichtungsmittel, die keine Waffen mehr sind, werden nicht den Sieg, sondern nur namenloses Elend über Freund und Feind bringen. Es wird zwar Überlebende geben — denn die Welt ist groß —, aber weder Sieger noch Besiegte, noch weniger als in den letzten beiden Weltkriegen. Die absoluten Waffen werden die absolute Vernichtung für ganze Landstriche bedeuten und zugleich eine absolute Unsicherheit für alle Staaten mit sich bringen, die in der Reichweite der Fernraketen liegen. Die beiden Weltmächte liegen im Kopf-an-Kopfrennen um die furchbarsten Methoden der Vernichtung, und niemand weiß vom anderen, welche noch unbekannten Schrecken er für den Ernstfall aufgespart hat. Daher wünscht weder Washington noch Moskau den Atomkrieg, aber niemand ist vom andern sicher, daß er nicht im Falle der Not zur absoluten Waffe greift. Gewiß ist nur, daß in diesem Falle die Zentren und Vorposten der Weltmächte das erste Opfer sein werden. Auf dieses Kalkül eine Politik der Sicherheit zu gründen, heißt auf einem offenen Pulverfaß mit der brennenden Lunte zu hantieren.

Verträge

Es gab und gibt keine absolute Sicherheit, weder für den Einzelnen noch für ein Volk. Wer etwas anderes glaubt, lebt in Illusionen, er kennt weder die Geschichte noch die Gravitationsgesetze der Weltpolitik. Das Lebensrisiko kann im bürgerlichen Leben nur durch Gesetze und Justiz, im Völkerleben nur durch eine wache, weise, aktive und anpassungsfähige Politik gemeistert werden. England hat für ein Jahrhundert seine Herrschaft über Meere und Kontinente nicht durch gigan-

tische Rüstungen und Militärverträge gesichert, sondern nur durch eine weise Politik des Gleichgewichtes und eines elastischen Ausweichens vor drohenden Allianzen. Nur deshalb konnte es seine Außenposten mit kleinen Expeditionskorps und „lokalen Polizeiaktionen" sichern. Die Festlandmächte Deutschland, Frankreich, Österreich, Rußland waren in militärischen Sicherheitsvorstellungen befangen und glaubten, durch Rüstungen und Bündnisse ihre Sicherheit zu gewährleisten: sie haben schließlich sogar Großbritannien in den europäischen Untergang hineingezogen.

Einige Beispiele aus der neuen deutschen Geschichte mögen dies verdeutlichen. Nach dem preußischen Sieg über Österreich 1866 forderten die preußische Generalität, der Hof und die öffentliche Meinung einen harten Frieden, aber Bismarck setzte gegen alle Widerstände den Nikolsburger Verständigungsfrieden durch, der die Donaumonarchie zum zuverlässigen Freund gewann. Den Krieg 1870/71 betrachtete Bismarck nur als Mittel zum Zweck, um Frankreichs Rheingelüste zu dämpfen und die kleindeutsche Einigung herbeizuführen. Aber bei den Friedensverhandlungen beugte er sich den angeblichen Sicherheitsbedürfnissen der Generäle, und die im Frankfurter Frieden erzwungenen Annektionen wurden die Wurzel zu Frankreichs Revanche-Politik und zur Entente Cordiale. Unter Berufung auf die deutsche Sicherheit zur See konnte Großadmiral von Tirpitz 1912 die Haldane-Mission zum Scheitern bringen und damit die letzte Chance zur Vermeidung des Dreifrontenkrieges. Den letzten Anstoß aber für Englands Eingreifen in den Krieg gab der deutsche Überfall auf das neutrale Belgien, der wiederum nicht von den Politikern gewollt, sondern von der Heeresleitung auf Grund militärischer Überlegungen erzwungen worden war.

Es ließen sich mühelos zahlreiche ähnliche Beispiele aus der französischen, russischen und österreichischen Geschichte für solche Verirrungen einer militärischen Sicherheitspolitik anführen. Für eine weitblickende Außenpolitik sind Rüstung und Bündnisse nur eines der zahlreichen Mittel für eine ständig neu zu schaffende nationale Sicherheit. In diesem Arsenal einer wirklichen Staatskunst lagert jene Vielzahl vertraglicher Sicherungen und Ausgleichsmöglichkeiten, die im Laufe der Geschichte mehr Kriege verhindert haben als jede „schimmernde Wehr". Die Alternative zu einer „Politik der Stärke", wie sie Washington und in seinem Gefolge Bonn seit Jahren betreiben, ist nicht eine „Politik der Schwäche", sondern eine Politik des Ausgleichs, die alle friedlichen Mittel zur Sicherung der nationalen Existenz und des internationalen Friedens anwendet. Dazu gehört die Fühlungnahme zwischen Regierungen und Völkern ungeachtet ihrer Ideologien und Vorurteile, ein kultureller und wirtschaftlicher Austausch ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Nutzeffekt. Gewiß ist es leichter, Freundschaften mit geistig verwandten Völkern zu pflegen; wichtiger aber ist der Kontakt mit Ländern, deren Umwelt und Wesen uns fremd ist. Je größer diese Völker, je näher ihr Schicksal mit dem unseren geographisch und politisch verbunden ist, desto unausweichlicher ist eine friedliche „Koexistenz", deren einzige Alternative nur der Krieg sein kann.

Ein klassisches Mittel dieser friedlichen Diplomatie ist die Neutralität, ein Wort, das von einer verantwortungslosen Propaganda zum Popanz aufgebläht worden ist. Eine Aufklärung über die Differenziertheit dieses Begriffs ist man dem Volke schuldig geblieben. Die Schweiz genießt seit dem Wiener Kongreß eine international verbürgte und anerkannte Neutralität, die man nicht einfach auf andere Länder übertragen kann. Wohl aber sind in zahlreichen Verträgen Neutralitätsverpflichtungen enthalten, welche die Ausweitung von Kriegen verhindert und den betreffenden Ländern — man denke an die skandinavischen Staaten, an Spanien und Portugal — wiederholt die Schrecken des Krieges erspart haben.

Neutralität als diplomatisches Axiom und Freihaltung von militärischen Bündnissen gehört zu den wichtigsten Faktoren im Machtkampf der großen Mächte, ohne daß ein solches Land auf eine ausreichende nationale Bewaffnung und eine eigenständige Außenpolitik zu verzichten braucht. Neutralitätserklärungen, wie sie England im deutsch-französischen Krieg, Spanien im ersten Weltkrieg und Rußland im deutsch-österreichischen Krieg abgaben, haben der Ausweitung der Kriegshandlungen erfolgreich entgegengewirkt. Auch heute gibt es zahlreiche Länder, wie Österreich, Finnland, Schweden, Indien, die in den Konflikten der Weltmächte eine bewußt neutrale Haltung einnehmen, und nur eine hoffnungslos militärisch infizierte Phantasie kann eine solche Neutralität als gefährlich oder unwürdig empfinden. In Deutschland, das zweimal in einem Menschenalter im Zentrum eines blutigen Krieges und einer schweren Niederlage stand, sollte die Vorstellung Freude und nicht Hohn erwecken, daß unser Land einmal dem Kampf anderer Großmächte als neutraler Zuschauer beiwohnen dürfte. Wer sich eine deutsche Neutralität im Kriegsfalle nicht vorstellen kann, ist noch völlig im kleineuropäischen Denken des 19. Jahrhunderts befangen. Es gibt heute in der Welt Reibungsflächen und Krisenzonen außerhalb Europas genug, denn Deutschland liegt nicht mehr im Spannungszentrum der Welt. Das ist ein positives Nebenprodukt der zweimaligen Selbstzerfleischung unseres Kontinents.

Die Diplomatie besitzt in ihrem Arsenal zahlreiche vertragliche Möglichkeiten, mit denen man die Beziehungen zu anderen Ländern dauerhaft regeln und eine günstige Atmosphäre schaffen kann. Kulturabkommen kosten nicht viel, aber sie schaffen Goodwill. Einen Nichtangriffspakt nur deswegen zu verurteilen, weil irgendeine Charta den Angriff ohnehin ächtet, zeigt einen vollendeten Mangel an politischer Psychologie; schließlich war es ein amerikanischer Staatssekretär, Kellog, der 1928 trotz Völkerbundspakt und zahllosen Nichtangriffspakten gemeinsam mit Briand einen Kriegsächtungspakt durchsetzte. Seine Unterzeichnung in Paris wurde eine Demonstration internationaler Solidarität. Es war ein deutscher Reichskanzler, der einmal die Bedeutung der Imponderabilien hervorhob. Die Beziehungen zwischen Völkern bestehen nicht nur aus Vertragsdokumenten und Rüstungsrelationen, sondern aus Kontakten und Beweisen des Vertrauens.

Seit Jahrhunderten, nicht erst seit den Haager Konferenzen und dem Völkerbundspakt, kennt man die diplomatische Vermittlung und Schiedsgerichtsbarkeit. Mußte erst der Inder Nehru die westliche Welt daran erinnern, daß die Vereinten Nationen viele Möglichkeiten der Vermittlung bereithalten und daß sie mehr als einmal einen drohenden Krieg verhindert haben, in Griechenland, in Indonesien, in Palästina, in Syrien, in Suez? Das Gewicht der UN wurde weniger unterhöhlt durch die sowjetischen „Njets" als durch die Politik der Militärblocks, die nicht auf den Frieden, sondern auf den Kriegsfall abzielt. Wurde nicht der ganze Vorrat überlieferter diplomatischer Gesten und Möglichkeiten ausschließlich verbraucht zur „Integration" der atlantischen Mächte und der Europa-Einrichtungen, die in den Wahnvorstellungen mitteleuropäischer Spießbürger längst die Ära der nationalen Staaten ersetzt haben? Jeder, der nicht Mitteleuropa schlicht mit der Welt gleichsetzt, weiß, daß das nationale Denken, ja der Nationalismus die heutige Weltpolitik mehr denn je beherrschen. Die Wirklichkeit richtet sich nicht nach den Wunschträumen abendländischer Romantiker, die auf deutschem Boden in Millionenmassen, um so spärlicher in den übrigen „Euroländern" und irgendwo in der übrigen weiten Welt anzutreffen sind. Schwer ist die Schuld derer, die das nationale Empfinden ihres Volkes in seiner schwersten Stunde zugunsten eines „christlich-abendländischen" Erlösungs- und Menschheitsidols systematisch verdrängt haben. Über sie wird man einmal, wenn nicht vor einem neuen Nürnberger

Gericht, dann gewiß vor dem Forum der Geschichte ein vernichtendes Urteil sprechen.

Am Anfang aller Politik steht das Gespräch. Wer es verweigert oder verhindert, der will nicht die Entspannung und den Frieden, sondern den Krieg. Es gibt in der europäischen Geschichte kein Beispiel dafür, daß ein großes Land jedes private oder offizielle Gespräch mit einer ganzen Gruppe von Ländern permanent abgelehnt hätte, die zusammen ein Drittel aller Erdbewohner repräsentieren. In keinem der „östlichen" Länder, außer in Moskau, unterhält Bonn diplomatische Vertretungen; dafür droht Verketzerung allen denjenigen, die als Politiker, Schriftsteller, Kaufleute, Wissenschaftler Kontakt mit diesen Ländern suchen. Andererseits tauscht man Botschafter und Delegationen mit künstlichen Staatswesen wie Formosa und Südkorea aus. Von den Verhältnissen in Rußland und dem chinesischen Riesenreich wissen wir heute weniger als in den Zeiten Peters des Großen, dabei trennen uns heute nur wenige Flugstunden von Moskau und Peking. Wenn aber einmal aus dieser terra incognita Noten, Vorschläge, Aufrufe zu uns gelangen, dann werden sie als „belanglos" vom Tisch gefegt, oder man zerplückt sie philologisch wie ein prähistorisches Dokument. Gespräche und Briefe stehen am Anfang, nicht am Ende von Verhandlungen, auf Maximalforderungen erfolgen Minimalangebote, erst in hartem Ringen am Konferenztisch wird der wirkliche Kaufpreis ausgehandelt. Wer aber von „Vorleistungen" redet, ehe überhaupt Verhandlungen begonnen haben, der ist ahnungslos oder böswillig, wer Teillösungen ablehnt, weil er nur eine Totallösung will, setzt sich dem Verdacht der Sabotage aus. In London lehnten die Amerikaner sowjetische Vorschläge ab, weil diese auch die Außen-Stützpunkte umfassen sollten, heute bekämpft man in Washington und Bonn den Rapackiplan, weil er nicht weltumspannend genug sei. Die Sicherung des Weltfriedens ist eine große und immerwährende Aufgabe, und was man nicht in einem Schlage erreicht, das muß man in Etappen versuchen. Dazu gehört aber zunächst einmal, daß man seinen politischen Gegenspieler ernst nimmt, und wenn er Vorschläge und immer wieder Vorschläge macht, so soll man ihn endlich beim Wort nehmen. Dann wird sich bald zeigen, ob es leere Worte sind. Bonn hat sich jahrelang dieser selbstverständlichen diplomatischen Pflicht entzogen. Als Adenauer in Paris behutsam andeutete, er wolle versuchen, weitere Aufklärungen zum Inhalt des Bulganin-Briefes auf diplomatischem Wege einzuholen, da war das eine Weltsensation, und die Kapitolswächter abendländischer Linientreue eilten spornstreichs herbei, um ihn vor dem gefürchteten „Sündenfall" zu bewahren. Es ist kein Sündenfall daraus geworden!

Wozu diese ermüdende Aufzählung von Selbstverständlichkeiten? Um klarzustellen, auf welches Niveau unsere auswärtige Politik herabgesunken ist. Wenn die öffentlichen Erklärungen unserer Verantwortlichen und die außenpolitischen Debatten des Bundestages manchmal an die Redeübungen von Anfängern erinnern, so ließe sich das noch als grobe Vereinfachung schwieriger Zusammenhänge entschuldigen. Erschrecken aber muß die Erkenntnis, daß die Sprecher und Schreiber an die Richtigkeit dessen glauben, was sie vortragen. Wenn aber jemand auch nur an einer Stelle das Gewebe der Fiktionen und Tabus zerreißt, wie es Dehler und Heinemann im Bundestag taten, dann schrecken die Traumwandler empor und wissen nicht, ob sie applaudieren oder „crucifige" rufen sollen. Dann drohen sie oder stöbern in Dokumenten, um zu beweisen, daß keine Gelegenheiten verpaßt worden sind. Dehler hat, bisher unwiderlegt, von drei verpaßten Gelegenheiten gesprochen. Oh nein, es handelt sich um eine nicht abreißende Kette von verpaßten Gelegenheiten, von Warschau und Prag über Moskau bis Peking. Politik besteht aus einem nicht abreißenden Gespräch, das man entweder führt, oder das über einen hinweggeht.

Wer in den Tagen Bismarcks oder Stresemanns vorausgesagt hätte, daß eine deutsche Regierung einmal jahrelang alle Völker und Staaten östlich der Elbe diplomatisch als nichtexistent betrachten würde, der wäre verlacht worden. Wer vorausgesagt hätte, daß einmal eine deutsche Regierung das Verbleiben von Okkupationsheeren auf deutschem Boden sogar um den Preis seiner nationalen Spaltung zulassen, ja erbetteln würde, und zwar um einer imaginären Sicherheit willen, den hätte man für einen Irren gehalten. Wer gar gewagt hätte, zu behaupten, daß eine „christliche" Regierung unter einem katholischen Kanzler sich zur Verteidigung der Staatssicherheit auf Massenvernichtungsmittel stützen würde, dem wäre aus den Reihen des alten Zentrums und des katholischen Klerus ein einmütiges „Niemals!" entgegengerufen worden.

Wie ist es möglich, daß kluge und ehrenwerte Männer in der westlichen Welt einem Sicherheitsphantom anhängen, das allen Erfahrungen des gesunden Menschenverstandes Hohn spricht? Schon seit dem Dritten Reich wird in Deutschland eine Bolschewistenpanik hochgezüchtet, die nach dem Krieg in Washington ein tausendfältiges Echo gefunden hat. Ein Geisteszustand, der verhängnisvoller ist als der Hexenwahn weniger „aufgeklärter" Zeiten und intoleranter als die Ketzergerichte des großen Glaubenskampfes, hat die politische Urteilskraft selbst der Kenner und Könner gelähmt. Atompanik? Nein, Herr Strauß, die Atomgefahr ist eine nüchterne, errechenbare Realität, die drohend über uns hängt und das Ende aller militärischen Sicherheit gebracht hat. Die Bolschewistenpanik aber ist der Geisteszustand unserer westlichen Welt. Sie hat untadelige katholische Männer zur Abfassung des „Fuldaer Manifestes" verführt. Aus dieser Bolschewistenpanik heraus hat ein untadeliger Abgeordneter der CDU, von Manteuffel, sich im Bundestag zu der Erklärung hinreißen lassen, daß man das „Böse" auch mit Atomwaffen ausrotten müsse. Wir hörten keinen Protest aus den Reihen seiner 270 christlichen Parteifreunde, noch von der christlichen Regierungsbank. Wie will man im Zeichen dieser geistigen Bewußtseinstrübung Verhandlungen mit dem „Weltbolschewismus" führen, die irgendeine Aussicht auf Erfolg haben sollen? Dieser Hexenwahn dient nur denen als willkommener geistiger Wegbereiter, die sich längst darauf eingestellt haben, zum Kampf gegen den „Weltbolschewismus" oder um die Weltherrschaft in das Armageddon des letzten Krieges zu ziehen.

Wer immer heute die Stimme der Vernunft erhebt, der wird als Sowjetist und Moskau-Anhänger beschimpft. Dazu muß festgestellt werden: Es gibt keinen ernstzunehmenden Gegner der heutigen westdeutschen Außenpolitik, der einer Loslösung vom Westen und einer einseitigen Anlehnung an den Osten das Wort redet, wie dies vor 1933 häufig in nationalgesinnten Kreisen der Fall war. Dagegen treten fast alle diejenigen, welche die deutsche Außenpolitik der letzten 10 Jahre zu verantworten haben, für eine einseitige Anlehnung an den „freien Westen" und eine scharfe Abwehrstellung gegen den „Osten" ein. Wenn also von Hörigkeit gesprochen werden kann, dann nur von einer einseitigen Amerikahörigkeit. Sie hat dazu geführt, daß die deutschen außenpolitischen Entscheidungen gewöhnlich nicht in Bonn, sondern in Washington fallen, eben das, was man dem „Pankow-Regime" bezüglich Moskau seit Jahren vorwirft. Wir haben keine sowjetrussische und keine amerikanische Außenpolitik zu treiben, sondern eine deutsche, eine gesamtdeutsche Außenpolitik, und wir haben nicht für die Sicherheit anderer Völker, sondern primär für unsere eigene Sicherheit zu arbeiten.

Wenn wir nicht neue Wege gehen, so bleibt von allen Formen der Sicherheit nur noch übrig die Sicherheit eines grauenvollen Unterganges unseres deutschen Volkes und Vaterlandes.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,— DM zuzüglich 0,03 DM Postzusteligebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15–17 Uhr.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw